

Az.: 39 11 00

Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS)

Arbeitspapiere

Heft 2

1990

Redaktionsschluß: 21. Juni 1990

NVA 117-XIII-425-90

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Prof. Dr. sc. R. Lehmann Vorbemerkungen	5
Oberst Dr. G. Waldenburger Stand und Entwicklungstendenzen der sicherheits- politischen Konzeption und Militärstrategie der NATO	6
Oberst Prof. Dr. H. Pukrop Zur Brückenfunktion eines vereinten Deutschlands - zur Mittlerrolle der NVA und der Militärakademie	40
Oberst Prof. Dr. H. Pukrop Oberst R. Böhme Zur militärischen Komponente kooperativer Sicher- heitsstrukturen: nationale, multinationale und supranationale Streitkräfte	44
Oberst R. Böhme Vorschläge und Konzepte zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa (Literaturstudie)	53
Oberst Dr. E. Jakob Stand und Entwicklung von zwei- und mehrseitigen Bündnisverpflichtungen der DDR	87
Kapitän zur See Dr. S. Fischer Zum sicherheitspolitischen Status von Berlin	102
Oberst R. Böhme Sicherheitspolitischer Status: Neutralität	106
Oberst Prof. Dr. H. Pukrop Übersicht über die Mitgliedschaft europäischer Staaten in internationalen Organisationen	130

Vorbemerkungen

Im vorliegenden zweiten Sammelband werden Arbeitsergebnisse von Mitarbeitern des Interdisziplinären Wissenschaftsbereiches Sicherheit aus den Monaten Mai und Juni 1990 veröffentlicht.

Die einzelnen Artikel widerspiegeln Auffassungen von Autoren bzw. Autorenkollektiven.

Im Interesse einer schnellen Nutzbarmachung vorliegender Arbeitsergebnisse wurde auf eine umfassende Diskussion zu allen Problemen sowie eine redaktionelle Gesamtbearbeitung verzichtet.

Wir hoffen, daß unsere Auffassungen zur weiteren Diskussion anregen und sich daraus Empfehlungen für praktische Handlungen ableiten lassen.

Leiter des Interdisziplinären
Wissenschaftsbereiches Sicherheit

Prof. Dr. sc. Lehmann
Generalmajor

Oberst Dr. rer. mil. G. Waldenburger

Stand und Entwicklungstendenzen der Sicherheitspolitischen Konzeption und Militärstrategie der NATO

Vorbemerkungen

Das Ziel des vorliegenden Materials besteht darin, die Grundzüge der gegenwärtig noch gültigen sicherheitspolitischen und militärstrategischen Konzeptionen der NATO darzulegen und ausgehend davon die sich vor dem Hintergrund der aktuellen und künftigen politischen Entwicklungen in Europa abzeichnenden Entwicklungstendenzen auf sicherheitspolitischem und militärstrategischem Gebiet zu fixieren.

Damit sollen Grundlagen für die Diskussion und weitere Forschungsarbeit in der Arbeitsgruppe Kooperative Sicherheit und im Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit geschaffen werden.

1. Grundzüge der gegenwärtigen Sicherheitspolitischen und Militärstrategischen Konzeption der NATO

1.1. Sicherheitspolitische Konzeption

1. Ausgangspunkt und Anlaß für die Gründung der NATO, als ein - entgegen vielfacher offizieller Darstellung - vorrangiges Militärbündnis, war die in Westeuropa empfundene militärische Bedrohung durch die UdSSR. Die NATO ist auch bis heute in erster Linie ein Militärbündnis geblieben.¹

Die Bedrohung Westeuropas durch die UdSSR und die später mit ihr in der Warschauer-Vertrags-Organisation (WVO) verbündeten anderen osteuropäischen Staaten war und ist noch die grundlegende Prämisse für die bis jetzt gültige Sicherheitspolitische Konzeption der NATO.

2. Die Sicherheitspolitik der NATO beruht auf keiner sicherheitspolitischen Gesamtkonzeption als Grundlage gemeinsamen, geschlossenen Handelns der Mitgliedstaaten.

Aufgrund des unterschiedlichen globalen Ranges der USA und der europäischen NATO-Staaten, der differenzierten geostrategischen Lage Nordamerikas und Europas sowie der noch nicht erreichten politischen Einheit der westeuropäischen Staaten kam und kommt es immer wieder zu Interessenunterschieden, auch in grundsätzlichen Fragen.

Aus Gründen der Bündnisstabilität und eines weitergehend geschlossenen Auftretens der NATO gegenüber der WVO wurden Interessengegensätze bisher jedoch meist durch konsensfähige Kompromisse ausnivelliert.

3. Die wichtigsten Grundlagen der Sicherheitspolitischen Konzeption der NATO sind die folgenden Einzeldokumente:

- der Nordatlantikvertrag vom April 1949 ²,
- der Bericht der sogenannten „drei Weisen“ vom Mai 1956 ³,
- der HARMEL-Bericht vom Dezember 1967 ⁴,
- die „Erklärung von Ottawa“ vom Juni 1974 ⁵,
- die „Bonner Erklärung“ vom Juni 1982 ⁶ und
- das sogenannte „Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung“ vom Mai 1989 ⁷.

4. Als wesentlichste konzeptionelle Basis gilt bis zur Gegenwart aber vor allem der HARMEL-Bericht.

Danach hat die NATO zwei grundlegende sicherheitspolitische Hauptfunktionen, die zugleich Inhalt und Zielsetzung der NATO-Sicherheitspolitik umreißen:

(1) Gewährleistung militärischer Sicherheit auf der Basis einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit und einer wirksamen (nuklearen) Abschreckung.⁸

(2) Entwicklung und Förderung des politischen Dialogs, einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung.⁹

(politischer und abrüstungspolitischer Aspekt der Sicherheitspolitischen Konzeption)

5. Elemente der NATO-Sicherheitspolitik seien vornehmlich:

- Abschreckung durch ausreichende militärische Stärke (nukleare und konventionelle),
- Rüstungskontrolle und Abrüstung,
- politische Solidarität und strategische Einheit des Bündnisses,
- Dialog- und Kooperationsbereitschaft,
- globaler Interessenausgleich.

6. Als Grundformel zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit der NATO-Staaten gilt:

Sicherheit = Verteidigung + Entspannung.

Grundlagen der Verteidigung:

- ausreichende militärische Stärke (Abschreckung) und
- politische Solidarität;

Grundlagen der Entspannung:

- Dialog- und Kooperationsbereitschaft mit der UdSSR und den anderen WVO-Staaten,
- Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie das
- Eintreten für weltweiten Interessenausgleich.

7. Abschreckung durch ausreichende militärische Stärke und Rüstungskontrolle sollen integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik darstellen.

Militärische Stärke sei neben der Entwicklung eines stabilen und konstruktiven Ost-West-Verhältnisses für die Gewährleistung fort-dauernder Sicherheit in jedem Falle notwendig.

Ausreichende militärische Stärke bedeute dabei die Beibehaltung der Streitkräfte, die zur Realisierung der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten gemeinsamen Bündnisstrategie erforderlich seien.

1.2. Militärstrategische Konzeption (Militärstrategie)

8. Die praktische Umsetzung der ersten sicherheitspolitischen Hauptfunktion der NATO (Gewährleistung militärischer Sicherheit auf der Basis gesicherter Verteidigungsfähigkeit und wirksamer Abschreckung) erfolgt über die Militärstrategische Konzeption.

Seit 1967 ist die sogenannte „Flexibility in Response“ („Flexible Reaktion“) die gültige NATO-Militärstrategie.

9. Die wesentlichsten Prämissen dieser Militärstrategischen Konzeption sind:

(1) Konventionelle Überlegenheit der UdSSR und der WVO sowie offensive Orientierung ihrer Streitkräfte und Militärstrategien, die sie befähigen, entweder ausschließlich konventionell oder mit Einsatz nuklearer und chemischer Waffen kurzfristig (mit geringer Vorwarnzeit) großangelegte Offensivoperationen zur Invasion Westeuropas durchzuführen.

(2) Ausgleich dieser konventionellen Überlegenheit der UdSSR und WVO nicht durch quantitatives konventionelles Gleichziehen der NATO, sondern durch das „billigere“ Mittel nuklearer Abschreckung und höhere Qualität der konventionellen Streitkräfte, um die ökonomischen und sozialpolitischen Belastungen in Grenzen zu halten.¹⁰

10. Die „Flexible Reaktion“ wird als Defensivstrategie bezeichnet. Sie gilt als Konzept für den Einsatz der NATO-Streitkräfte für den Fall, daß es nicht gelingt, einen politischen Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen, und die UdSSR bzw. die WVO sich trotz der erkennbaren Bereitschaft und Fähigkeit der NATO zur Verteidigung für einen Angriff entschließen sollten.

Sie überließe dem Angreifer die strategische Initiative und gäbe durch diese Konzeption, durch die Kräftegruppierung, die Struktur und Dislozierung der NATO-Streitkräfte zu erkennen, daß die NATO bereit sei, die Verteidigung ausschließlich auf eigenem Territorium zu führen und sich dabei auf den engen Verbund nuklearer und konventioneller Waffen zu stützen.¹¹

11. In Übereinstimmung mit der Sicherheitspolitischen Konzeption gelten als strategische Grundsätze:

- Verhältnismäßigkeit der Mittel,
- Hinlänglichkeit der Kräfte und
- Begrenztheit der Ziele.

Verhältnismäßigkeit der Mittel bedeute, daß die NATO grundsätzlich aus politischer Gesamtsicht über Umfang und Art des Einsatzes militärischer Mittel entsprechend des jeweiligen Grades politischer Erpressung, der Androhung oder Anwendung von Gewalt entscheiden würde. Die Strategie soll dazu ein breites Spektrum von Handlungsmöglichkeiten bereitstellen, um jeder Art äußerer Gewaltandrohung und -anwendung begegnen zu können, ohne aus Mangel an geeigneten Mitteln entweder überreagieren zu müssen oder handlungsunfähig zu sein.

Hinlänglichkeit der Kräfte hieße, daß auf jede Art Überlegenheit verzichtet wird. Der Bedarf an eigenen Kräften werde durch die strategische Zielsetzung, die geografische Lage und sonstige Rahmenbedingungen sowie durch Kräfte und operative Möglichkeiten des potentiellen Angreifers bestimmt. Die Kräfte müßten ausreichen, um eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten.

Begrenztheit der (strategischen) Ziele zeige sich darin, daß es der NATO in jedem Falle nur um die Herstellung des „status quo ante“, also des Zustandes vor Konflikt- bzw. Kriegsbeginn gehe, das heißt um Frieden, Freiheit und territoriale Integrität. Der politische Zweck bestimme das militärstrategische Ziel.

12. Ziel der „flexiblen Reaktion“ sei, einen Angriff auf die NATO insgesamt oder gegen einen ihrer Mitgliedstaaten durch Abschreckung zu verhindern und - falls ein Angriff dennoch erfolgt - eine erfolgreiche Verteidigung auf eigenem Territorium zu gewährleisten, die den Aggressor zur Einstellung seines Angriffes zwingt, die NATO-Staaten weitestgehend vor

Schaden und Zerstörung bewahrt und die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität schafft.

13. Abschreckung gilt als Fundament der NATO-Strategie zur Kriegsverhinderung. Sie wird nicht als militärstrategisches, sondern als politisches Prinzip verstanden.

Sie sei die Einwirkung auf den Willen des potentiellen Gegners, die ihn zum Verzicht auf eine mögliche oder bereits begonnene Aggression bewegen soll, indem er zur Überzeugung gebracht wird, daß er bei einem Angriff oder dessen Fortsetzung letztendlich mehr verlieren als gewinnen würde.

Ziel der Abschreckung sei es, den politischen Entscheidungsprozeß der staatlichen Führung eines Landes oder einer Koalition, die sich mit dem Gedanken eines Krieges trägt, so zu beeinflussen, daß sie sich schließlich dafür entscheidet, Frieden zu halten.

Im Krieg bzw. im Konflikt soll Abschreckung dazu führen, daß der Angreifer die Entscheidung zum Einstellen seiner Angriffshandlungen trifft.

Abschreckung soll dann glaubwürdig und wirksam sein, wenn die Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung deutlich erkennbar vorhanden ist. Dazu sei entsprechendes militärisches Potential (einschließlich Kernwaffen) und der Wille, es notfalls auch einzusetzen, notwendig.

14. Um auf jede Art eines möglichen Angriffes angemessen und flexibel reagieren zu können, sieht die „flexible Reaktion“ differenzierte militärische Reaktionsarten vor:

(1) Die Direktverteidigung soll einem Angreifer auf der Stufe des Konflikts, die er selbst gewählt hat, verwehren, sein Ziel zu erreichen.

Die Fähigkeit zur Direktverteidigung mit konventionellen Mitteln soll die Chance für eine rasche politische Beendigung des Konflikts vor weiterer Steigerung und Ausdehnung bieten.

Der Einsatz nuklearer Waffen wird bei dieser ersten Reaktionsart nicht ausgeschlossen, sofern der Angreifer diese als erste einsetzen sollte.

(2) Die vorbedachte Eskalation sei die bewußte und politisch kontrollierte Steigerung des Ausmaßes des Konflikts durch selektiven Kernwaffen-Erst- und -Folgeinsatz (vertikale Eskalation) oder Verlagerung des Konflikts (horizontale Eskalation), um den Aggressor zur Einstellung des Angriffs zu veranlassen und Abschreckung wieder herzustellen, wenn die Direktverteidigung versagen sollte.

(3) Unter der allgemeinen nuklearen Reaktion wird die stärkste militärische Reaktion der NATO mit der höchsten Abschreckungswirkung verstanden. Sie bedeutet den Einsatz des strategischen Kernwaffenpotentials der NATO (USA) und soll sich gegen das strategische Nuklearpotential und die soziale Existenz des Angreifers richten.

Bei allen drei Reaktionsarten gäbe es weder eine feste zeitliche Abfolge noch eine von vornherein festgelegte Stufenfolge. Auch können Elemente einer Reaktionsart mit Elementen einer anderen verbunden werden.

15. Die militärischen Mittel der NATO zur Realisierung dieser Reaktionsarten (die sogenannte NATO-Triade) sind:

- (1) die konventionellen Land-, Luft- und Seestreitkräfte,
- (2) die nuklearen Kurz- und Mittelstreckensysteme¹² sowie
- (3) die interkontinentalen strategischen Nuklearwaffen.

Diese Streitkräftetriade soll ein lückenloses Spektrum an Reaktions- und Eskalationsoptionen gewährleisten.

Die einzelnen Elemente sollen eng miteinander verknüpft sein, um nicht nur eine kontinuierliche Eskalation zu ermöglichen, sondern auch, um eine Trennung Westeuropas und Nordamerikas zu verhindern (interkontinentale strategische Kernwaffen der USA!). Sie sollen untereinander ausgewogen, aber jede Komponente soll für sich genommen stark genug sein, um eine ungewollte Eskalation vermeiden zu können, weil ein Element allein keine ausreichenden strategischen Optionen bereitstellen oder Schwächen aufweisen würde, die durch andere ausgeglichen werden müßten. Insbesondere gelte das für die

konventionellen Streitkräfte, deren Stärke oder Schwäche nicht nur die Struktur der gesamten Triade beeinflusse, sondern auch entscheidend den Zeitpunkt der politischen Entscheidung zur vertikalen Eskalation (zum selektiven Kernwaffen-Erst- und -Folgeinsatz).

16. Die Vorneverteidigung stellt ein Kernstück der Militärstrategischen Konzeption der NATO dar. Sie wird sowohl als militärstrategisches Prinzip als auch Konzept bezeichnet.

Ziel der Vorneverteidigung sei, jeden Angriff so frühzeitig und grenznah wie möglich unter maximal möglichem Kräfteinsatz bei möglichst geringem Raumverlust und weitgehender Schadensbegrenzung erfolgreich abzuwehren und verlorengegangenen Raum wieder zu nehmen.

Die militärische Bedeutung und Notwendigkeit der Vorneverteidigung wird auf die konventionelle Überlegenheit der WVO-Streitkräfte (insbesondere der Landstreitkräfte), auf die geostrategische Asymmetrie zwischen NATO und WVO sowie auf die geringe Tiefe des Raumes in Mitteleuropa, besonders des Territoriums der BRD, und auf die existentiell notwendige Vorsorge der Mitgliedstaaten zur weitestgehenden Schadensbegrenzung zurückgeführt. Vor allem für die BRD gilt die Vorneverteidigung grundsätzlich als unverzichtbar. In die Vorneverteidigung auf dem Territorium der BRD sind Streitkräftekontingente der BRD, der USA, Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks und - entsprechend eines bilateralen Abkommens mit der BRD - eventuell auch Frankreichs einbezogen.

Aus dieser Verkoppelung nationaler Kontingente in der Vorneverteidigung erwächst ihre politische Bedeutung für die NATO. Die Vorneverteidigung soll dem Angreifer die Einheit und Geschlossenheit des Bündnisses im Willen zur Verteidigung des NATO-Gebietes insgesamt und des Territoriums jedes Mitgliedsstaates demonstrieren. Jede taktische oder operative Angriffshandlung würde damit sofort strategische Konsequenzen haben. Diese Verkoppelung der Ebenen ist bewußter Teil des Abschreckungsmechanismus, der auch ohne nukleare Komponente funktionieren soll.

Konzeptionelle Grundlagen für die Realisierung der Vorneverteidigung durch die NATO-Streitkräfte sind vor allem

- die ALB-Konzeption der US-Landstreitkräfte und die auf ihr beruhenden Führungs- und Einsatzkonzeptionen der Landstreitkräfte anderer NATO-Staaten (besonders der BRD und Großbritanniens);
- die Konzeption des „Kampfes in der Tiefe“ (weiterentwickeltes FOFA-Konzept) für die Land- und Luftstreitkräfte;
- die Konzeption der „verbundenen Luftoperation“ für die NATO-Luftstreitkräfte sowie
- die Konzeption der „maritimen Vorneverteidigung“ für die NATO-Seestreitkräfte.

Der begrenzte Charakter operativer und taktischer Gegenangriffshandlungen im Rahmen eines ausschließlich defensiv orientierten Einsatzkonzeptes der NATO-Streitkräfte wird ausdrücklich betont.

17. Die Air-Land-Battle-Konzeption (ALB) ist, ihrer eigentlichen Herkunft und Zweckbestimmung nach, die Einsatzkonzeption der USA-Landstreitkräfte.¹³

Ihre wesentlichsten Grundsätze wurden, wie es heißt, in dem Maße von der NATO übernommen, wie sie für Europa (vor allem für Zentraleuropa) Relevanz besitzen, und insbesondere von den Landstreitkräften der BRD und Großbritanniens, unter Berücksichtigung eigener nationaler Vorstellungen und Möglichkeiten, weiterentwickelt bzw. präzisiert.

Damit soll die Vorneverteidigung den wesentlich erweiterten materiell-technischen Voraussetzungen und den Erfordernissen einer modernen Operations- und Gefechtsführung angepaßt werden.

Mit dieser Einsatzkonzeption wird eine enge Verbindung der Handlungen von Land- und Luftstreitkräften, die enge zeitliche und räumliche Koordinierung aller ihrer Operationen, gefordert.

Ihre allgemeinen Grundsätze sind Initiative, Tiefe, Beweg-

lichkeit und Abstimmung. Ein wesentliches Merkmal sind tiefe Handlungen (tiefe Schläge bzw. „deep strikes“), die integraler Bestandteil jedes Gefechts bzw. jeder Operation sein sollen.

Air Land Battle beruhe auf der Erringung (Wiedererringung) und Erhaltung der Initiative sowie in ihrer entschlossenen Ausnutzung zur Erfüllung der gestellten Aufgabe. Das Ziel aller Handlungen soll darin bestehen, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, indem er mit überraschenden Schlägen starker Kräfte aus unerwarteten Richtungen aus dem Gleichgewicht gebracht, zügig verfolgt und daran gehindert wird, seine Kampffähigkeit wiederherzustellen.

Alle Gefechte und Operationen müßten entschlossen, für den Gegner unvorhergesehen und desorientierend sowie aggressiv durchgeführt werden. Ihr Tempo solle groß genug sein, um zu verhindern, daß der Gegner wirksame Gegenmaßnahmen einleiten kann.¹⁴

Dieser deutlich aggressive, offensive und präventive Charakter der ALB-Konzeption sei mit der defensiven Zielstellung der NATO-Militärstrategie so nicht vereinbar.

Der Grundsatz der begrenzten Ziele der NATO schließe eine daraus resultierende „Vorwärtsverteidigung“ kompromißlos aus. Weder ein präemptiver Krieg noch offensive und präventive Operationen, die in das Gebiet des Gegners hineinführen, um Raum für die eigene Verteidigung zu gewinnen, seien politisch denkbare oder militärisch durchführbare Konzepte für die NATO. Daher gelte die amerikanische ALB-Konzeption, wie sie in der FM 100-5 dargelegt ist, in Europa nur, soweit sie mit den Grundsätzen der NATO-Verteidigungsstrategie vereinbar sei.¹⁵

Der Versuch, unter Berücksichtigung eigener nationaler Vorstellungen und Möglichkeiten die ALB-Konzeption mit der defensiven Grundorientierung der NATO-Militärstrategie, insbesondere der Vorneverteidigung, weitgehend kompatibel zu machen, kommt in der Grundsatzdienstvorschrift HDV 100/100¹⁶ und in den sogenannten „operativen Leitlinien“ der BRD-Landstreitkräfte¹⁷ sowie in der Einsatzkonzeption der britischen Landstreitkräfte „Design for Military Operations“¹⁸ und dem sogenannten NORTHAG-Konzept¹⁹ zum Ausdruck.

18. Die „Konzeption des Kampfes in der Tiefe“ ist eine Weiterentwicklung des sogenannten „FOFA-Konzepts“. Mit ihr wird - im Verbund mit ALB - im allgemeinen bezweckt, die Vorneverteidigung auf eine qualitativ höhere Stufe zu heben.

Sie sieht vor, durch Schläge auf die gesamte taktische, operative und z. T. auch strategische Tiefe zu verhindern, daß die Streitkräfte der WVO planmäßig ihre Truppen und Kräfte entfalten und gegen die Gruppierungen der NATO-Land- und NATO-Luftstreitkräfte zum Einsatz bringen können.

Der „Kampf in der Tiefe“ sei nicht nur integraler Bestandteil aller Operationen und Gefechte der Landstreitkräfte, sondern zugleich auch Hauptbestandteil der Operationen der NATO-Luftstreitkräfte.

Die Notwendigkeit des „Kampfes in der Tiefe“ wird vor allem mit der aufgrund konventioneller Überlegenheit erwarteten tiefen Staffellung der WVO-Landstreitkräfte und der angenommenen kurzen Vorwarnzeit für die NATO im Falle eines Angriffs der WVO begründet.

Um die Vorneverteidigung erfolgreich führen zu können, müsse durch den „Kampf in der Tiefe“ Zeit für die vollständige Entfaltung der eigenen Truppen gewonnen und das ungünstige Ausgangskräfteverhältnis, vor allem in den erwarteten Hauptschlagrichtungen, im Interesse des Abwehrerfolges günstiger gestaltet werden.

Hauptaufgaben sollen sein:

- die Bekämpfung von Truppen (vorwiegend zweite Staffeln und Reserven), bevor sie den Kampf aufnehmen können (eigentlicher Kern des ursprünglichen FOFA-Konzepts);
- die Zerschlagung der Fliegerkräfte auf ihren Basen;
- die Vernichtung bzw. Zerstörung von „Schlüsselzielen“, wie z. B. Führungsstellen, Kernwaffen und Raketenstellungen;
- die Zerstörung solcher Objekte und Einrichtungen, die die vorn angreifenden Truppen verstärken bzw. versorgen sollen.

Der Kampf in der Tiefe ist bis ca. 800 km und mehr vorgesehen, wobei die Hauptanstrengungen aber bis auf ca. 350 km Tiefe konzentriert werden sollen.

Zu lösen seien die Hauptaufgaben vor allem durch die Luftstreitkräfte, während die NATO-Landstreitkräfte gegenwärtig Aufgaben bis ca. 30 km, künftig bis etwa 100 km erfüllen sollen.

Es wird betont, daß der Einsatz der NATO-Luft- und NATO-Landstreitkräfte zur Bekämpfung von Zielen in der Tiefe des WVO-Territoriums grundsätzlich erst nach einem klar erkannten Angriff - dann aber so schnell wie möglich - erfolgen soll, weil die Wirkung des „Kampfes in der Tiefe“ so am größten sei.

Die der „Konzeption des Kampfes in der Tiefe“ zugrundeliegende Idee des „erweiterten Gefechts- bzw. Schlachtfeldes“ schließe zwar begrenzte Offensivoptionen ein, diese seien aber mit der Defensivstrategie der NATO nicht unvereinbar.

Offensive Operationen der NATO-Landstreitkräfte im Sinne „strategischer Vorstöße“ auf gegnerisches Territorium zur Erfüllung von Aufgaben des „Kampfes in der Tiefe“ seien nicht geplant und könnten aufgrund ihrer konventionellen Schwäche auch gar nicht realisiert werden.²⁰

Die materiell-technischen Voraussetzungen für die praktische Umsetzung der „Konzeption des Kampfes in der Tiefe“ sind noch nicht im vorgesehenen Maße gegeben.

Im Rahmen der laufenden konventionellen Hochtechnologie-Rüstungsprogramme wird daran verstärkt gearbeitet, besonders hinsichtlich tiefenwirksamer Lageaufklärungs-, Zielerfassungs-, Informations- und Feuerleitsysteme und präziser, reaktionsschneller und wirkungsoptimierter Waffensysteme großer Reichweite.

19. Die Konzeption der „verbundenen Luftoperation“ gilt als Kernstück des NATO-Luftkriegführungskonzepts.

Luftangriffs- und Luftverteidigungsoperationen sollen dabei zu einem engen Verbund mit lageentsprechendem, wechselndem Kräfteansatz und strikter Ausrichtung auf die schnelle Erringung der Luftüberlegenheit zusammengefaßt werden.

Insgesamt gehe es darum, die Luftstreitkräfte als Hauptmittel „des Kampfes in der Tiefe“ durch eine zentrale Führung auf die jeweilige Hauptaufgabe zu konzentrieren, sie dabei ört-

lich und zeitlich zu massieren und lageentsprechend variabel einzusetzen.

Als Hauptaufgaben werden gesehen:

- der Kampf um die Luftüberlegenheit (Kampf gegen Luftangriffs- und Luftabwehrkräfte des Gegners sowie Luftverteidigung);
- die Bekämpfung von Folgestaffeln und Schlüsselzielen sowie
- die Luftnahunterstützung der Landstreitkräfte.

Die NATO-Luftstreitkräfte sollen mit „verbundenen Luftoperationen“ vor allem in einem konventionellen Krieg die kampffentscheidenden Anteile zur Realisierung der Vorneverteidigung leisten.

Der vorwiegend offensive Charakter des Einsatzes der NATO-Luftstreitkräfte im Rahmen „verbundener Operationen“, der sich vornehmlich aus ihren Aufgaben zur Realisierung des „Kampfes in der Tiefe“ ergibt, wird nicht in Abrede gestellt und mit den gleichen Argumenten versehen, wie sie bereits genannt wurden.

Darüber hinaus wird der Offensivcharakter der NATO-Luftstreitkräfte und ihrer Einsatzkonzeptionen - der jedoch grundsätzlich nur an den begrenzten Zielen der NATO-Defensivstrategie zu messen sei - als Gegengewicht zur Offensivfähigkeit der konventionell überlegenen WVO-Landstreitkräfte für notwendig erachtet. Luftstreitkräfte seien jedoch im Gegensatz zu Landstreitkräften nicht invasionsfähig.

20. Die Konzeption der „maritimen Vorneverteidigung“ ist das tragende Element der maritimen NATO-Strategie. Sie ist auf die schnelle Erringung der Seeherrschaft, den Einsatz der Seestreitkräfte im Interesse der strategischen Operationen auf den europäischen Kriegsschauplätzen und die ununterbrochene Aufrechterhaltung der Seeverbindungen über den Atlantik zwecks Heranführung von Verstärkungen und Versorgungsgütern ausgerichtet.

Als Grundsätze der „maritimen Vorneverteidigung“ gelten:

- Gewinnung der Initiative,

- Verteidigung in der Tiefe des Raumes und
- Kanalisieren und Eingrenzen des Gegners.

Vorneverteidigung auf See sei notwendig, weil die UdSSR und ihre Verbündeten aufgrund ihrer regionalen Überlegenheit sich sehr leicht Vorteile verschaffen könnten, wenn die NATO nicht die Einwirkzeit auf den Gegner räumlich und zeitlich verlängere, was mit der „maritimen Vorneverteidigung“ beabsichtigt sei.

Vor allem in einer Krise sei es notwendig, diese Fähigkeit zu demonstrieren.

Ein wichtiges Element dieses maritimen Einsatzkonzeptes sei die Multinationalität, die einen sehr hohen Abschreckungswert auch auf See habe.²¹

Die „maritime Vorneverteidigung“ wird ergänzt durch darauf aufbauende spezielle Einsatzkonzeptionen für die Seegebiete, darunter die „Konzeption für die Seeoperationen“ und das sogenannte „Abkommen der drei NATO-Oberkommandos für Eventualseeoperationen in der Nordsee und in den angrenzenden Seegebieten“.

2. Aktuelle Entwicklungstendenzen der Sicherheitspolitischen Konzeption und der Militärstrategie der NATO

21. Die Diskussionen und Debatten über die Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO (Strategiedebatte) haben gegenwärtig einen zäsurhaften, entscheidenden Höhepunkt erreicht, der durch die jüngsten politischen Veränderungen und Entwicklungen in Osteuropa, die einen grundlegenden Wandel der politischen Gesamtsituation in Europa einleiteten, initiiert wurde.

Aufgrund des begonnenen und fortlaufenden Zerfalls der spannungsgeladenen Teilung Europas in zwei konfrontativ gegenüberstehende Bündnissysteme, der bereits erreichten und weiteren greifbaren Fortschritte auf den Gebieten Abrüstung, Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung sowie nicht zuletzt aufgrund der bevorstehenden Vereinigung beider deutscher Staaten, haben sich die politischen und militäri-

schen Prämissen, die ursprünglich zur Bildung der beiden Bündnissysteme führten und auf denen ihre sicherheitspolitischen und militärstrategischen Konzeptionen beruhen, von Grund auf verändert.

Die Ablösung der bisherigen bipolaren Sicherheitsstrukturen durch ein einheitliches gesamteuropäisches Sicherheitssystem und das Aufgehen der beiden Bündnissysteme in einem geeinten Europa sind daher in Ost und West in einer breiten öffentlichen Diskussion.

In den politischen und militärischen Führungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten gibt es Befürchtungen, die NATO könnte aufgrund dieser Veränderungen, nicht zuletzt auch durch erkennbare Auflösungserscheinungen in der WVO, ihre Bedeutung verlieren und eventuell ebenfalls zerfallen, bevor alternative Ersatzstrukturen gefunden werden.

Nicht nur dort herrschen Meinungen vor, daß die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf KSZE-Basis entweder gar nicht möglich ist oder daß dazu gegenwärtig noch die notwendigen Voraussetzungen fehlen und daß nur die NATO stabiles Fundament eines solchen Sicherheitssystems sein kann.

Dabei geht man relativ mehrheitlich davon aus, daß diese angedachte Perspektive der NATO ihre sicherheitspolitische und militärstrategische Neuorientierung erforderlich machen wird. Allerdings ist gegenwärtig nicht absehbar, in welchem Maße die im Verlaufe der jüngsten Tagungen der NATO-Führungsgremien und in den Medien erklärte Absicht zur Neuorientierung zu merklichen Veränderungen oder gar zu einem grundlegenden Neuansatz der Sicherheitspolitik und Militärstrategie des westlichen Bündnisses führen wird.

Man hält sich diesbezüglich noch sehr bedeckt, auch was die zeitlichen Relationen betrifft. Offiziell wird das vom Fortschritt der politischen Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere in der UdSSR, abhängig gemacht.

Fest steht aber, daß die Geschwindigkeit des deutschen Vereinigungsprozesses und die vor allem von den NATO-Staaten selbst favorisierte Variante der Einbeziehung Gesamtdeutschlands in das westliche Bündnis für Veränderungen der NATO-Sicherheitspolitik und Militärstrategie in besonderem

Maße sowohl zeitliche als auch inhaltliche Zwänge setzten. Es dürfte als sicher gelten, daß die endgültige Entscheidung über den sicherheitspolitischen Status Gesamtdeutschlands, insbesondere des Gebietes der jetzigen DDR, sehr stark davon beeinflußt werden wird, ob die UdSSR die NATO auch weiterhin als ein gegen sie gerichtetes Militärbündnis ansehen wird oder nicht, was letztlich entscheidend von der künftigen Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO abhängt.

22. Es wäre jedoch mit dem legitimen Sicherheitsbedürfnis der auf dem Gebiet der heutigen DDR lebenden Bürger des künftigen Gesamtdeutschlands unvereinbar, wenn die Sicherheitspolitische und Militärstrategische Konzeption der NATO ausschließlich nur mit Blick auf die Sicherheitsinteressen der UdSSR und der anderen osteuropäischen Staaten verändert werden würde.

Wenn unter den bisherigen Bedingungen der Ost-West-Konfrontation für beide deutsche Staaten gleichermaßen das höchste Sicherheitsrisiko in Europa bestand, so darf die deutsche Vereinigung nicht dazu führen, daß dieses hohe Sicherheitsrisiko für das jetzige BRD-Territorium geringer wird, für das Gebiet der heutigen DDR aber bestehen bleibt, weil es gegebenenfalls als Spannungsfeld der Sicherheitsinteressen von NATO und UdSSR auch nach der deutschen Vereinigung fortbesteht.

In einem künftigen Gesamtdeutschland kann es für seine Bürger keine geteilte Sicherheit geben. Angenommen, Gesamtdeutschland wird tatsächlich Mitglied der NATO und für das Gebiet der heutigen DDR wird ein sicherheitspolitischer Sonderstatus festgelegt, so muß die künftige Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO diesem Recht auf gleiche Sicherheit ohne Einschränkungen entsprechen. Der Drang zur schnellen staatlichen Vereinigung beider deutscher Staaten darf nicht zu sicherheitspolitischen Provisorien oder Improvisationen auf Kosten der Sicherheit der auf dem Territorium der heutigen DDR lebenden Bürger führen.

Auch das erklärte Ziel der 2+4-Verhandlungen, mit der Rege-

lung der äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung mehr Sicherheit als bisher für Gesamteuropa zu erreichen, rechtfertigt für das jetzige DDR-Gebiet keine höheren Sicherheitsrisiken als anderswo.

Da die gegenwärtig noch gültige Sicherheitspolitische und Militärstrategische Konzeption der NATO für die Bürger der heutigen DDR, im Verhältnis zu denen der BRD, nicht nur weniger Sicherheit, sondern eine potentielle Gefahr darstellt, wäre es - für den Fall einer tatsächlichen Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO - ein Gebot staatsmännischer Verantwortung, unter diesen Bedingungen erst dann in die politische Vereinigung beider Staaten einzuwilligen, wenn die Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO für das gesamte Territorium des künftigen Deutschlands gleichermaßen verbindliche Sicherheitsgarantien bieten.

Das Verfolgen der aktuellen Entwicklungen in der Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO besitzt daher für die Noch-DDR hohe sicherheitspolitische Relevanz.

23. Im Kontext der politischen Veränderungen und Entwicklungen zeichnen sich in der Strategiedebatte vor allem folgende Problemfelder, die in besonderem Maße auch in der öffentlichen Diskussion stehen²², ab:

- die Bedrohung Westeuropas durch die UdSSR und die anderen WVO-Staaten als grundlegende Prämisse der gegenwärtigen Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO;
- die Abschreckungstheorie als Kern der NATO-Strategie zur Kriegsverhinderung und die der „Flexiblen Reaktion“ immanente Option zum (selektiven) Kernwaffen-Ersteinsatz als Hauptelement der vorbedachten (vertikalen) Eskalation eines Konflikts;
- die Vorneverteidigung als eine der tragenden Säulen und grundlegendes militärstrategisches Prinzip der „Flexiblen Reaktion“.

Ausgehend von den gegenwärtig vorliegenden Informationen sind in dieser Hinsicht momentan folgende Reaktionen bzw. Ansätze zur Veränderung der Sicherheitspolitischen und

Militärstrategischen Konzeption erkennbar, die in wichtigen Grundzügen die mögliche Entwicklungstendenz der Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO umreißen:

24. Durch die politischen und militärischen Führungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten wird weitestgehend übereinstimmend eingeschätzt, daß sich Charakter und Intensität der potentiellen militärischen Bedrohung durch die UdSSR und die anderen WVO-Staaten grundlegend geändert haben und sich in Zukunft möglicherweise noch weiter ändern werden. Man geht davon aus, daß die sowjetischen Streitkräfte nach dem erfolgreichen Abschluß der Wiener Verhandlungen ihre Fähigkeit zu umfassenden Offensivhandlungen und damit ihre potentielle Invasionsfähigkeit einbüßen werden. Angesichts der erkennbaren Auflösungserscheinungen in der WVO hätten sich schon jetzt die Vorwarnzeiten für eventuelle Angriffshandlungen erheblich verlängert und deren Wahrscheinlichkeit drastisch verringert.²³

Es wird jedoch betont, daß Schwächung der „Bedrohung“ für Westeuropa nicht gleichbedeutend mit Wegfall der „Gefahr“ sei.

Zu der auf die Unabwägbarkeiten der politischen Entwicklungen vor allem in der UdSSR zurückzuführenden Gefahr komme noch eine weitere hinzu, die sich aus den Auflösungserscheinungen in der WVO und dem Zerfall der Sicherheitsstrukturen und politischen Ordnungen in anderen osteuropäischen Staaten ergäbe, die künftige Konfliktpotentiale darstellen. Zudem geht man davon aus, daß auch nach einem erfolgreichen Abschluß von Wien I die UdSSR die stärkste konventionelle Macht in Europa und zudem atomare Supermacht bleiben werde. Sie wäre daher mit diesen Fähigkeiten jedem anderen Staat in Europa überlegen, woraus auch künftig ein potentielles Sicherheitsrisiko erwachsen würde.

Der Begriff „Bedrohung“ wäre jedoch nicht mehr zeitgemäß und verschlissen. Er soll daher durch den Begriff „Konfliktrisiko“ ersetzt werden. Dies solle verdeutlichen, daß die NATO kein „Feindbild“ habe und daher nicht länger Bestandteil der Konfrontation, sondern Element der Zusammenarbeit

mit den osteuropäischen Staaten sei. Sie wäre also kein Bündnis, das gegen die UdSSR gerichtet sei.

Mit der Veränderung der Bedrohungslage soll die NATO sich künftig als ein in erster Linie politisches Bündnis weiterentwickeln.

Die zweite sicherheitspolitische Hauptfunktion (Entwicklung und Förderung des politischen Dialogs, einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung) trete in den Vordergrund. Ihre militärische Aufgabe (resultierend aus der ersten sicherheitspolitischen Hauptfunktion: Gewährleistung militärischer Sicherheit auf der Basis gesicherter Verteidigungsfähigkeit und wirksamer Abschreckung) soll dagegen künftig nur noch sekundäre Bedeutung haben und mehr den Charakter einer Risikoabsicherung tragen.²⁴

25. Aufgrund der veränderten Bedrohungslage wird es für möglich gehalten, die Abschreckung durch nukleare Waffen und konventionelle Streitkräfte künftig auf einem deutlich geringeren Niveau zu gewährleisten.²⁵

Trotz der Bereitschaft, auch die Atomwaffen drastisch zu reduzieren, käme jedoch ein völliger Verzicht auf nukleare Abschreckung nicht in Frage. Die abschreckende und damit kriegsverhindernde Wirkung nuklearer Waffen gebiete, ein Minimum dieser Waffen zu behalten. Allerdings sollten sie dann weniger der direkten Abschreckung, sondern mehr der Absicherung und Stabilisierung eines vertraglich vereinbarten Systems gegenseitiger Sicherheit in Europa dienen.

Kriegsverhinderung brauche sich künftig nicht mehr auf die Abwehr einer überwältigenden militärischen Bedrohung konzentrieren.

Angesichts der Zerfallserscheinungen in der WVO sieht man sich aber mit dem Problem konfrontiert, inwieweit bzw. wie stark die Sicherheit Europas (Westeuropas) künftig noch auf Kernwaffen gestützt werden soll bzw. kann.²⁶

Auf die ursprünglich geplante Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen („Lance“) und der nuklearen Rohrartillerie wird verzichtet. Die USA wollen ihre diesbezüglich laufenden Programme zur Entwicklung eines Nachfolgesystems für die

„Lance-Rakete“ und zur Modernisierung ihrer Atomartillerie einstellen und erwägen einen einseitigen Abzug eines Teils ihrer für die Rohrartillerie in Europa eingelagerten Kernmunition.²⁷

Sobald bei den Wiener Verhandlungen ein Vertrag über die konventionelle Abrüstung unterzeichnet ist (Wien I), will man der Sowjetunion darüber hinaus Verhandlungen über den Abzug der nuklearen Kurzstreckenwaffen aus Europa anbieten. Allerdings ist beabsichtigt, diese Lücke und diese veralteten Systeme vermutlich durch moderne Luft-Boden-Raketen mit einer Reichweite von ca. 400 km zu schließen bzw. zu ersetzen (TASM).²⁸

Bundesverteidigungsminister G. Stoltenberg hat sich für ein künftiges ausschließlich luft- und seegestütztes NATO-Kernwaffenpotential ausgesprochen und befürwortet längerfristig auch eine Null-Lösung bei Kernwaffen bis 500 km Reichweite.²⁹

Eine vollständige Denuklearisierung Europas und Deutschlands (BRD) käme jedoch prinzipiell nicht in Betracht, da das die Wahrscheinlichkeit konventioneller Kriege erhöhen würde.

Seitens der USA wird die Stationierung der vorgesehenen TASM auf dem Territorium der BRD erwogen.³⁰

Wenn im Ergebnis der laufenden VKSE-Verhandlungen in Wien ein Vertrag zustandekommt, der zu einer konventionellen Parität zwischen NATO und WVO führt (Wien I)³¹, ist die NATO bereit, in einer folgenden zweiten Verhandlungsrunde (Wien II) über eine weitere drastische Reduzierung der konventionellen Streitkräfte zu verhandeln, einschließlich des Rückzugs von Stationierungs-Streitkräften von fremdem Territorium.

In den USA wird in diesem Zusammenhang eine erhebliche Reduzierung ihrer in Europa (vor allem in der BRD) vorausstationierten Streitkräfte in den kommenden fünf Jahren und die Beibehaltung einer Restpräsenz von 75.000 bis 100.000 Mann erwogen.³²

Im Bundesverteidigungsministerium der BRD wird unter diesen Bedingungen eine Reduzierung der Bundeswehr auf deutlich unter 400.000 Mann für möglich gehalten.³³

An den laufenden konventionellen Hochrüstungsprogrammen wurden bisher jedoch noch keine Reduzierungen vorgenommen.

Ausgehend von der veränderten Sicherheitslage wurden vor

allein in der BRD und in den USA Schwerpunktverlagerungen im Rahmen der laufenden Programme beschlossen bzw. vorgeschlagen.

Die künftig angedachte relativ niedrige Präsenzstärke der konventionellen NATO-Streitkräfte im Frieden und das sich daraus ergebende niedrigere „Abschreckungsniveau“ sollen im Krisenfall jedoch rechtzeitig auf ein höheres, dem jeweiligen Grad des Konfliktrisikos angepaßtes Niveau gebracht werden.

Da die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs gegen Westeuropa bereits gegenwärtig sehr gering sei und vermutlich immer geringer werde, wodurch die Abschreckung in ihrem bisherigen Sinne (Abhaltung von einer Angriffsabsicht) nicht mehr den Realitäten entspräche, soll an ihre Stelle der Begriff „Risikovorsorge“ im Sinne einer Rückversicherung gegenüber möglichen Konfliktrisiken treten.

26. Im Zusammenhang mit den Debatten über die künftige Rolle der Kernwaffen zur Minimalabschreckung (Risikovorsorge) hält man sich bezüglich des nach dem Eskalationsschema der „Flexiblen Reaktion“ vorbedachten Kernwaffen-Ersteinsatzes in öffentlichen Diskussionen sehr bedeckt.

Für den Fall, daß bei einem Angriff gegen Westeuropa die Direktverteidigung (erste Reaktionsstufe) versagen sollte, sieht die bisherige militärstrategische Konzeption den Übergang zum selektiven Kernwaffen-Ersteinsatz (vertikale vorbedachte Eskalation als zweite Reaktionsstufe) vor, um damit die Bereitschaft der NATO zu demonstrieren, einen Kernwaffen-Krieg zur Verteidigung ihres Territoriums zu führen, wenn daraufhin der Angriff nicht eingestellt werden sollte.

Da auch in der künftig veränderten („reformierten“) NATO-Strategie ein „Mix“ aus konventionellen und nuklearen Waffen vorgesehen sei, müsse im Konfliktfall die Abschreckungswirkung der Kernwaffen auch glaubhaft demonstriert werden, da ansonsten auf sie verzichtet werden könne.

Ein Verzicht auf Kernwaffen, und damit eine Denuklearisierung Europas, würde aber die Wahrscheinlichkeit konventioneller Konflikte erhöhen, da es dann keine die Existenz des poten-

tiellen Angreifers bedrohende Vernichtungswirkung der Kernwaffen mehr gäbe.

Außerdem wird unter Hinweis auf die Bonner Erklärung von 1982 (siehe Anmerkung 6) darauf verwiesen, daß ein Kernwaffen-Ersteinsatz nur dann vorgesehen sei, wenn dem ein Angriff auf NATO-Territorium vorausgegangen wäre. Der Kernwaffen-Ersteinsatz (first use) sollte nicht mit einem Kernwaffen-Erstschiag (first strike) verwechselt werden.

Offiziell hält man an dieser Argumentation noch fest, obwohl sie - selbst in den Streitkräften - kaum noch Akzeptanz findet.³⁴

Auch USA-Verteidigungsminister Cheney fordert für die Zukunft ein Festhalten am Kernwaffen-Ersteinsatz.³⁵

Demgegenüber bezweifelt Sam Nunn (Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des USA-Senats in seiner Rede vor dem Senat am 19.04.1990) die Glaubwürdigkeit der Androhung eines frühen Kernwaffen-Ersteinsatzes durch die NATO angesichts der absehbaren künftigen Parität auf konventionellem Gebiet ernsthaft.

Massierte Angriffsstöße gegnerischer Panzerarmeen, denen die konventionelle Direktverteidigung der NATO nicht standhalten könnte, gäbe es dann nicht mehr.

27. Weitestgehende Übereinstimmung herrscht in den NATO-Führungsgremien darüber vor, daß die Vorneverteidigung, so wie sie bisher an der innerdeutschen Grenze vorgesehen war, in Anbetracht der deutschen Vereinigung nicht mehr realistisch ist und einer Veränderung unterzogen werden muß.³⁶

Ein Aufgeben dieses Konzepts (oder Prinzips) ist nicht vorgesehen. Vielmehr gehe es darum, die „operationelle Seite“ der Vorneverteidigung grundsätzlich neu zu durchdenken und sie den veränderten Bedingungen anzupassen (NATO-Generalsekretär Wörner).

Darüber aber, wie diese künftige Vorneverteidigung aussehen soll, gibt es offensichtlich noch keine ausgereiften und einheitlichen Vorstellungen.³⁷

Nach der (sehr allgemein formulierten) Auffassung des NATO-Oberbefehlshabers Galvin soll die „bis jetzt an der DDR-Grenze orientierte Verteidigung auf vier bis fünf Schwerpunkte

längs der geographischen Nord-Süd-Achse in der Mitte der Bundesrepublik“ konzentriert werden. Den diese Vorneverteidigung realisierenden Verbänden der NATO, die den Charakter einer „Feuerwehr“ annehmen könnten (sofern die in der DDR stationierte UdSSR-Westgruppe wesentlich reduziert werden würde), stünde dann eine „größere Tiefe des Raumes (nach vorn? - d. A.) zur Verfügung als vor den politischen Veränderungen in Europa“.³⁸

Entsprechend den Vorstellungen von Bundesverteidigungsminister Stoltenberg bleibe es beim „politischen Prinzip der Vorneverteidigung“, die künftig als „Verteidigung des NATO-Territoriums an seinen Grenzen“ verstanden werden solle.

Anstelle der „strategischen Barriere von Lübeck bis Passau“ sollte allerdings ein „flexibles Konzept hinreichenden Verteidigungsschutzes“ treten, das „den Einsatz von Kräften an den Bedingungen des jeweiligen Einzelfalles orientiert“. Es bleibe bei der ausschließlichen Ausrichtung der militärischen Planungen auf die Verteidigung. Jede militärische Operation hätte „lediglich der Wiederherstellung des territorialen Status quo ante“ zu dienen, und die Verteidigung werde, wie bisher üblich, „so grenznah wie möglich aufgenommen“.

Diese Schutzverpflichtung der NATO müsse in Zukunft auf das gesamte Territorium eines vereinigten Deutschlands ausgedehnt werden.³⁹

In den USA gibt es die Meinung, daß die eingetretenen Veränderungen, sowohl in der Bedrohung als auch in der Geographie des Bündnisses, die Möglichkeit bieten würden, die Vorneverteidigung als strategisches Konzept grundlegend neu zu entwickeln (und zwar vom gesamten Bündnis) und dabei mit den traditionellen Auffassungen über die Verantwortungsräume der einzelnen Armeekorps zu brechen und zu einer größeren Spezialisierung der Rolle und der Aufgaben der einzelnen NATO-Staaten in der Vorneverteidigung zu gelangen.

Die europäischen Staaten sollten künftig die Hauptverantwortung für die Vorneverteidigung am Boden übernehmen, ohne sich dabei auf starke US-Truppen stützen zu müssen.

Der Einsatz der US-Bodentruppen sollte so verändert werden,

daß eine stärkere Betonung auf mobile strategische Reserven zur Verstärkung und nicht auf ihren frühen Einsatz in der Vorneverteidigung gelegt wird.

Die stark verlängerten Vorwarnzeiten bei einem eventuellen Konflikt in Europa würden es mehr und mehr erlauben, die Aufgaben der bisher in die Vorneverteidigung integrierten „schweren Panzerkräfte“ an Reserve- bzw. Verstärkungskräfte (einschließlich der Nationalgarde) zu übertragen. Diese sollten gemäß den längeren „Aufmarschfristen“ der UdSSR bzw. WVO innerhalb eines Zeitraumes von Wochen bis zu Monaten die volle Gefechtsbereitschaft erreichen und nach Europa überführt (d. h. in einer geringeren Bereitschaftsstufe als bisher gehalten) werden („Konzept der flexiblen Bereitschaft“).

USA-Luftstreitkräfte sollten ausreichend in Europa präsent bleiben, eine größere Anzahl taktischer Fliegerkräfte solle jedoch als Verstärkungsreserve bereitgehalten werden.

Zur Verkürzung der Versorgungstrecken nach Europa wird die Zustimmung Frankreichs zur Nutzung französischer Häfen und Luftwaffenstützpunkte für den „Notfall“ angestrebt.⁴⁰

Nach den Vorstellungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, wäre es möglich, daß - wenn auf beiden Seiten eine hinlängliche Verteidigungsfähigkeit gewährleistet sei - in der künftigen Vorneverteidigung die Bündnissolidarität nicht mehr wie bisher durch das Nebeneinander der nationalen Kontingente demonstriert werden müsse. Als Ausdruck einer neuen Qualität der Vorneverteidigung könnte die Solidarität des Bündnisses künftig in „hochmobilen multinationalen und möglicherweise auch gemischten Verbänden“ demonstriert werden, die „in der Tiefe des Raumes - nicht nur auf deutschem Boden - bereit gehalten werden“ könnten, z. B. als „operative Gegenangriffs-Reserven“.

Die deutsch-französische Brigade wäre diesbezüglich ein Modellfall.

Unter diesen Voraussetzungen „müßte und könnte die grenznahe Verteidigung anders organisiert werden als bisher“. Die mit wirksamen Zielauffassungsmitteln gekoppelten modernen Hochtechnologiewaffensysteme würden eine effektive grenznahe Verteidigung (über das Territorium der jetzi-

gen DDR hinweg? - d. A.) gewährleisten, auch ohne starke Truppen im Frieden vorne (d. h. auf dem Gebiet der jetzigen DDR - d. A.) stationieren zu müssen. Dort könnten territoriale, nicht der NATO unterstellte Kräfte handeln (vermutlich ist bisherige NVA gemeint - d. A.).⁴¹

Die Heeresführung der BRD-Bundeswehr hält es für möglich, den Einsatz der Landstreitkräfte in der künftigen Vorneverteidigung auf der Grundlage ihres neuentwickelten „operativen Konzepts“ realisieren zu können.

Dieses Konzept geht davon aus, daß die hochbeweglichen Verbände der Landstreitkräfte auch mit geringeren Kräften ihre Aufgaben im Rahmen einer veränderten Vorneverteidigung in gleichgroßen Räumen wie bisher erfüllen können und sollen. Dazu bedürfe es jedoch strategischer (Satelliten-) und operativer Aufklärungsmittel, weiträumiger Sperrfähigkeit und wirksamen artilleristischen Feuers als „klassisches Mittel der Verteidigungsoperation“. Den Kern der beweglichen Elemente der Vorneverteidigung sollen gepanzerte Truppen und luftbewegliche Sperrverbände bilden, da nur diese zur künftig über größere Entfernungen notwendigen Schwerpunktbildung fähig wären.

In diesem Zusammenhang könnten multinationale Verbände ein wichtiges Element der künftigen Vorneverteidigung und auch für ein „zusammenwachsendes Europa“ bilden.

Eine lineare Verteidigung, die sich vorrangig auf ein starres Sperrsystem und auf wenig mobile sowie ungepanzerte Milizeinheiten stütze, wäre dazu keine den künftigen Realitäten entsprechende Alternative, da sie Grenzen (gemeint ist sicher die bisherige innerdeutsche Grenze - d. A.) verfestige.⁴²

28. Aus der gegenwärtigen Sicht auf die politischen Veränderungen und die sich abzeichnenden Abrüstungsvereinbarungen leitet man momentan die folgenden Anforderungen an die Entwicklung der NATO-Streitkräfte ab:

- Gewährleistung einer reaktionsschnellen Führung sowie Ausbau der Möglichkeiten für die elektronische Kampfführung und eine tiefenwirksame Aufklärung (u. a. auch zur Verifikation von Abrüstungsvereinbarungen);

- Sicherung eines Höchstmaßes an operativer Flexibilität und Mobilität;
- Stärkung der Feuerkraft und Ausbau der Sperrfähigkeit;
- Verstärkung bzw. Ausbau der Luftverteidigung und Erhöhung ihrer Flexibilität, Weiterentwicklung zur begrenzten Raketenabwehr;
- Gewährleistung der Heranführung starker überseeischer Verstärkungen und ihrer Eingliederung in die Gruppierungen der Teilstreitkräfte;
- bessere Anpassung der Aufwuchsfähigkeit der mobilmachungsabhängigen Truppen und Kräfte an die reale Bedrohungslage, insbesondere bei den Landstreitkräften.

Sofern diese Anforderungen mit Blick auf die weiteren politischen Entwicklungen noch tragfähig bleiben sollten, würden sie die Prämissen für die Streitkräftestrukturen der 90er Jahre, die Ausrüstungs- und Modernisierungsplanungen, die Vorbereitung der Führungsorgane und Truppen sowie für den Ausbau der Infrastruktur und die Bevorratung setzen.

3. Schlußbemerkungen (erste Konsequenzen)

29. Die bisher erkennbaren Reaktionen der politischen und militärischen Führungen der NATO und ihrer wichtigsten Mitgliedsstaaten auf die veränderte politische Gesamtsituation in Europa zeigen, daß die Vorstellungen über die künftige Sicherheitspolitische Konzeption und Militärstrategie der NATO noch unausgereift und fragmentarisch sind.

Unter dem Zwang, aufgrund des schnellen Fortgangs der politischen Entwicklungen in der Öffentlichkeit Reaktionen zeigen zu müssen, wird das Fehlen konzeptioneller Vorarbeit zu einem großen Teil noch durch Improvisationen und Provisorien ersetzt.

Nicht zuletzt kommt das darin zum Ausdruck, daß man zuerst die „Begriffswelt“ der veränderten Lage anzupassen versucht.⁴³ (Bedrohung = „Konfliktrisiko“, Abschreckung = „Absicherung“ / „Risikovorsorge“ / „Rückversicherung“).

Substantielle Veränderungen bei den Grundsätzen und Zielen der Sicherheitspolitik und Militärstrategie zeichnen sich noch nicht deutlich ab.

Es scheint, daß die sicherheitspolitischen und militärstrategischen Konzeptionen eher an die veränderten politischen und militärischen Bedingungen angepaßt anstatt dementsprechend verändert werden sollen.⁴⁴

Inwieweit diese Anpassung tatsächlich substantielle Veränderungen einschließt, dürfte frühestens nach dem Gipfeltreffen der NATO-Staats- und Regierungschefs Anfang Juli 1990 zu sehen sein. Dort soll über Grundsätze der Anpassung der NATO-Strategie an die veränderten Bedingungen bzw. über die Neufassung der NATO-Strategie beraten werden.⁴⁵

Auf der Mai-Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO einigten sich die Verteidigungsminister darauf, bis dahin erste Untersuchungen anstellen zu lassen, wie sich die NATO-Strategie ändern müsse, um sich anpassen zu können.

In diesem Zusammenhang wurde der NATO-Oberbefehlshaber beauftragt, in einem Jahr (Mitte 1991) eine Analyse über die künftig notwendigen Streitkräftestrukturen der NATO und über den für Europa erforderlichen Umfang an KW vorzulegen.⁴⁶

Wenn überhaupt, so dürfte ein NATO-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum Zwecke des Beschließens und Inkraftsetzens einer neugefaßten bzw. „reformierten“ sicherheitspolitischen Konzeption und Militärstrategie (einschließlich veränderter konzeptioneller, struktureller und materieller Untersetzungen, wie z. B. Streitkräftestrukturen und Einsatzkonzeptionen) frühestens in der zweiten Jahreshälfte 1991 erwartet werden können.

Solange aber Verlauf und Ergebnis der politischen Entwicklungen in der UdSSR und in den anderen osteuropäischen Staaten, und in diesem Zusammenhang auch die Perspektive der WVO, aus NATO-Sicht nicht klar abzusehen sind, wird auch ihre künftige neugefaßte sicherheitspolitische und militärstrategische Konzeption flexible und anpassungsfähige Elemente enthalten, die unterschiedlich interpretationsfähig bleiben werden.

30. Mit relativer Sicherheit kann aber bereits jetzt davon aus-

gegangen werden, daß die „reformierte“ Sicherheitspolitische Konzeption und Militärstrategie der NATO sich weiterhin stützen wird auf

- ein in erster Linie von der UdSSR ausgehendes Sicherheitsrisiko für Westeuropa, auch wenn vom „überkommenen“ Begriff der „Bedrohung“ abgegangen wird und dafür von einem „Konflikt-risiko“ gesprochen wird;
- die beiden im HARMEL-Bericht fixierten sicherheitspolitischen Hauptfunktionen, die jedoch in ihrer Priorität vermutlich eine Umkehrung erfahren werden (Grundformel bisher: Sicherheit = Verteidigung + Entspannung; Grundformel künftig: Sicherheit = Entspannung + Verteidigung);
- die wesentlichsten Grundsätze der „Flexiblen Reaktion“, insbesondere auf ihre bisher tragenden Elemente Abschreckung und Vorneverteidigung, wobei die Abschreckung eine Umbewertung im Sinne einer „Risikovorsorge“ erfahren wird und die Vorneverteidigung eine höhere Ausprägung als politisches Prinzip annehmen soll;
- einen „Waffenmix“ aus nuklearen und konventionellen Mitteln, allerdings auf einem vermutlich deutlich geringeren Niveau als bisher;
- die kriegsverhindernde Rolle der Kernwaffen, künftig aber vermutlich nur noch (oder hauptsächlich) luft- und seegestützter Kernwaffen;
- hochmobile und flexibel einsetzbare Streitkräfte (bei den Landstreitkräften vor allem auf gepanzerte und luftbewegliche Kampf- und Sperrverbände), wobei der Anteil der präsenten Truppen und Kräfte zugunsten von Mob.- und Reserve- bzw. Verstärkungskräften wahrscheinlich rückläufig sein wird und in verstärktem Maße multinationale Verbände und Truppenteile gebildet werden;
- Hochtechnologie-Waffen-, Aufklärungs- und Führungssysteme, aber mit vermutlich längeren Nutzungsfristen (d. h. mehr Modernisierung und weniger Neubeschaffung) als bisher.

31. Unklare bzw. noch offene Probleme sind gegenwärtig vor allem

- ob die Eskalationstheorie hinsichtlich der militärischen Reaktionsstufen (Direktverteidigung/vorbedachte Eskalation/allgemeine nukleare Reaktion) in ihrer bisherigen Form beibehalten wird oder nicht (die aktuellste Vorstellung, die vorbedachte Eskalation und die allgemeine nukleare Reaktion als selbständige Reaktionsstufen aufzugeben und nur noch die Direktverteidigung mit konventionellen Mitteln vorzusehen, in deren Verlauf aber alle anderen bisherigen Eskalations- bzw. Reaktionsstufen erhalten bleiben sollen⁴⁷, scheint keine substantielle, sondern nur eine formelle Veränderung zu sein), und ob in diesem Zusammenhang auch die Option auf den Kernwaffen-Ersteinsatz aufrecht erhalten bleiben soll, die ja unter heftiger öffentlicher und z. T. auch streitkräfteinterner Kritik steht und gegenwärtig einen der Hauptangriffspunkte der UdSSR gegenüber der NATO-Strategie darstellt;
- wie die NATO künftig mit ihren hochmobilen und flexibel einsetzbaren Streitkräften den Defensivcharakter ihrer Militärstrategie glaubhaft unter Beweis stellen will, um den gegenwärtigen, u. a. von der UdSSR, vorgebrachten Vorwurf, im Besitz strategischer Offensivfähigkeit zu sein, abzubauen;
- wie in diesem Zusammenhang mit den gültigen Einsatzkonzeptionen der NATO-Land- und NATO-Luftstreitkräfte, Air-Land-Battle und FOFA (bzw. „Kampf in der Tiefe“), verfahren wird, denen in mehrfacher Hinsicht offensive Elemente eigen sind und die wesentlich die Entwicklung und Einführung angriffswirksamer Waffensysteme und offensivfähiger Streitkräftestrukturen bewirkt haben und noch bewirken;
- die Stationierung der neuen luftgestützten nuklearen Raketen-systeme TASM auf dem Territorium der jetzigen BRD und inwieweit die laufenden konventionellen Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben storniert, aufgegeben oder reduziert werden;
- wie die Vorneverteidigung, an der nach jetzigen Erkenntnissen ja festgehalten werden soll, künftig praktisch aussehen soll und wie sie sich z. B. in der Dislozierung, in der Struktur und Bewaffnung der NATO-Streitkräfte und in ihren Einsatzkonzeptionen niederschlagen wird;

- inwieweit die künftige Sicherheitspolitische Konzeption und Militärstrategie die Entwicklung bzw. Herausbildung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen fördern bzw. positiv beeinflussen wird, wenn von dem von der NATO selbst erhobenen Anspruch, die einzige effektive Grundlage eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems sein zu können, ausgegangen wird;
- inwieweit die aktuellste USA-Vorstellung, in die künftige „Risikobeschreibung“ (ehemals Bedrohungsdarstellung) der NATO neben militärischen Risiken auch nichtmilitärische Risiken wie internationalen Terrorismus und internationale Rauschgiftkriminalität aufzunehmen⁴⁸, in die künftige Sicherheitspolitische Konzeption und Militärstrategie der NATO Eingang finden wird;
- wie und ob das Territorium und die Streitkräfte der heutigen DDR in die künftigen militärstrategischen Planungen der NATO integriert werden, um (im Falle einer NATO-Mitgliedschaft Gesamteuropas) dem möglichen militärpolitischen Sonderstatus dieses Territoriums zu entsprechen, und
- wie in dieser Beziehung gewährleistet werden soll, daß es auf dem Territorium des künftigen Gesamtdeutschlands für seine Bürger nicht Zonen differenzierter Sicherheit gibt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. u. a.: Schmückle, G., Moskau braucht neue Partner, in: Der Spiegel, 9/1990, S. 32.
Kissinger, H., Die Bundesrepublik hat es nicht verdient, von ihren Freunden als besiegt Land behandelt zu werden, in: Welt am Sonntag, 15. April 1990.
- 2 Der Nordatlantikvertrag vom 04.04.1949 ist das Gründungsdokument der NATO und die primäre konzeptionelle Grundlage der Sicherheitspolitik der NATO.
- 3 Im Mai 1956 wurden die Außenminister Italiens, Kanadas und Norwegens („drei Weise“) beauftragt, die Ziele und Bedürfnisse der Allianz angesichts der internationalen Entwicklungen (Ungarn, Suez-Krise, 17. Juni 1953 in DDR) zu prüfen und dem Nordatlantikrat Empfehlungen zur Festigung des Bündnisses zu geben.
Als langfristiges Ziel wurde u. a. die „Entwicklung einer atlantischen Gemeinschaft“ vorgeschlagen und empfohlen, daß die NATO „mehr als ein militärisches Bündnis“ werden sollte, wie es bereits im Nordatlantikvertrag vorgesehen war, d. h. eine verstärkte politische Dimension erhalten müsse.
- 4 Der HARMEL-Bericht (benannt nach dem damaligen belgischen Außenminister Harmel) über „Die künftigen Aufgaben der Allianz“ definierte die künftigen sicherheitspolitischen Hauptfunktionen der NATO. Er eröffnete - nach eigener Darstellung - die Phase der West-Ost-Entspannung, des Dialogs mit der WVO, der Verhandlungen und Rüstungskontrollabkommen.
- 5 Die Erklärung von Ottawa vom 26. Juni 1974 über die Atlantischen Beziehungen anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der NATO trug den eingetretenen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis Rechnung und präziserte die sicherheitspolitischen Leitlinien (auf der Basis des HARMEL-Berichts) für die nächsten Jahre. Ausgangspunkt war in erster Linie die erreichte nuklearstrategische Parität zwischen USA und UdSSR und deren Konsequenzen für die NATO.
- 6 Die Bonner Erklärung vom 10. Juni 1982 knüpfte wieder direkt an den HARMEL-Bericht an. Zweck dieser Erklärung war, angesichts der öffentlichen Auseinandersetzungen in Westeuropa über Fragen des Friedens und der Sicherheit im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses noch einmal die - wie es heißt - konstruktive Friedensorientierung der NATO-Sicherheitspolitik zu betonen:
„Unser Ziel ist es, Krieg zu verhindern und unter Wahrung der Demokratie die Grundlagen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Wir respektieren die Souveränität, Gleichheit, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Staaten. Zur Erreichung dieses Zieles werden wir angemessene militärische Stärke und politische Solidarität aufrechterhalten. Auf dieser Grundlage setzen wir unsere Bemühungen fort, durch Dialog, Ver-

handlungen und beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit ein konstruktiveres Ost-West-Verhältnis herzustellen, soweit dies durch das sowjetische Verhalten ermöglicht wird.“

(NATO-Bulletin Nr. 58/1982, S. 493 ff.)

Von der NATO wird die Bonner Erklärung als Gewaltverzichtserklärung verstanden, bezogen auf alle Konfliktarten und auf den Einsatzverzicht sowohl konventioneller als auch nuklearer Waffen.

- 7 Mit dem „Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung“ vom Mai 1989 erfolgte eine Weiterentwicklung und Konkretisierung der sicherheitspolitischen Konzeption der NATO hinsichtlich ihrer rüstungskontroll- und abrüstungspolitischen Komponente.
- 8 „Die erste (Funktion - d. A.) besteht darin, eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber aggressiven und anderen Formen von Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedsstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt.“
(NATO-Kommuniqué vom 14.12.1967, in: Bulletin der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Nr. 149/S. 1256 vom 16.12.1967)
- 9 Als zweite Funktion sieht der HARMEL-Bericht wörtlich die „Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können. Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar. Die Bündnispartner sind daher entschlossen, ihre Bemühungen auf dieses Ziel zu richten, indem sie realistische Maßnahmen zur Förderung der Entspannung in den Ost-West-Beziehungen treffen. Die Entspannung ist nicht das Endziel, sondern ein Teil des langfristigen Prozesses zur Verbesserung der Beziehungen und zur Förderung einer Regelung europäischer Fragen.
Das höchste politische Ziel der Allianz ist es, eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa mit eigenen Sicherheitsgarantien zu erreichen.“
(Ebenda)
- 10 Vgl. Stratmann, K.-P., Aktuelle Strategieprobleme des Westens, in: Sicherheit und Frieden, Herford 1985, S. 211.
- 11 Vgl. Kujat, H., Europa bewahren, Herford 1985, S. 109.
- 12 Die bodengestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen (auch kontinentalstrategische oder eurostrategische Kernwaffen) werden entsprechend dem INF-Vertrag abgebaut und vernichtet.
- 13 Air-Land-Battle ist in der Grundsatzdienstvorschrift der USA-Landstreitkräfte FM 100-5 (Mai 1986) ausführlich beschrieben.
- 14 Vgl. US Army Field Manual FM 100-5, Mai 1986.
- 15 Vgl. Weißbuch 1985 des Bundesministeriums der Verteidigung, S. 30, Absatz 61.

- 16 HDv 100/100 „Truppenführung“ (TF), Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, März 1987.
- 17 Vgl. Kutz, M., Operative Führung als Denkfigur und Handlungskonzept der Heeresführung der Bundeswehr, Hamburg, Februar 1989.
- 18 Vgl. Plesch, D.; Nassauer, O.; Butcher, M.; Shorr, D., NATO Military Doctrine in the 1990s (Die Militärdoktrin der NATO in den 90er Jahren), in: British American Security Information Council, Januar 1990, S. 1-12.
- 19 Vgl. ebenda.
- 20 Richter, C., Politisch-Strategische Ansätze zur Weiterentwicklung der NATO-Strategie, in: Sicherheit und Frieden, Herford 1985, S. 241 ff.
- 21 Vgl. Interview des damaligen Inspektors der Bundesmarine, Vizeadmiral Wellershoff, über Grundelemente der maritimen NATO-Strategie, in: Europäische Wehrkunde 4/1985, S. 200.
- 22 Seitens der UdSSR wird im Hinblick auf einen Wandel der NATO und ihrer sicherheitspolitischen Konzeption und Militärstrategie vor allem vorgebracht:
 - Abbau des (eindeutig gegen die UdSSR gerichteten) Feindbildes,
 - Veränderung der Einsatzkonzeptionen der Streitkräfte (Doktrinwandel),
 - Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und
 - Abbau der potentiellen Offensivfähigkeit der NATO-Streitkräfte und Gewährleistung ihrer Nichtangriffsfähigkeit.
- 23 „Die Gefahr eines umfassenden Angriffs des Warschauer Vertrages auf Westeuropa wurde im wesentlichen beseitigt, und die Möglichkeiten eines sowjetischen Alleinangriffs sind in weite Ferne gerückt ... Jeder sowjetische Versuch zur Wiederherstellung einer glaubwürdigen Bedrohung in Form eines umfassenden konventionellen Angriffs auf die NATO wäre sehr kompliziert und würde eine gewaltige Mobilmachung erfordern, wodurch die NATO Monate zuvor gewarnt wäre.“
(Nunn, S., Rede vor dem USA-Senat am 19.04.1990)
- 24 Vgl.: Wörner bietet Moskau „Sicherheitspartnerschaft“ in der NATO an, in: Frankfurter Allgemeine, 9. Mai 1990.
- 25 Vgl. Stoltenberg, G., Eröffnungsvortrag des Forums „Bundeswehr und Gesellschaft“, in: Welt am Sonntag, 18. März 1990.
- 26 Vgl.: Die Welt, 10.05.1990.
- 27 Vgl.: Frankfurter Allgemeine, 04.05.1990.
- 28 Vgl.: Die Welt, 04.05.1990.

- 29 Vgl.: Die Welt, 11.05.1990.
- 30 Vgl. Nunn, S., Rede vor dem USA-Senat vom 19.04.1990.
- 31 Nach einem erfolgreichen Abschluß von Wien I werden die UdSSR und die USA ihre Streitkräfte in der „erweiterten Region Zentraleuropa“ auf jeweils 195.000 Mann reduzieren und in dieser Region somit eine Parität herstellen.
- 32 Vgl. Nunn, S., ebenda.
- 33 Vgl. Geist, M., Gesamtdeutsche Streitkräfte 350.000 Mann?, in: Welt am Sonntag, 15.04.1990.
- 34 Vgl. u. a. Kremp, H., Wandel der Bedrohung erfordert neues Konzept für NATO-Manöver, in: Die Welt, 25.05.1990.
Bei Übung Atombomben-Angriff verweigert (ADN/SZ), in: Sächsische Zeitung, 2./3. Juni 1990.
- 35 Vgl.: Die Welt, 10.05.1990.
- 36 Eine Ausnahme bildet hier offensichtlich USA-Verteidigungsminister Cheney (vgl. Die Welt, 10.05.1990).
- 37 Vgl. „Abwehrkonzept muß neu definiert werden“, in: Die Welt, 07.04.1990.
- 38 Vgl.: Neues Konzept für die Vorneverteidigung, in: Welt am Sonntag, 25.03.1990.
- 39 Vgl.: Stoltenberg sieht neue Rolle für NATO in veränderter politischer Situation, in: Die Welt, 21.05.1990.
- 40 Vgl. Nunn, S., ebenda.
- 41 Vgl. Dregger, A., Neue Sicherheitsstrukturen für Europa, in: Soldat und Technik 5/1990, S. 315 ff.
- 42 Vgl. Ondarza, H. v., Wie sich das deutsche Heer auf neue Herausforderungen einstellt, in: Welt am Sonntag, 22.04.1990.
- 43 Vgl. Wellershoff, D., Das Wort Bedrohung ist verschlissen. Auszüge aus einem Vortrag auf dem Forum „Bundeswehr und Gesellschaft“, in: Welt am Sonntag, 18.03.1990.
- 44 Vgl. Wörner, NATO-Strategie an neue Verhältnisse anpassen, in: Frankfurter Allgemeine, 03.05.1990.
- 45 Vgl.: Die Welt, 11.05.1990.
- 46 Vgl. ebenda.
- 47 Vgl. Rühl, L., Auch Terrorismus und Kriminalität gehören zum neuen NATO-Konzept, in: Die Welt, 07.06.1990.
- 48 Vgl. ebenda.

Oberst Prof. Dr. Horst Pukrop

Zur Brückenfunktion eines vereinigten Deutschlands - zur Mittlerrolle der NVA und der Militärakademie

Ausgehend von seiner geostrategischen Lage, der Vereinigung von zwei Staaten, die den unterschiedlichen Bündnissen in Europa - NATO und WVO - angehörten, der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung sowie seinem militärischen Gewicht in der europäischen Staatengemeinschaft, aber auch seiner Geschichte schuldend, muß und kann das vereinigte Deutschland im Interesse neuer europäischer Sicherheitsstrukturen, möglichst eines neuen europäischen Sicherheitssystems eine wichtige Rolle spielen und dabei eine bestimmte Brückenfunktion übernehmen.

Die Ausfüllung dieser Brückenfunktion setzt einerseits voraus, daß die freie und unabhängige Entwicklung des eigenen wie auch jedes anderen Staates anerkannt wird, daß für alle Staaten gleiche Rechte und Pflichten zuerkannt werden, daß es weder Sonderwege noch Sonderrechte bzw. Sonderinteressen für irgendjemanden gibt und daß die sicherheitspolitischen Forderungen der KSZE-Schlußakte (insbesondere definitiver Gewaltverzicht, Anerkennung der allseitigen Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen, Verzicht auf jedwede Form eines Angriffskrieges u. a.) wie völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen behandelt werden. Andererseits kann das vereinigte Deutschland eine derartige Brückenfunktion nur ausfüllen, wenn es sicherheitspolitische Bindungen sowohl nach West als auch nach Ost aufrechterhält. Dabei ist wahrscheinlich unerheblich, ob diese Bindung in Form einer vollständigen oder nur politischen Mitgliedschaft, einer Mitarbeit mit konsultativem oder Beobachterstatus bzw. einer neutralen Mittlerrolle erfolgt (die Varianten des sicherheitspolitischen Status des vereinigten Deutschlands werden in anderen Dokumenten dargestellt und diskutiert).

Aus militärischer Sicht werden durch beide deutsche Staaten aus der bisherigen Zugehörigkeit und Mitarbeit in den Bündnissen NATO und WVO spezifische Kenntnisse und Erfahrungen eingebracht, die nicht nur für das vereinigte Deutschland und die Ausgestaltung seines Platzes in der Sicherheitsordnung Europas eine Rolle spielen sollten, sondern vor allem im Interesse aller Staaten und der schrittweisen Ausprägung eines gemeinsamen europäi-

schen Sicherheitssystemen genutzt werden müßten. Der Vereinigungsprozeß beider deutscher Staaten stellt einen Modellfall dar, der unter Berücksichtigung der übereinstimmenden Forderung, zu mehr Sicherheit zu führen, allseitig in diesem Sinne zu nutzen ist.

Die Brückenfunktion des vereinigten Deutschland könnte speziell auf dem militärischen Gebiet darin bestehen, daß auf der Grundlage der verallgemeinerten Kenntnisse und Erfahrungen ein Beitrag geleistet werden könnte

- zur Vermittlung zwischen den Bündnissen und ihren Mitgliedstaaten,
- zur Ausprägung des politischen Charakters des Bündnisses,
- zum Erfassen der Sicherheitsinteressen der Bündnisse und Staaten und zu ihrer Abstimmung (Angleichung),
- zur Analyse von Risiken, Gefahren- und Bedrohungselementen und zu ihrer Beseitigung,
- zum Abbau bzw. zur Überwindung konfrontativer Ansichten,
- zur Schlichtung von Differenzen zwischen Mitgliedstaaten verschiedener Bündnisse,
- zur konstruktiven Weiterführung des KSZE-Prozesses sowie
- zum schrittweisen Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.

Das vereinigte Deutschland könnte sowohl die Schaffung von KSZE-Organen und ihre Installierung in Berlin vorschlagen sowie dafür entsprechende Einrichtungen bereitstellen als auch seine Mitarbeit in einem zu schaffenden europäischen Sicherheitsausschuß (-kommission) anbieten.

Für die NVA ergibt sich aus dieser Sicht die Möglichkeit und Notwendigkeit, eine Mittlerrolle vom Warschauer Vertrag zur NATO und umgekehrt zu übernehmen. Die Kenntnis der militärdoktrinären Ansichten des Bündnisses sowie seiner einzelnen Staaten, die Kenntnis der Ansichten über den Einsatz der Truppen und Kräfte im taktischen, operativen und strategischen Maßstab, die Kenntnis der Kampf-, Führungs- und Sicherstellungstechnik, der Ausrüstung und Bewaffnung der Teilstreitkräfte, Waffengattungen,

Spezialtruppen und Dienste, die Kenntnis der Organisations-, Versorgungs- und Ausbildungsprinzipien, die Kenntnis der Prinzipien der Truppenführung und Stabsarbeit, die vorhandenen Verbindungen zu Truppenformationen und Stäben der Sowjetarmee, speziell der Westgruppe, sowie der Polnischen Armee, der Tschechoslowakischen u. a. Volksarmeen, zu Institutionen und militärischen Hochschuleinrichtungen sowie die Kenntnis der Sprache und der Mentalität der Menschen aus den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages können eingebracht und zum gemeinsamen Erfahrungsschatz werden. Diese Kenntnisse und Erfahrungen sind ausschließlich im Interesse der Annäherung und der Gestaltung gemeinsamer Sicherheit zu nutzen.

Speziell für die Militärakademie stellt sich die Mittlerrolle nicht nur in zwei Richtungen (nach Ost und West), sondern auch in mehreren Ebenen dar. Als Hort militärtheoretischer Kenntnisse hat sie einerseits zum Aufarbeiten und Aufbereiten der Kenntnisse und Erfahrungen im Interesse verschiedenartiger Führungsorgane und Institutionen beizutragen, andererseits hat sie direkt mit entsprechenden Einrichtungen, insbesondere militärischen Hochschuleinrichtungen der Bundeswehr, zusammenzuarbeiten und ihre Verbindungen zu solchen Einrichtungen der WVO aufrechtzuerhalten. Dabei kann die Militärakademie diese Mittlerrolle durch folgende Maßnahmen ausfüllen:

- Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen (Kolloquia, Konferenzen, Seminare u. a.) mit unterschiedlichem (national einheitlichem oder gemischtem) Teilnehmerkreis;
- Aufbereitung und Austausch von Dokumenten, Materialien, speziellen Informationen;
- Einrichtung eines Konsultationszentrums auf interessierenden Gebieten, speziell militärischer Aspekte der Sicherheitspolitik, der Militärwissenschaft, militärischer Aspekte der Sozial- und Technikwissenschaften, der Abrüstung und Konversion;
- gemeinsame Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen im Bereich der Theorie der Führung und des Einsatzes der Streitkräfte in unterschiedlichen politischen Situationen, der Konversion sowie sicherheitspolitischer Probleme;

- Austausch von Dozenten zu gegenseitig interessierenden Themen;
- Austausch und Ausbildung von Studenten im Interesse der weiteren Annäherung und - speziell für beide deutsche Teile - im Interesse der Entwicklung einheitlicher deutscher Streitkräfte;
- Austausch von Delegationen zur Teilnahme an wichtigen Ereignissen der Hochschuleinrichtungen (Sitzungen der Konzile bzw. Räte, Promotionsverfahren, Ausbildungsabschlüsse u. a.) sowie der Truppenausbildung (Manöver, Truppen- und Stabsübungen) sowie
- Durchführung spezieller Ausbildungsmaßnahmen (Kurse, Lehrgänge, Seminare) zur Unterstützung von Maßnahmen im Interesse der Abrüstung, Konversion und Verifikation, der Erfüllung von Beobachterfunktionen u. a.

Die möglichen Aufgaben für die Militäarakademie zur Ausfüllung ihrer Mittlerrolle sowohl zwischen Ost und West als auch speziell zur Bundeswehr-Führungsakademie sollten bei der Neuprofilierung und Strukturierung ihren Niederschlag finden. Es geht dabei sowohl um die inhaltliche und personelle Absicherung der im Interesse dieser Aufgaben abzusichernden Themenkreise als auch um die materielle Absicherung solcher Aufgaben durch Beratungs-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Unterbringungsmöglichkeiten (-kapazitäten).

Oberst Prof. Dr. Horst Pukrop
Oberst Rainer Böhme

Zur militärischen Komponente kooperativer Sicherheitsstrukturen: nationale, multinationale und supranationale Streitkräfte

Im Zusammenhang mit Vorschlägen, Projekten, Konzepten zur Herausbildung europäischer kooperativer Sicherheitsstrukturen (EKS) bzw. im weiteren eines europäischen Systems kooperativer Sicherheit (ESKS) ist die Frage nach der militärischen Komponente nicht zu umgehen. Sie wird in der Regel auch nicht umgangen, denn in keinem Konzept wird von einer völligen Auflösung von Risikoherden bzw. von einer Beseitigung möglicher Gefährdungen oder Bedrohungen der Sicherheit ausgegangen. Damit spielen in fast allen Überlegungen, unabhängig ob sie regierungs-(politik-)offiziell oder durch Parteien, Organisationen, Institutionen bzw. Personen entwickelt werden, die Streitkräfte auch für die weitere Zukunft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das militärische Potential der Staaten bzw. die militärische Komponente von EKS wird auch weiterhin für unerlässlich erachtet zur Aufrechterhaltung kooperativer Sicherheit, zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten, zur schnellen Wiederherstellung einer Friedensordnung nach deren Störung.

Dabei wird prinzipiell davon ausgegangen, daß die Beilegung von Streitfällen bzw. Schlichtung von Konflikten vorrangig auf politischem Wege erfolgt. Die Streitkräfte sollen in EKS vor allem zum Schutz Europas nach außen eingesetzt werden und erst an zweiter Stelle als Rückversicherung gegenüber Friedensbruch im Innern der EKS (der ESKS) dienen, wenn eine politische Lösung nicht erreichbar ist. Neben den auch bisher üblichen Begriffen „nationale“ und „Koalitionsstreitkräfte“ werden Vorstellungen zu „multinationalen“ und „supranationalen“ Streitkräften geäußert. Es ist deshalb erforderlich, ein einheitliches Begriffsverständnis zu erreichen, um mögliche Konsequenzen für weitere Überlegungen und Lösungen verdeutlichen bzw. berücksichtigen zu können.

Der Gebrauch jeder militärischen Komponente wird strikt den Entscheidungen der politischen Institutionen¹ von EKS untergeordnet sein. Diese politischen Institutionen (Gremien) besitzen multinationalen Charakter, d. h. es sind in der Regel alle Partner paritätisch bzw. proportional vertreten.

Zur Verwirklichung der direkten Führung der militärischen Komponente werden (administrative) Führungsorgane² beauftragt.

In Abhängigkeit vom Modus der Besetzung der Funktionen³ in Führungsorganen durch Vertreter der beteiligten (betroffenen) Staaten wird deren Charakter als national, multinational oder supranational bezeichnet. (Abb. S. 46)

Von „nationalen“ Führungsorganen ist zu sprechen, wenn nur Vertreter eines Staates Funktionen einnehmen.

Besetzen alle Staaten Funktionen in einem Führungsorgan, erhält es die Bezeichnung „multinational“. Die Funktionen können dabei verhältnisgleich (proportional) oder gleichberechtigt (paritätisch) unter den Partnern aufgeteilt sein.

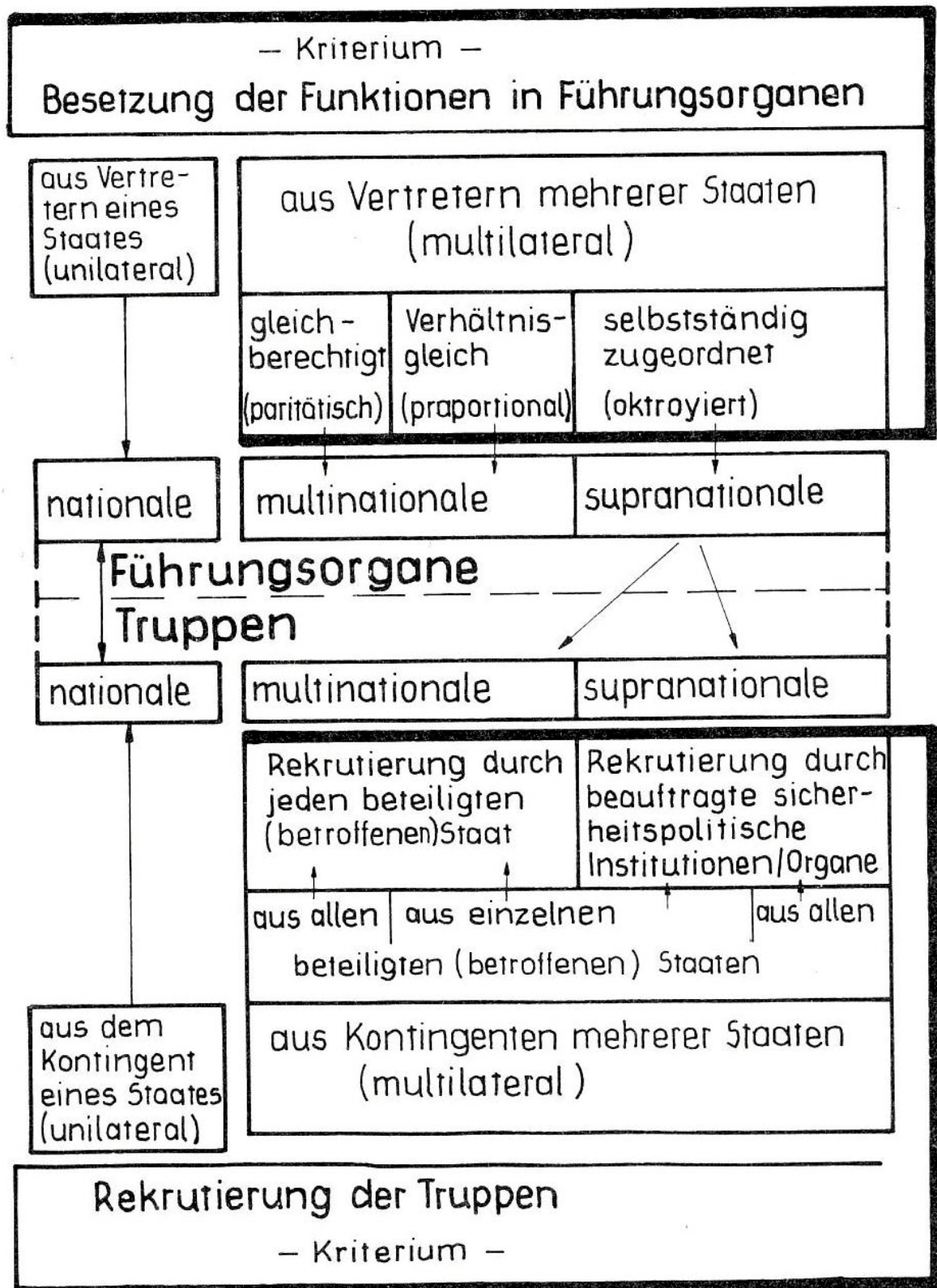
Führungsorgane sind „supranational“⁴ besetzt, wenn das politische (sicherheitspolitische) Gremium, z. B. der Sicherheitsrat, ohne Rücksicht auf nationale Interessen die Besetzung der (administrativen) Organe wie Sekretariat, Oberkommando, Generalstab selbst zuordnen (oktroyieren) darf.

In der Regel werden in diesen Führungsorganen Funktionen durch Vertreter mehrerer, jedoch nicht aller Staaten besetzt. Diese Führungsorgane werden auch deshalb als „supranational“ bezeichnet, um die Unabhängigkeit ihrer Entschlüsse von nationalen Interessen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Das bedeutet, daß Entscheidungen der Führungsorgane auch für jene Partner bindend sind, die nicht dem Gremium angehören und demzufolge einen bestimmten Teil nationalen Souveränität einschränken.

Nach der Herkunft der Truppen (Kräfte) für eine militärische Komponente von EKS (eines ESKS) lassen sich gegenwärtig fünf Varianten erkennen:

1. Kontingente nationaler Streitkräfte werden im Bedarfsfall einem Führungsorgan der EKS für die Einsatzdauer unterstellt.
2. Ständig vereinbarte Kontingente mehrerer Staaten unterstehen einem politischen oder/und militärischen Führungsorgan der EKS, das multi- oder supranational besetzt ist.
3. Das politische (sicherheitspolitische) oder militärische Organ der EKS ist beauftragt, die Truppen (Kräfte) aus allen oder einzelnen beteiligten (betroffenen) Staaten selbst zu rekrutieren. In diesem Fall kann von supranationalen Streitkräften gesprochen werden. Das Rekrutierungsorgan ist voll

Abb.: Nationale , multinationale , supranationale Streitkräfte



verantwortlich für diese Streitkräfte und wird politisch durch die Vollversammlung (das Parlament) oder den Sicherheitsrat kontrolliert.

4. Mischformen aus den drei o. g. Varianten sind für die Zusammensetzung der Truppen (Kräfte) wie Führungsorgane möglich.⁵
5. Eine weitere Möglichkeit stellt ein gemeinsamer Einsatz verschiedener nationaler Kontingente unter jeweils nationalem Kommando im Auftrag der Organe der EKS dar. Das erscheint insbesondere dann sinnvoll, wenn das Ausmaß des Einsatzes gering ist oder dieser von einer militärischen Großmacht ohnehin dominiert wird. Diese Variante unterscheidet sich vorrangig dadurch, daß die Kommandogewalt nicht wie in den Varianten 1 - 4 bei politischen und/oder militärischen Organen der EKS liegt, sondern in nationaler Befugnis.

Unter „multinationalen“ Streitkräften können wir Gruppierungen bzw. Formationen der Streitkräfte verstehen, die sich aus Strukturelementen von mindestens zwei Staaten zusammensetzen, unter einem einheitlichen Kommando stehen und deren Verfügung diesen Staaten gemeinsam unterliegt. Nach dem Grad der noch vorhandenen Selbständigkeit beim geschlossenen taktischen Einsatz der jeweils nationalen Strukturelemente können unterschieden werden:

- „vereinte“ oder „vereinigte“ Truppen-(Kräfte-)formationen, wenn die Selbständigkeit jeder einzelnen nationalen Formation in der taktischen Einsatzebene durch eine einheitlich nationale Kampf-, Unterstützungs- und Sicherstellungskomponente garantiert ist;
- „gemischte“ oder „gemeinsame“ Truppen-(Kräfte-)formationen, wenn der taktische Einsatz von Formationen nur durch multinationale Kampf-, Unterstützungs- und Sicherstellungskomponenten gewährleistet ist.

Ein Beispiel für vereinte Truppenformationen sind die Koalitionstreitkräfte von NATO und WVO. Von der taktischen bis zur operativ-taktischen Ebene ist die Selbständigkeit des Einsatzes nationaler Strukturelemente gesichert.

Das gegenwärtig praktische Beispiel für gemischte (gemeinsame) Truppenformationen ist die deutsch-französische Brigade.

Die deutsch-französische Brigade umfaßt:

- einen gemischten Stab mit Stabskompanie;
- ein deutsches Jägerbataillon;
- ein französisches Infanterieregiment;
- ein französisches leichtes Panzerregiment;
- ein deutsches Artilleriebataillon;
- eine deutsche Panzerjägerkompanie;
- eine deutsche Panzer-Pionierkompanie;
- eine französische Aufklärungskompanie;
- ein gemischtes Versorgungsbataillon;
- eine französische Ausbildungseinheit.

Die Brigade ist in 4 Standorten untergebracht, wobei in 3 Standorten deutsche und französische Einheiten gemeinsam stationiert sind.

Unter „supranationalen“ Streitkräften können wir Gruppierungen bzw. Formationen der Streitkräfte verstehen, die aus Einheiten eines oder mehrerer Staaten bestehen, die aus einer nationalen Unterstellung (Verfügbarkeit) ständig oder zeitweilig (für einen bestimmten Zeitraum oder zur Lösung einer bestimmten Aufgabe) herausgelöst sind und einem Gemeinschaftsorgan unterstehen. Dieses Organ ist beauftragt, die Truppen (Kräfte) aus allen oder einzelnen beteiligten (betroffenen) Staaten selbst zu rekrutieren. Dabei können diese Einheiten (Strukturelemente) sowohl auf dem Territorium des Landes stationiert sein, das sie stellt, als auch auf dem Territorium eines anderen Landes. Beispiele dafür können mit Einschränkungen die UN-Truppen und der Bewegliche Eingreifverband Europa (AMF - Allied Command Europe Mobil Force) der NATO sein. Supranationale Streitkräfte werden im Rahmen eines kooperativen Sicherheitssystems in Europa sicherlich eine wesentliche Rolle spielen. Ihr Umfang, ihre Zusammensetzung und der Anteil der jeweiligen nationalen Kontingente werden sich in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsam zu lösenden Aufgaben (Schutz des gemeinsamen Sicher-

heitsraumes) und den nationalen Möglichkeiten ergeben. Daher ist es vorstellbar, daß supranationale Streitkräfte keine einheitliche Organstruktur besitzen, sondern entsprechend den zu lösenden Aufgaben zusammen- bzw. bereitgestellt werden.

Gegenwärtig von größerem Interesse sind die multinationalen Streitkräfte, weil mit ihrer Bildung eindeutig politische Ziele verfolgt werden und weil ihre Bildung ein Schritt zur Herausbildung kooperativer Sicherheitsstrukturen darstellen kann. Eine eindeutig politische Zielstellung liegt sowohl der deutsch-französischen Brigade zugrunde (stärkere Einbindung Frankreichs in die NATO, speziell auch in die Vorverteidigung, Abbau von Befürchtungen gegenüber der Bundesrepublik bzw. Deutschland) als auch den Vorschlägen zur Bildung deutsch-polnischer, deutsch-tschechischer u. a. Formationen. Auch hier wird der Schutz gemeinsamer Sicherheitsinteressen an den jeweiligen Grenzen bzw. des gemeinsamen Sicherheitsraumes sowie der Abbau von Befürchtungen und Ängsten gegenüber einem vereinigten Deutschland verfolgt. Die Bildung multinationaler Streitkräfte hat eine ganze Reihe Vorteile bzw. positiver Seiten:

- sie stellen einen Beitrag zur Annäherung, Verständigung und Erweiterung von Kontakten zwischen den Völkern und ihren Streitkräften dar;
- sie leisten einen Beitrag zur Senkung bzw. zum Abbau von militärischen Risikofaktoren und von Bedrohungsängsten voreinander;
- sie tragen zur Abstimmung in allen Bereichen der Sicherheits-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik bei;
- sie führen zur Stärkung des jeweiligen Bündnisses bzw. der allgemeinen Sicherheit in bestimmten Gebieten/Räumen;
- sie stellen eine beachtenswerte Voraussetzung für die Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen den Streitkräften dieser Länder dar;
- sie können die Basis bilden für die weitere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Waffen und Ausrüstung;
- sie leisten einen Beitrag zur Ausprägung von Gemeinsamkeiten, besonders auf den Gebieten der Truppenführung, der Truppen-

ausbildung, der Sprachausbildung und der Partnerschaftspflege.

Die Bildung von multinationalen Streitkräften ist jedoch in jedem Fall damit verbunden, eine Entscheidung zu Dislozierungsfragen zu treffen. Zu den Voraussetzungen für diese Entscheidungsfindung gehört mit Bestimmtheit, daß sich sicherheitspolitisches Denken bei den Partnern der kooperativen Sicherheitsstrukturen vom historisch determinierten Nachkriegsdenken über Streitkräftestationierung freigemacht hat (bzw. freimacht) und multinationale Sicherheit mit der Bereitschaft zu multivalenter Streitkräftedislozierung verbindet.

Anderenfalls kann mit Einwänden gegen die Schaffung solcher Formationen gerechnet werden, wenn ein Staat nicht bereit ist, auf seinem Territorium (Aquatorium) andere nationale Streitkräftekontingente zu dulden oder die Anzahl der unterschiedlichen Stationierungsmächte weiter zu erhöhen. Auf deutschem Territorium würden z. B. zu den derzeit 7 Stationierungsmächten (USA, GB, F, KA, BE, NE, SU) bei Realisierung der Vorhaben zu deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Formationen noch weitere 2 Staaten (PL, CS) hinzukommen. Es wäre selbstverständlich politisch verantwortungsbewußt abzuwägen, welche möglichen Wirkungen deutsche Streitkräftekontingente bei deren beabsichtigter Dislozierung auf dem Territorium von Nachbarstaaten Deutschlands auslösen könnten; daran sollte auch die Politikfähigkeit der Vorschläge zu multinationalen Formationen in den Partnerstaaten gemessen werden.

Die rein militärischen Vorteile, speziell aus nationaler Sicht, sind gering. Da die multinationalen Truppen einem gemeinsamen Organ (Rat, Ausschuß, Komitee ...) unterstehen, ist ihre nationale Verfügbarkeit wesentlich eingeschränkt (fast ausgeschlossen), insbesondere wenn das den Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten widerspricht. Der Einsatz dieser Truppen kann nur nach Abstimmung zwischen den Beteiligten und in ihrer Übereinstimmung erfolgen. Unter diesem Aspekt ist die Bildung multinationaler Streitkräfte zu befürworten. Sie führt zur Minderung der (verfügbaren) nationalen militärischen Potentiale, nimmt den einzelnen Staaten die Möglichkeit zum unbedachten Handeln gegeneinander und zwingt zur klaren Bestimmung der na-

tionalen Sicherheitsinteressen und strengen Berücksichtigung der gemeinsamen bzw. der Sicherheitsinteressen einzelner anderer Staaten. Multinationale Streitkräfte können somit ein Element der „Neutralisierung“ bzw. der „Lähmung“ bei der Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt zwischen den Staaten darstellen. Da es bei multinationalen Streitkräften als Auftrag immer um den Schutz eines gemeinsamen Sicherheitsraumes, um den Schutz gemeinsamer Sicherheitsinteressen an den jeweiligen Grenzen zueinander geht, können derartige Formationen damit auf dem militärischen Gebiet eine Keimzelle für eine künftige militärische Komponente von EKS sein. Dabei sind Schwierigkeiten, die gegenwärtig noch existieren und vor allem durch Unterschiede in der Wehrgesetzgebung, im Demokratieverständnis, in der Versorgungs- und Besoldungsordnung, in der Gestaltung der Führungs-, Ausbildungs- und Sicherstellungsprozesse sowie des Tagesdienstablaufs, in den Bedürfnissen usw. zu suchen sind, durchaus nicht zu übersehen. Aber ihre Angleichung führt ebenfalls zur Angleichung des Gesamtniveaus zwischen den Streitkräften und strahlt damit auch auf die Völker aus.

Wer konfrontative Strukturen überwinden und zur Ausprägung von gegenseitigem Vertrauen beitragen will, muß sich auf militärischem Gebiet mit dieser Möglichkeit der Bildung multinationaler Streitkräfte befassen und darf sich ihr nicht verschließen. Bei allen Schwierigkeiten und Abträglichkeiten kann der Beitrag zur Minderung von Risiko und Bedrohung sowie zur Stärkung der gemeinsamen Sicherheit nie zu hoch eingeschätzt werden. Alle Entwicklungen auf diesen Gebieten sollten daher weiter mit Interesse verfolgt werden.

Fußnotenverzeichnis

- 1 Unter politischen Institutionen von EKS werden u. a. verstanden: KSZE-Parlament, Gemeinsame Ausschüsse, KSZE-Konferenzen, Konferenz der Regierungschefs, KSZE-Zentrum für friedliche Streitbeilegung, Europäischer Sicherheitsrat, Rat der Außenminister.
- 2 Beispiele sind: Sekretariat des Sicherheitsrates oder militärische Exekutive wie Oberkommando, Generalstab o. ä.
- 3 Unter Funktionen werden hier solche mit Entscheidungs-/Entschlußbefugnis verstanden.
- 4 Zu diesem Begriff vermerkt F. Beber im Lehrbuch des Völkerrechts (Bd. III. - München 1977, S. 321):
„Die Verwendung des Begriffs „supranationale“ war also in ihrem Ursprung politisch-ideologisch bedingt; sie ist relativ ungefährlich, wenn man die durch sie bezeichnete Intensitätsverdichtung völkerrechtlicher Zusammenarbeit nicht zum Anlaß nimmt, das durch sie geschaffene „interne Staatengemeinschaftsrecht“ vom Völkerrecht, dem es als „partikuläres“ Völkerrecht wesensmäßig zugehört, zu trennen und zu einem neben dem Völkerrecht zu gruppierenden eigenständigen Normenkreis zu deklarieren, sondern seinen völkerrechtlichen Charakter durchweg klar und konsequent festhält.“
- 5 Zum Beispiel wird das Kommando von UN-Friedenstruppen (UN-Peacekeepingforces) durch den UN-Generalsekretär ernannt, d. h. ist supranational, während die Truppenkontingente auf seine Bitte nach Entscheidung des Aussenderstaates und mit Einverständnis des Gastlandes zusammengestellt werden, d. h. multinationalen Charakter tragen.

Oberst R. Böhme

Vorschläge und Konzepte zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa (Literaturstudie)

(Der Entwurf dieser Literaturstudie bildete die Grundlage für die „Thesen: Kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa“ vom 07.05.1990 und mehrerer Vorträge.)

Einleitung

In der vorliegenden Literaturstudie werden unter Sicherheitsstrukturen jene Beziehungen zwischen Staaten und Koalitionen verstanden, durch die deren äußere Sicherheit bzw. Sicherheitsinteressen mit politisch-militärischen Mitteln gewährleistet wird oder werden soll. Damit stützt sich diese Studie auf die „Thesen: Kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa“ vom 7. Mai 1990 ab.¹ Die heute internationale, z. T. kontrovers geführte Diskussion über einen künftigen sicherheitspolitischen Status des vereinigten Deutschlands fügt der Vision „gemeinsames Haus Erde“ bzw. der Idee „gesamteuropäisches Haus“ fast unübersehbar viele neue Varianten, Vorschläge, Konzepte der unterschiedlichsten politischen Kräfte hinzu.

Das Ziel dieses Materials besteht darin, die im Ergebnis einer Literaturrecherche von ca. 50 Quellen aus den Jahren 1984 bis 1990 deutlich werdenden unterschiedlichen Auffassungen, Vorschläge, Konzeptionen für europäische kooperative Sicherheitsstrukturen (EKS) nach verschiedenen Kriterien übersichtlich geordnet vorzustellen. Der Autor ist sich bewußt, daß die strenge Einschränkung auf nur wenige Konzepte die Vielfalt und Dynamik der sicherheitspolitischen Diskussion nur unvollkommen widerspiegelt, jedoch viele Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten eine bestimmte Auswahl und Zusammenfassung gestatten. Zur Erläuterung des methodischen Untersuchungsganges müssen zwei Bemerkungen vorangestellt werden.

E r s t e n s . Die Dynamik und Aktualität der internationalen politischen Diskussion sowie Realpolitik läßt nicht anraten, einer Wertung auch nur annähernd vorgreifen zu wollen. Die Literaturstudie will deshalb nicht bewerten, sondern analysieren, informieren und zur Diskussion anregen. Zugleich erhebt sie nicht den Anspruch, als eine abgeschlossene und umfassende Analyse zum Problem EKS zu gelten, sie sollte weiter fortgeschrieben werden.

Ohne Zweifel sollte jedes Nachdenken über EKS die Interessenlage anderer Staaten aufmerksam und ausgewogen berücksichtigen. Das kann die Deutschen keinesfalls von der Pflicht entbinden, ausgehend von den neuen politischen Rahmenbedingungen die eigenen Sicherheitsinteressen zu definieren.²

An diesen Sicherheitsinteressen und anderen Kriterien sollten Vorstellungen über einen künftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands zunächst einmal gemessen werden und mit den Vorschlägen (Konzepten) zu EKS verglichen werden. Aus der Logik deutscher Sicherheitsinteressen könnte hinsichtlich der Untersuchung von EKS der jeweils zugrundeliegende sicherheitspolitische Status Deutschlands als Ordnungskriterium herangezogen werden. Da nicht in jedem Fall in den untersuchten Vorschlägen und Konzepten eine Zuordnung zu einem bestimmten sicherheitspolitischen Status deutlich wird, müssen die Vorstellungen zu europäischen kooperativen Sicherheitsstrukturen anhand folgender Kriterien analysiert werden:

(I) Politische Einordnung der EKS:

- in welches politische Gesamtkonzept?
- auf Grundlage welcher internationaler Regeln?
- in welche politischen Basisorganisationen?

(II) Politischer Zusammenhang zu anderen Elementen internationaler Sicherheit:

- zu juristischen Institutionen,
- zu ökonomischen Institutionen/Organisationen,

- zu ökologischen Institutionen/Organisationen;
- (III) Sicherheitspolitische Bezeichnung und Basisorganisationen der EKS;
- (IV) Verhältnis der deutschen Sicherheitspartner zu Militärbündnissen;
- (V) Charakter der militärischen Komponente der EKS.

Im ersten Fall befaßt sich die Literaturstudie mit charakteristischen Merkmalen der Vorschläge und Konzepte zu EKS aus diesen fünf Problemkreisen.

Europäische Sicherheit kann eigentlich nicht losgelöst von globaler Sicherheit diskutiert werden. Für den Zweck dieser Studie muß deshalb einschränkend angemerkt werden, daß Überlegungen zur Einbindung von EKS in ein allumfassendes System der internationalen Sicherheit („gemeinsames Haus Erde“ - Gorbatschow vor der 42. UNO-Vollversammlung 1987) ausgeklammert, jedoch der Bedeutung entsprechend nach gleichen Kriterien in die Anlage 1 aufgenommen sind. Unberücksichtigt bleiben die bilateralen Vereinbarungen und Vorschläge zwischen USA und UdSSR zu global-strategischen Fragen.

Z w e i t e n s . Der Studie liegen Aussagen folgender politischer Organe, Institutionen bzw. Kräfte zugrunde:

a) Regierungsoffizielle der WVO-Staaten

- der UdSSR, der DDR;
- der Außenministertreffen der WVO;

b) Regierungsoffizielle der NATO-Staaten

- der USA, Großbritanniens, Frankreichs;
- der Außenministertreffen der EG;

c) Ergebnisse des Zusammentreffens von Politikern der WVO- und NATO-Staaten

d) Parteioffizielle

- aus der BRD (CDU, SPD);
- aus der DDR (DEMOKRATIE JETZT, Grüne Partei, PDS, SPD);

e) Institutionen, Studiengruppen, Personen

- Emanuel-College der Universität Cambridge;
- Deutscher Bundeswehrverband;
- Institut für Friedensforschung Hamburg;
- Londoner Internationales Institut für Strategische Studien;
- Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI);
- Bahr, E.; Bastian, G.; Böge, V./Wilke, P.: Graefrath, B.; Kissinger, H.; Knies, G.; Mathiopoulos, M.; Oeser, E.; Senghaas, D.; Stützle, W.; Wimmer, W.

Die regierungsoffiziellen Ansichten der BRD- und DDR-Regierung sind z. T. von unterschiedlichen, parteipolitisch geprägten Aussagen bestimmt. Deshalb fällt es gegenwärtig schwer, z. B. einen eindeutigen BRD-regierungsoffiziellen bzw. CDU(DDR)-partei-offiziellen Standpunkt auszumachen.

Der o. g. Systematik folgt der zweite Teil der Studie und eine in Anlage 2 angefügte vergleichende, zusammenfassende Betrachtung, die auf die Quellen³ (1. ...) verweist.

1. Charakteristische Merkmale von Vorschlägen und Konzepten zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa

1.1. Politische Einordnung der EKS (I)

Die Kategorie Sicherheit wird, soweit die einzelnen Konzepte eine Analyse zulassen, übereinstimmend von fast allen politischen Kräften nicht vorrangig und ausschließlich an militärische Macht gebunden, sondern im weiteren Sinne mit Mechanismen der inneren wie äußeren politischen, wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären, sozialen, juristischen Sicherheit ver-

knüpft. Es ist festzustellen, daß die Kriegsverhinderung als erstrangiges Prinzip in den internationalen Beziehungen von ausschließlich allen politischen Kräften getragen wird.

Bei allen Schritten zur Entwicklung von EKS ist die Abstimmung mit Bestrebungen der Vereinten Nationen zur Entwicklung eines globalen Sicherheitssystems vorzunehmen und keinerlei Abkopplung von den UNO-Prozessen zuzulassen. Jegliche künstliche Trennung von den Problemen in der „Dritten Welt“ sowie in anderen Staatengruppierungen sind zu vermeiden. Das Vertrauen der Welt zur Entwicklung von EKS könnte z. B. auch dadurch gefördert werden, daß ein abzuschließender Europäischer Sicherheitsvertrag oder KSZE-Vertrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden. Der Zusammenhang von europäischer Sicherheit und globaler Sicherheit wird demgegenüber nur im UdSSR-Konzept (Gorbatschow, Schewardnadse) zu einem „allumfassenden System der internationalen Sicherheit“, d. h. in der Vision vom „gemeinsamen Haus Erde“ angesprochen. In allen anderen Vorschlägen (Konzepten) wird allenfalls die Idee vom „gesamteuropäischen Haus“ vorgetragen.

Politische Zielvorstellungen für den europäischen Prozeß im Interesse eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems werden in mehreren Richtungen erkennbar, u. a. als:

- a) Europäische Konföderation
(SIPRI 1988, Mitterand 1990, „Pentagonale“);
- b) Vereinigtes Europa
(SPD in der DDR Januar 1990, M. Mathiopoulos);
- c) Vereinigte Staaten von Europa
(SPD in der BRD Dezember 1989, M. Mathiopoulos);
- d) Staatenbund mit gemeinsamen Institutionen
(Gorbatschow und de Maizere 1990).

Vorschläge für teileuropäische Lösungen sind u. a.:

- e) eine politische Union der 12 Mitgliedsstaaten der EG
(Außenminister der EG 1990 in Dublin; SPD in der BRD);
- f) eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft von Deutschland,
BeNeLux, Dänemark, Ungarn, Polen, CSFR
(Institut für Friedensforschung Hamburg 1990);
- g) die Bildung einer „Pentagonale“ aus CSFR, Ungarn, Österreich,
Jugoslawien, Italien
(Vizeaußenminister der CSFR Mitte Mai 1990).

Während die Varianten d) und e) die Einbindung der europäischen Staaten in unterschiedliche Bündnisse zuließen und selbst außer-europäischen Staaten offenstehen würden, schließen c) und d) einen blockauflösenden Prozeß ein und außereuropäische Mächte in der neuentstehenden Struktur aus. Die Variante e) könnte eine frühe Vorstufe von a) bis d) sein, jedoch mit der Tendenz, westliche Bündnisstrukturen eventuell auf Europa auszudehnen. Die Varianten f) und g) knüpfen an legitime Sicherheitsinteressen mitteleuropäischer Staaten an, organisieren sich nicht als Bündnis, ließen NATO und WVO in Mitteleuropa überflüssig werden und setzen keinen bündnispolitischen Sonderstatus für das Territorium der DDR voraus.

Einem vereinten Deutschland wird in jeder dieser Zielvorstellungen ein Platz im EKS eingeräumt. Die politische Rolle Deutschlands wird u. a. beschrieben als:

- vereinigtes Deutschland im europäischen Sicherheitssystem
(Außenministertreffen UdSSR-GB; B. Graefrath);
- Vereinigung Deutschlands in drei Phasen (EG-Gipfel in Dublin).

Auch in Zukunft werden ein „Sicherheitssystem“ bzw. „Sicherheitsstrukturen in Europa“ als notwendig angesehen. Konflikte zwischen europäischen Ländern bzw. an Europas Außengrenzen sind auch künftig nicht auszuschließen und deshalb zu bewältigen. Sofern sie nicht verhindert werden können, muß man in der Lage sein, sie einzudämmen und beizulegen. Das wird nicht auf den

militärischen Aspekt reduziert, aber Probleme der militärischen Sicherheit bleiben weiter relevant. Das neue Europa, das sich im Laufe des nächsten Jahrzehnts entwickeln kann, wird nach übereinstimmender Ansicht durch vielgestaltige institutionelle und informelle Vernetzungen auf gesamteuropäischer Ebene gekennzeichnet sein (u. a. politische, militär-politische, wirtschaftliche, ökologische, juristische, kulturelle). Dieses künftige Europa soll die Chance besitzen, zu einer Zone dauerhaften Friedens zu werden.

Als Grundlage für EKS werden genannt:

- die UNO-Charta (UdSSR, SPD in der BRD);
- die KSZE-Schlußakte als Charta einer europäischen Friedensordnung (SPD in der BRD; B. Graefrath; M. Mathiopoulos);
- eine europäische Friedensordnung (Grüne Partei sowie SPD in der DDR);
- ein europäischer Friedensvertrag als KSZE-Vertrag (DEMOKRATIE JETZT);
- ein deutscher Friedensvertrag bzw. friedensvertragliche Regelung (UdSSR, Grüne Partei in der DDR).

Im Sinne politischer Organisationen für EKS werden vorgeschlagen:

- eine KSZE-Folgekonferenz 1990 (in fast allen Konzepten);
- ein KSZE-Parlament (PDS in der DDR, D. Senghaas);
- ein „Rat für Europa“ mit ständigem Sekretariat (UdSSR) bzw. ein Europarat (B. Graefrath) bzw. ein KSZE-Sekretariat (Universität Cambridge);

- KSZE-Institutionalisierung nach EG-Vorbild (D. Senghaas), z. B.
 - * regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs,
 - * ständige Regierungsausschüsse,
 - * ständige Fachausschüsse;
- der Sondergästestatus der UdSSR im Europarat (UdSSR).

1.2. Politischer Zusammenhang zu anderen Elementen internationaler Sicherheit (II)

Innerhalb der politischen Gesamtkonzepte bzw. Basisorganisationen werden zu Institutionen juristischer Sicherheit gezählt:

- der internationale UNO-Gerichtshof (UdSSR);
- ein Streitbeilegungsorgan der KSZE (PDS in der DDR, SPD in der BRD, B. Graefrath, D. Senghaas);
- ein Tribunal zur Untersuchung von Terrorakten (UdSSR);
- der Abbau alliierter Rechte in Deutschland (B. Graefrath).

Zur Gewährleistung der ökonomischen Sicherheit sollen dienen:

- eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Währungsunion (SIPRI 1988, PDS in der DDR);
- eine Revitalisierung des RGW, dessen Verbund mit EG und EFTA sowie eine Zentralbank der europäischen Konföderation, internationale Managementschule und Datenbank für Osteuropa (M. Mathiopoulos);
- eine feste Einbindung Deutschlands in die EG (R. Eppelmann).

Bezüge zur ökologischen Sicherheit werden hergestellt durch:

- einen Ost-West-Umweltrat (M. Mathiopoulos) bzw.
- einen europäischen Umweltsicherheitsrat (Universität Cambridge).

1.3. Sicherheitspolitische Bezeichnung und Basisorganisationen der europäischen kooperativen Sicherheitsstrukturen (III)

Grundprobleme der Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen in Europa sind insbesondere dadurch charakterisiert, ob NATO und WVO weiterbestehen. Demzufolge sind zwei Herangehensweisen zu unterscheiden:

Schaffung blockübergreifender (blocküberwölbender) oder blockablösender Sicherheitsstrukturen.

Unabhängig von diesem Vorgehen werden folgende sicherheitspolitische Bezeichnungen für EKS verwendet:

- sicherheitspolitisches KSZE-System (B. Graefrath);
- umfassendes kooperatives (bzw. kollektives) europäisches Sicherheitssystem (Institut für Friedensforschung Hamburg, E. Bahr);
- europäische Friedensordnung mit eigenständigem Sicherheitssystem (SPD in der BRD und DDR);
- gemeinsames europäisches Sicherheitssystem (Grüne Partei in der DDR);
- Sicherheitssystem der beiderseitigen hinlänglichen Verteidigung und atomaren Rückversicherung, die sich auf Minimalabschreckung stützt (A. Dregger CDU);
- Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als Institution der EG (D. Senghaas);

- europäischer Sicherheitsvertrag statt Friedensvertrag (E. Oeser);
- gänzlich neue, im KSZE-Rahmen etablierte Sicherheitsstruktur: eine Europäisch-Amerikanische Allianz (EATO) als Zwischenschritt (W. Stützle SIPRI).

Überaus bedeutsam für EKS wäre die Schaffung von sicherheitspolitischen Institutionen und Organen:

- ein europäischer Sicherheitsrat (ESR) mit einem multinationalen Stab bestehend aus Sicherheitsberatern und weiteren Experten auf sicherheitspolitischem Gebiet aus allen KSZE-Staaten (SPD in der BRD, PDS und DEMOKRATIE JETZT in der DDR, Universität Cambridge);
- ein Rat der Außenminister beim ESR (Universität Cambridge);
- eine internationale KSZE-Sicherheitsbehörde (DEMOKRATIE JETZT, B. Graefrath);
- eine militärische Exekutive bzw. ein Oberkommando beim ESR (Universität Cambridge, B. Graefrath);
- ein Zentrum zur Verringerung der Konfrontation und zur Kontrolle der Abrüstung (UdSSR);
- ein Krisenmanagement-Zentrum sowie eine Verifikationsagentur (SPD in der BRD);
- die Koordinierung der militärischen Luftaufklärung und -überwachung (SPD in der BRD);
- ein KSZE-Forschungsinstitut mit internationalem Sprachzentrum (M. Mathiopoulos).

1.4. Verhältnis der deutschen Sicherheitspartner zu Militärbündnissen (IV)

Für den sicherheitspolitischen Status des vereinigten Deutschlands sind (bzw. waren) inzwischen mehrere Varianten in der internationalen Diskussion (Stand 03.06.1990):

- a) Ausdehnung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) auf ganz Deutschland;
- b) immerwährende völkerrechtliche Neutralität Deutschlands oder eines Teiles;
- c) Verbleib Deutschlands in der NATO und WVO (Doppelmitgliedschaft);
- d) volle NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands;
- e) Ausdehnung der NATO-Mitgliedschaft auf das vereinigte Deutschland mit sicherheitspolitischem Sonderstatus des bisherigen DDR-Territoriums;
- f) Erweiterung der NATO durch Eintritt der osteuropäischen (bisherigen WVO-) Staaten zur Vorstufe einer EKS;
- g) Beitritt von WVO-Staaten in die NATO und deren Umwandlung in eine Europäisch-Amerikanische Allianz (EATO).

Die detaillierte Aufstellung der verschiedenen Ansichten, Vorschläge und Konzepte ist mit zugeordnetem Quellennachweis in Anlage 2 (Abschnitt IV) angefügt.

1.5 Charakter der militärischen Komponente der europäischen kooperativen Sicherheitsstrukturen (V)

Aus der Analyse der bisher vorliegenden Vorschläge und Konzepte ist als allgemeine Tendenz zu erkennen, daß die Teilnehmerstaaten der EKS Streitkräftekontingente für die sicherheitspolitische Lösung von Problemen in Europa und zur Wahrung gemeinsamer

Europäischer Sicherheitsinteressen zunächst assignieren sollen. In bestimmten Regionen Europas könnten auf Wunsch von Teilnehmerstaaten gemeinsame (gemischte) Streitkräfteformationen, d. h. multinationale gebildet werden. Bei weiteren Fortschritten des europäischen Einigungsprozesses und Konsensbildung über Aufbau, Finanzierung, Führung und Einsatz könnte die Bildung von supranationalen europäischen Streitkräfteformationen erwogen werden. Die Herausbildung supranationaler Führungsorgane wäre dazu Voraussetzung und parallel gestalteter Prozeß.

Aufgrund der Vielzahl wie Unvollständigkeit der Gedanken zu den Problemen der militärischen Komponente werden nachfolgend nur die Begriffe aufgeführt, die zur Beschreibung künftiger europäischer Streitkräfteformationen in den Konzepten benutzt werden:

- verbleibende militärische Kräfte (B. Graefrath);
- europäische Armee (Französischer Generalstabschef);
- multinationale KSZE-Streitkräfte (SPD in der BRD);
- multinationale Streitkräfte (400.000 Mann) aus Freiwilligen aller Nationen, ohne USA und UdSSR, diese jedoch als Garanten eines Europäischen Sicherheitssystems (SIPRI 1988);
- militärische Kräfte wie schnelle Eingreiftruppe Frankreichs (Universität Cambridge);
- gemeinsame europäische Ordnungstruppe (UdSSR);
- supranationale Friedenstruppe als integrierte Polizeistreitmacht „Blauhelme“ (D. Senghaas) bzw. Europäische Wach- und Schließgesellschaft (G. Knies).

Bezüglich deutscher Streitkräfte werden genannt:

- eine gemeinsame deutsche Verteidigungsarmee (Deutscher Bundeswehrverband);

- „keine im luftleeren Raum schwebenden“ deutschen Streitkräfte (E. Bahr);
- auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee, die nicht im Militärbündnis, jedoch mit eigener territorialer Sicherheitsfunktion wirkt (R. Eppelmann, B. Wieczorek);
- eine grenznahe Verteidigung durch territoriale, nicht der NATO unterstellte Kräfte (A. Dregger CDU).

Aus der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergeben sich eine Vielzahl einmaliger, neuer und komplizierter Probleme für die deutschen Streitkräfte, die bisher in unterschiedlichen Blöcken integriert sind. Die im Vereinigungsprozeß entstehenden Erfahrungen können für die Herausbildung von EKS behilflich sein. Dazu sind (militär-)wissenschaftliche Vorleistungen und Begleitung erforderlich.

2. Zusammenstellung von Aussagen politischer Organe, Institutionen und Kräfte zu EKS

2.1. Regierungsoffizielle Aussagen der WVO-Staaten

2.1.1. Zur Kennzeichnung der offiziellen UdSSR-Politik können Aussagen von Gorbatschow herangezogen werden:

In seiner Rede in Prag im April 1987 nennt er die Idee des „gesamteuropäischen Hauses“ erstmals sowie eine KSZE-Folgekonferenz und ein Wirtschaftsforum als praktische Schritte dorthin. Diese Konzeption erweitert er im September 1987 vor der UNO-Vollversammlung zum „gemeinsamen Haus Erde“ (siehe Anlage 2).

Neue Akzente werden gesetzt mit der Rede vor dem Europarat im Juli 1989, die für ein „gesamteuropäisches Haus“ neben einer KSZE-Folgekonferenz einen Sondergästestatus der UdSSR im Europarat (evtl. als Generalkonsulat), die Ausarbeitung europäischer Rechtsnormen und ein Institut für ökologische Forschung zur Prognostizierung von Erdbeben beinhaltet. Die Rede in MOSKAU am 8. Mai 1990 enthält neue Vorschläge: ein Staatenbund mit gemeinsamen Institutionen sowie ein Friedensvertrag oder friedensvertragliche Regelungen mit Deutschland. Bei seinem Treffen mit dem

Ministerpräsidenten der DDR am 29.04.1990 wird ganz allgemein von einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem gesprochen. Die Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft für das vereinigte Deutschland ist bisher charakteristisch für alle Meinungsäußerungen Gorbatschows.

2.1.2 Bei den Gesprächen der Außenminister der UdSSR und Großbritanniens schlug Schewardnadse am 11.04.1990 die Schaffung eines kollektiven, gesamteuropäischen Sicherheitssystems vor, dem ein vereinigtes Deutschland angehört. Das wurde mit der Vorstellung von einer Doppelmitgliedschaft Deutschlands für eine Übergangszeit in NATO und WVO verbunden. Zum gleichen Zeitpunkt waren aus seinem Pressebeitrag für „NATO's Sixteen Nations“ folgende Vorschläge zu entnehmen: Bildung eines „Rates für Großeuropa“ der 35 KSZE-Staaten durch die Staats- und Regierungschefs (Tagungsrhythmus alle zwei Jahre) bzw. deren Außenminister (jährlich), Schaffung eines ständigen Sekretariats sowie eines Zentrums zur Verringerung der Konfrontation und zur Kontrolle der Abrüstung auf der Basis der Berliner Einrichtungen der Alliierten des zweiten Weltkrieges, Aufstellung einer europäischen Ordnungstruppe.

2.1.3. Die Außenminister der WVO-Staaten verwiesen in ihrer Erklärung im Oktober 1988 auf die KSZE-Schlußakte und eine KSZE-Folgekonferenz als politische Basis sowie ein zu schaffendes Zentrum zur Verminderung der Kriegsgefahr und Verhinderung von Überraschungsangriffen in Europa. Ein Katalog von Maßnahmen beschränkenden, vertrauensbildenden und verifizierenden Charakters wurde vorgestellt: weitere Übungsbeschränkungen, Nichtaufstockung der Streitkräfte, Verzicht auf Schaffung von Militärstützpunkten, Ankündigung der Tätigkeit der Luftstreitkräfte und Seeestreitkräfte, Ausdehnung der Ankündigung auf das gesamte KSZE-Territorium, Schaffung von Zonen des Vertrauens in Europa und angrenzenden Seegebieten, Maßnahmen zur Verhinderung von Zwischenfällen auf See und im Luftraum, Austausch von Daten über Streitkräfte und Militärhaushalte, Herstellung von operativen Nachrichtenverbindungen zwischen interessierten Ländern, Nutzung neuester technischer Kontrollmittel (Sensoren, automatische Geber), Austausch diplomatischer militärischer Vertreter, Be-

obachtungsposten in der Anwendungszone der Vertrauensbildung.

2.1.4. Der Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, R. Eppelmann, äußerte sich Ende April 1990 zu einem vereinten Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem. Er sieht Deutschland fest in die EG eingebunden. Während er am 12.04.1990 von einer NATO-Mitgliedschaft ohne NATO-Truppen auf DDR-Territorium spricht, läßt er am 23.04.1990 eine Doppelmitgliedschaft in NATO und WVO gelten.

Sein Staatssekretär B. Wieczorek nannte vor der Nordatlantischen Versammlung im Mai in PARIS „keinerlei Bündnisverschiebungen, sondern Bündnisüberwindung auf beiden Seiten“ als vorrangiges Anliegen. Auch nach der Vereinigung soll es „auf dem DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben, die, in kein Militärbündnis integriert, hier eigene territoriale Sicherheitsfunktionen ausüben wird und dementsprechend strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet werden muß“.

Nach Meinung des Außenministers der DDR M. Meckel Mitte Mai 1990 sollte Deutschland neutral sein und keine Kernwaffen auf seinem Territorium zulassen.

2.2. Regierungsoffizielle Aussagen der NATO-Staaten

2.2.1. Kennzeichnend sind die Aussagen vom Außerordentlichen Gipfel der Regierungschefs der EG am 20.04.1990 in DUBLIN. Darin wurden die Schaffung einer Politischen Union der 12 Mitgliedsstaaten der EG, ein KSZE-Gipfel in PARIS noch 1990 sowie ein Dreiphasenkonzept der Vereinigung Deutschlands vorgeschlagen.

2.2.2. Die jüngsten Tagungen von NATO-Gremien beharren auf dem Standpunkt einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft, wobei z. T. ein sicherheitspolitischer Sonderstatus eines Teils Deutschlands anerkannt wird. Regierungs- oder NATO-offizielle Konzepte für EKS sind nicht veröffentlicht.

2.2.3. Auf eine Vorstellung des französischen Präsidenten Mitterand zu einer europäischen Konföderation bezieht sich Gorbatschow in seiner Rede vom 08.05.1990. Der Generalstabschef der französischen Streitkräfte äußert in einem Interview am 24.05.1990 Gedanken zur Festigung der europäischen Gruppe der NATO sowie der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands als beste Variante. Im Juli 1989 brachte er bereits die Vorstellung von einer europäischen Armee ein.

2.3. Aussagen im Ergebnis des Zusammentreffens von Politikern der WVO- und NATO-Staaten

Zu den für die Untersuchung relevanten Problemen können keine Aussagen getroffen werden, da sich kontroverse Positionen der Seiten, wie im Abschnitt 1 genannt, zeigen und keine Konsensfindung bisher erkennbar ist. Beginnend beim Wiener Seminar über Militärdoktrinen vom Januar 1990 ist die Tendenz erkennbar, daß die einzelnen WVO-Staaten mit eigenen Konzeptionen auftreten. Erstmals wurde bei der Konferenz „Offener Himmel“ in Budapest im Mai 1990 die Abkehr vom Blockschema bei den Verhandlungen vollzogen.⁴

2.4. Aussagen von Parteien, Institutionen, Studiengruppen und Personen

2.4.1. Parteien in der BRD

Der CDU-Politiker A. Dregger ist der Ansicht, daß die KSZE den Rahmen für eine gesamteuropäische Friedensordnung bilden kann, diese jedoch nicht garantieren könnte. Es soll ein „Sicherheitssystem der beiderseitig hinlänglichen Verteidigung und atomaren Rückversicherung, die sich auf Minimalabschreckung stützt“, miteinander vereinbart werden. Eine europäische Sicherheitsunion im Rahmen der Allianz hält er nicht für überflüssig, Deutschland ohne Bündnis wäre ein Faktor der Instabilität. Deshalb soll die WEU und nicht die EG als europäischer Pfeiler der NATO ausgebaut werden. Die Teilnahme Frankreichs ohne jede Einschränkung an diesem europäischen Verteidigungssystem wird als Schlüssel angesehen. Eine doppelpolige dauernde Partnerschaft würde durch den Beitritt aller anderen europäischen Mitglieder der „Atlan-

tischen Union“ zur WEU erreicht. Die grenznahe Verteidigung soll durch territoriale, nicht der NATO unterstellte Kräfte gesichert werden. Hochmobile multinationale und möglicherweise auch gemischte Verbände werden in der Tiefe des Raumes nicht nur auf deutschem Boden „als operative Gegenangriffs-Reserven“ bereitgehalten. Die französisch-deutsche Brigade könnte zum Modell für solche multinationalen europäischen Verbände werden.

Die SPD in der BRD legte am 25.04.1990 ein Positionspapier mit folgendem Inhalt vor: Bildung einer Politischen Union der 12 Mitgliedstaaten der EG, Weiterentwicklung zu „Vereinigten Staaten von Europa“ auf der Grundlage der UN-Charta sowie KSZE-Schlußakte. Es soll ein gemeinsamer europäischer Rechtsraum mit einem KSZE-Streitbeilegungsorgan geschaffen werden. Sicherheitspolitische Bezeichnung dafür ist „Europäische Friedensordnung“ mit eigenständigem Sicherheitssystem. Organe sind ein europäischer Sicherheitsrat, eine Verifikationsagentur, ein Krisenmanagement-Zentrum. Deutschland soll vollständig in die NATO einbezogen werden mit einer Sonderregelung für das bisherige DDR-Territorium (NATO- und Bundeswehr-Truppen nicht bis zur Oder). Zu den militärischen Komponenten zählen: eine Einrichtung zur Koordinierung der militärischen Luftaufklärung und -überwachung, multinationale KSZE-Streitkräfte (mit Beteiligung der USA, KA, UdSSR), der Aufbau einer deutsch-polnischen Brigade (nach deutsch-französischem Muster).

Von anderen Parteien der BRD konnten bislang keine aktuellen, zusammenhängend dargestellten Konzepte für EKS erfaßt werden, obwohl Äußerungen von Einzelpersonen möglicherweise Schlußfolgerungen auf parteipolitische Positionen zulassen könnten.

2.4.2. Parteien in der DDR

Programmaussagen der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT bezeichnen den KSZE-Prozeß als „das wirksamste Instrument zur Förderung von Stabilität und Kooperation in Europa“ auf dem Wege zur Schaffung eines „Systems der kollektiven Sicherheit in Europa“. Ein „Europäischer Friedensvertrag“ soll auf KSZE-Basis die deutsche Vereinigung begleiten, die nach einem Dreistufenplan realisiert

werden soll. Eine Destabilisierung durch einseitige Kraftakte im Herzen Europas soll nicht zugelassen werden, die Armee vertragsgetreu sein und die eingegangenen Verpflichtungen mittragen.

Ein einheitliches Deutschland soll ein entmilitarisiertes Deutschland sein. In einem ausgewogenen Prozeß sollen NATO und WVO aufgelöst werden, nachdem beide deutsche Staaten den Status einer ruhenden Mitgliedschaft in den Militärkoalitionen einnehmen.

Die Grüne Partei in der DDR geht vom Ziel eines europäischen Hauses sowie einer neuen europäischen Friedensordnung kooperativer Sicherheit aus. Das Rahmenprogramm der Grünen Partei spricht von einem vereinigten Europa „ohne trennende Staatsgrenzen, verwaltet nach ethnischen Regionen, in denen staatenlose Völker ... einen gleichberechtigten Platz haben“. Sie strebt für 1990 eine KSZE-Gipfelkonferenz an mit dem Ziel, „schnellstmöglicher vollständiger Abrüstung, Auflösung beider Militärbündnisse und Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems“. Sie tritt für einen Friedensvertrag ein, der die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Teil der gesamteuropäischen Vereinigung ermöglicht. Die Vertragschließenden sollen die Alliierten Mächte des Zweiten Weltkrieges auf der einen Seite und ein neutrales, entmilitarisiertes Deutschland auf der anderen Seite sein. Die Lösung der deutschen Frage soll so zum Modell und Katalysator einer neuen europäischen Friedensordnung werden. Die Grüne Partei fordert den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus beiden deutschen Staaten. Die DDR „darf kein direkter oder indirekter Mitgliedstaat der NATO werden“. Die Militärblöcke sollen aufgelöst werden.

Das Europakonzept der PDS in der DDR vom 06.02.1990 geht von der Zielvorstellung eines „Vereinigten Europas“ aus. Dazu sollen eine KSZE-Folgekonferenz 1990 und die Bildung eines KSZE-Parlaments beitragen. Ein KSZE-Streitbeilegungsorgan, eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Währungsunion sollen damit verbunden sein. Die Anforderungen an dieses kooperative Sicherheitssystem werden wie folgt beschrieben: global, entmilitarisiert, demokratisch, gerecht, entwickelt, ökologisch verträglich und die Menschenrechte garantierend. Ein europäischer Sicher-

heitsrat und eine KSZE-Verifikationsagentur sind vorgesehen. Eine Stationierung von NATO- und UdSSR-Streitkräften in Deutschland ist bis zum Jahr 1990 angenommen. Die NVA und Bundeswehr sollen auf 50% reduziert werden, in einer entmilitarisierten Zone (50-80 km) sollen sich keine Truppen über Kompaniestärke befinden. Bis zum Jahr 2000 ist den Streitkräften in Europa jede Angriffsfähigkeit zu nehmen.

Die SPD in der DDR nennt als Ziel eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ unter dem „Dach des europäischen Hauses“ mit einem „neu vereinten Deutschland“. Der europäische Einigungsprozeß soll die Militärbündnisse schrittweise durch die Friedensordnung ablösen. „Die nach weitgehender Entmilitarisierung Zentraleuropas verbleibenden konventionellen militärischen Kräfte sollen eindeutig defensiv, strukturell nichtangriffsfähig sein.“ Die Partei ist gegen eine Neutralität Deutschlands, ohne eigene Ansichten zum politisch-militärischen Status deutlich zu machen.

2.4.3. Institutionen, Studiengruppen, Personen

An der Universität Cambridge wurde vom Emanuel-College eine Studie zu EKS im März 1990 veröffentlicht. Ausgehend von einer KSZE-Folgekonferenz 1990 wird die Bildung eines KSZE-Sekretariats und eines europäischen Umweltsicherheitsrates vorgeschlagen. Die sicherheitspolitischen Komponenten sind ein Europäischer Sicherheitsrat (ESR), ein Rat der Außenminister beim ESR, eine Internationale KSZE-Sicherheitsbehörde auf der Grundlage einer Korb-4-Krisenmanagement-Regelung durch die KSZE-Folgekonferenz. Dem Konzept ist die Ablehnung der freiwilligen Neutralität zugrunde gelegt. Militärische Kräfte, ähnlich den schnellen Eingreifkräften Frankreichs, sollen von einer militärischen Exekutive (einem Oberkommando) geführt werden.

Im April 1990 stellte das Institut für Friedensforschung Hamburg (sog. Bahr-Institut) eine Studie zu einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft von Deutschland, BeNeLux, Dänemark, Ungarn, Polen und der ČSSR vor. Sie soll nicht als Bündnis organisiert sein und NATO sowie WVO in einer „überschaubaren Zeit“ in Zentraleuropa überflüssig werden lassen. Für das Territorium

der DDR wäre kein bündnispolitischer Sonderstatus notwendig, jedoch Neutralität Gesamtdeutschlands ebenso wie NATO-Mitgliedschaft ungeeignet, um das Land in eine europäische Sicherheitsordnung zu integrieren. Für eine Übergangszeit könnten amerikanische, sowjetische, französische und britische Truppen in Deutschland verbleiben. Es soll keine „in einem luftleeren Raum schwebenden“ deutschen Streitkräfte geben.

Der Jahresbericht des Londoner Instituts für strategische Studien tritt dafür ein, das bisherige DDR-Territorium in einer besonderen, einmaligen Sicherheitslage zu belassen.

Im Jahr 1988 erarbeitete eine Projektgruppe des SIPRI eine Studie zum „Europäischen Sicherheitssystem 2020“ (ESS-2020). In einem konföderativen Europa mit europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und einer Zentralbank soll das ESS-2020 installiert werden. Die militärische Komponente sollen multinationale Streitkräfte in Stärke von 400 000 Mann aus Freiwilligen aller europäischen Nationen, ohne Einbeziehung von USA und UdSSR, bilden. Die USA und UdSSR sollen als Garanten des ESS-2020 auftreten.

Die Ansichten von E. Bahr sind im wesentlichen mit den Vorschlägen in der Studie seines Hamburger Institutes für Friedensforschung identisch.

Zu einer Neutralität Deutschlands äußert sich G. Bastian.

Bereits im Jahr 1984 schreiben V. Böge/Wilke zu einem Europäischen System kollektiver Sicherheit (ESKS), das über Einseitigkeit der Schritte (genauer: unilateral-reziproke) erreicht werden soll. Grundlage sollen die UN-Charta, KSZE-Schlußakte 1975 und weitere KSZE-Vereinbarungen sowie die Basis-Friedensbewegungen sein. Es sollen keine formellen Bündnisse außerhalb des ESKS zugelassen und Neutralismus (Blockfreiheit) verwirklicht werden. Vorgesehen sind ein Einfrieren der Rüstungen, die Entnuklearisierung, das militärische Disengagement, die Schaffung von Defensivpotentialen.

Das Mitglied der UNO-Völkerrechtskommission B. Graefrath, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, stellte Mitte April 1990 folgende Gedanken vor: In einem gemeinsamen europäischen Haus sollen die KSZE-Schlußakte zur Charta einer europäischen Friedensordnung erweitert und ein KSZE-Streitbeilegungsorgan gebildet werden. Das sicherheitspolitische KSZE-System soll über eine internationale Sicherheitsbehörde mit militärischer Exekutive (einem Oberkommando) für in Europa verbleibende militärische Kräfte verfügen. Das Sicherheitssystem wird blockübergreifend bzw. blockablösend angesehen.

Frau M. Mathiopoulos, stellv. Institutsdirektor an der Freien Universität Berlin, veröffentlichte im März 1990 einen Artikel „Berlin und Europa“. Sie verband die „Idee vom europäischen Haus“ mit der „Vision eines Vereinten Europas“. Die KSZE-Schlußakte soll zur Charta einer europäischen Friedensordnung über eine KSZE-Folgekonferenz 1990 gestaltet werden. Revitalisierung von RGW sowie Verbindung von EG, RGW, EFTA, Bildung eines Ost-West-Umweltrates, einer internationalen Datenbank für Osteuropa und einer internationalen Schule des Management für Osteuropa und ein KSZE-Forschungsinstitut mit internationalem Sprachzentrum werden vorgeschlagen.

Ende Mai schlug die Völkerrechtlerin Frau E. Oeser den Abschluß eines Europäischen Sicherheitsvertrages vor, der aufgrund einer Mehrzahl bereits gelöster Fragen kein Friedensvertrag sein brauchte. Eine regionale Sicherheitsorganisation, ähnlich der OAS oder OAU, sollte vorgesehen werden.

Im April 1990 erschien das Buch „Europa 2000“ von D. Senghaas. Über eine KSZE-Folgekonferenz 1990, die Bildung eines KSZE-Parlamentes soll eine KSZE-Institutionalisierung nach EG-Vorbild eingeleitet werden: regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs, ständige Regierungsausschüsse, regelmäßig tagende Fachausschüsse. Ein KSZE-Streitbeilegungsorgan sowie ein europäisches Zentrum für friedliche Streitbeilegung in Prag sollen gebildet werden. Ein „Europäischer Sicherheitsrat“ soll tätig werden. Nach Wien III (1993-1995) sollen eine supranationale Friedenstruppe und eine integrierte Polizeistreitmacht „Blauhelme“ in Europa ver-

bleiben.

In einem Zeitungsartikel Ende Mai 1990 äußerte W. Stützle, Direktor des SIPRI, einen Vorschlag zu einer gänzlich neuen, im KSZE-Rahmen etablierten Sicherheitsstruktur: eine Europäisch-Amerikanische Allianz (EATO). Diese EATO soll ein sofort realisierbarer Zwischenschritt zu einem EKS sein. Durch Beitritt der UdSSR und anderer WVO-Staaten (insbesondere Polen, CSFR, Ungarn) zur NATO und inhaltliche Neugestaltung des Bündnisses zur EATO sollen Nachteile, die aus einer einseitigen NATO-Ausdehnung oder Doppelmitgliedschaft (Schewardnadse-Plan) entstehen, vermieden werden. Ein neues Deutschland (aus DDR, Bundesrepublik und Berlin) in den Grenzen von 1990 soll direkt in die EATO einbezogen werden. Ein neutrales, unkontrolliert bewaffnetes Deutschland wird abgelehnt. Die sowjetischen Truppen in Deutschland könnten im Status als EATO-Truppen Hilfe bei der Rückführung durch die anderen Bündnispartner erhalten.

Schlußbemerkungen

Die vorliegende Literaturstudie läßt erkennen, daß ein breit gefächertes Spektrum an Auffassungen, Vorschlägen und Konzeptionen zu EKS vorliegt und ständige Erweiterung erfährt. Zugleich wird ersichtlich, daß ausgewogene Gesamtkonzepte, die von der neuen politischen Situation in Europa, insbesondere in Osteuropa, ausgehen, bisher in nur geringer Anzahl vorhanden sind.

Während der Schewardnadse-Plan vom April 1990 im Kontext mit Vorschlägen Gorbatschows relativ klare Züge eines Gesamtkonzeptes erkennen läßt, wird eine geschlossene Positionsbestimmung zu EKS bei den übrigen Regierungen der WVO-Staaten oder in regierungsoffizieller NATO-Politik kaum deutlich.

Die konkretesten Gesamtvorstellungen über EKS von Parteien in West und Ost werden im Positionspapier der SPD der BRD und im Eurokonzept der PDS der DDR sichtbar.

Anspruchsvolle Vorschläge zu EKS sind zu finden: in den Studien des Emanuel-College und des Institutes für Friedensforschung Hamburg sowie in den Einzelbeiträgen von E. Bahr, B. Graefrath, M. Mathiopoulos, D. Senghaas, W. Stützele.

Die internationale Situation verlangt, aufmerksam aktuelle politische Ereignisse und Äußerungen zu verfolgen und die Analysen weiterzuführen.

Anmerkungen

- 1 Siehe Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik (IWBS), Arbeitspapiere. – Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden, - 10. Mai 1990. – S. 81 ff.
- 2 Die Ansichten des Verfassers zu politisch-militärischen Aspekten deutscher Sicherheitsinteressen werden u. a. im Beitrag „Sicherheitspolitischer Status: Neutralität“ dargelegt.
- 3 Siehe Literaturverzeichnis am Ende der Studie.
- 4 Vgl. Sächsische Zeitung (1990-05-12/13).

Analyse des Konzeptes eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit

In einem Beitrag M. Gorbatschows vor der 42. Vollversammlung der Vereinten Nationen 1987 wird dem „gemeinsamen Haus Erde“ der Begriff „allumfassendes System der internationalen Sicherheit“ hinzugefügt. Auf der Grundlage der UNO-Charta sollen ein Weltkonsultativrat unter UNO-Ägide als „Weltvereinigung der geistigen Elite“ sowie UNO-Spezialorganisation arbeiten. Die Schaffung eines internationalen UNO-Gerichtshofes mit verbindlicher Rechtsprechung sowie eines Tribunals zur Untersuchung von Terrorakten ist vorgesehen. Eine neue Weltwirtschaftsordnung mit einem UNO-Sonderfonds für humanitäre Zusammenarbeit sowie UNO-Spezialprogrammen werden vorgeschlagen. Das wird 1988 vor der 43. Vollversammlung der Vereinten Nationen ergänzt durch ein freiwilliges internationales Friedenskorps zum Wiederaufbau zerstörter Gebiete, ein Zentrum für dringende ökologische Hilfe und ein internationales Weltraumlabor zur Umweltkontrolle. Sicherheitspolitisch sollen der UNO-Sicherheitsrat, u. a. durch Sondermissionen in Krisengebieten, eine Internationale Atomenergiebehörde, Internationale Weltraumorganisation und Koordinierungsmechanismen der UNO gegen Terrorismus sowie ein Zentrum zur Verhinderung der Kriegsgefahr und von Überraschungsangriffen wirksam gemacht werden. Zur militärischen Komponente werden der Rückzug ausländischer Streitkräfte, die Beseitigung fremder Stützpunkte und Schaffung militärisch verdünnter Zonen genannt.

Außenminister Schewardnadse fügt in seiner Rede vor der 43. Vollversammlung der Vereinten Nationen 1988 den Vorschlag zur Bildung eines ökologischen Rates der UNO hinzu; auf der 44. Vollversammlung 1989 gebraucht er erstmals den Begriff „Politökologie“. Der UNO-Sicherheitsrat soll u. a. wie folgt tätig werden: Lagebeurteilung über Konflikte, periodische Sitzungen auf Außenministerebene, erweiterte Sitzungen in Spannungsgebieten, Sitzungen in Hauptstädten der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Eine weltweite seismische Kontrolle von Kernexplosionen sowie ein UNO-Register über den Verkauf

und die Lieferung konventioneller Waffen sollen eingeführt werden. Als Faktor der Sicherheit soll die Beseitigung von Geheimhaltung dienen. Im Vorschlag von 1989 werden ergänzend eine Konferenz kernwaffenbesitzender und kernwaffenstationierender Staaten sowie die Vereinbarung von Maßnahmen zur Verhinderung von Zwischenfällen auf See und im Luftraum genannt.

Anlage 2Zusammenstellung von charakteristischen Begriffen
aus den analysierten Vorschlägen und Konzepten

(mit Quellennachweis)

Kriterien der Analyse	Begriffe zur Kennzeichnung d. Inhalte der Konzepte	Nachweis in folgenden Quellen				
		offiz. Politik OWV	Politik NATO	Parteien	Institutionen	Personen
1	2	3	4	5	6	7
I. Politische Einordnung der EKS	- allumfassendes System der internat. Sicherheit, "gemeinsames Haus Erde"	7				
	- Idee "gesamteuropäisches Haus"	6,15		20,22		23,29
- Bezeichnung	- vereinigt Deutschland im europ. Sicherheitssystem	27,29		22		
	- Staatenbund mit gemeinsamen Institutionen	35				
	- politische Union der 12 Mitgliedsstaaten der EG		33	30		
	- gesamteurop. Sicherheitssystem	34				
	- Vereinigung Deutschlands in 3 Phas.		33			
	- europäische Konföderation		35		14	
	- "Vereinigte Staaten von Europa"			18		23
	- Vereinigtes Europa			22		23
	- europ. Sicherheitsgemeinschaft (D, BeNeLux, DA, H, PL, CS)				31	

1	2	3	4	5	6	7
- Grundla- lagen	- UNO-Charta	7		30		
	- KSZE-Schlußakte	12		21		45
	- KSZE-Schlußakte als Charta europ. Friedensordnung			30		23,29
	- deutsch. Friedensvertrag/friedens- vertragliche Regelung	35		20		
	- europ. Friedensvertrag als KSZE- Vertrag			21		
	- europ. Friedensordnung			18,20, 22		
- polit. Organisa- tionen	- KSZE-Folgekonferenz	6,12, 33		19,20, 24		23,26
	- "Rat für Großeuropa" mit ständ. Sekretariat	15 27		31		
	- KSZE-Parlament			19		26
	- KSZE-Sekretariat				24	
	- KSZE-Institutionalisierung nach EG- Vorbild					26
	- Europarat (pol., ök., fin.)					29
	- regelmäÙ. Konferenzen der Regie- rungschefs					26
	- ständige Regierungsausschüsse					26
	- permanente Fachausschüsse					26
	- Sondergästestatus der UdSSR im Euro- parat	15				

1	2	3	4	5	6	7
II. Andere	- internat. UNO-Gerichtshof	7				
Elemente in-	- Tribunal f. Unters. v. Terrorakten	7				
ternat. Si-	- europäische Rechtsnormen	15		30		
cherheit	- Streitbeilegungsorgan KSZE			19,30		26,29
- jurist.	- Abbau alliierter Rechte					29
Sicherh.						
- ökonom.	- europ. Wirtschaftsgemeinsch., Wäh-			19	14	
Sicherh.	rungsunion					
	- Revitalisierung RGW, Verbindung mit					23
	EG, EFTA					
	- Zentralbank europ. Konföderation					23
	- internat. Management-Schule und					
	Datenbank für Osteuropa					23
	- Deutschland fest in EG	28				
- ökolog.	- Ost-West-Umweltrat					23
Sicherh.	- europ. Umweltsicherheitsrat			24		

1	2	3	4	5	6	7
III. sicher-	- sicherheitspolit. KSZE-System					29
heitspoli-	- umfassendes kooperat. bzw. kollekt.					
tische Be-	Sicherheitssystem				31	32
zeichnung	- europ. Friedensordnung mit eigenstän-					
des EKS	digem Sicherheitssystem			22,30		
	- gemeinsames europ. Sicherheitssyst.			20		
	- Sicherheitssystem d. beiderseitigen					
	hinlänglichen Verteidigung und ato-					
	maren Rückversicherung, die sich auf					
	Minimalabschreckung stützt				43	
	- Europ. polit. Zusammenarbeit (EPZ)					
	als Institution der EG					26
	- europäischer Sicherheitsvertrag statt					
	Friedensvertrag					40
	- gänzlich neue, im KSZE-Rahmen etablier-					
	te Sicherheitsstruktur: EATO als ein					
	Zwischenschritt					45
sicherheits-	- Europ. Sicherheitsrat (ESR)			19,30	24	21
politische	- Rat der Außenminister beim ESR				24	
Basisorgani-	- internat. KSZE-Sicherheitsbehörde					21,29
sation des	- Oberkommando/milit. Exekutive				24	29
EKS	- Zentrum zur Verringerung der Konfronta-					
	tion und zur Kontrolle der Abrüstung	27				
	- Krisenmanagement-Zentrum, Verifika-					
	tionsagentur, Koord. d. milit. Luft-					
	aufklärung und -überwachung			30		
	- KSZE-Forschungsinstitut mit intern.					
	Sprachzentrum					23

1	2	3	4	5	6	7
IV. Verhält-	- Neutralität Deutschland	37		20		
nis der deut-	- Doppelmitgliedschaft (Schewardnadse-	27,28				26,32
schen Sicher-	Plan)					
heitspartner	- Osteuropa neutral, Westeuropa bleibt					26
zu Bündnissen	wie bisher (Kissinger-Plan)					
	- nur NATO ohne NATO-Truppen auf bis-	28		30	41	
	herigem DDR-Territorium (Genscher-					
	Plan)					
	- volle NATO-Integration		39			
	- kein bündnispol. Sonderstatus für					
	DDR-Territorium, weil NATO oder					
	Neutralität nicht geeignet (d. h.					
	Blockfreiheit); für Übergangszeit					
	Truppen der Siegermächte				31	
	- keine Bündnisverschiebung, sondern					
	Bündnisüberwindung auf beiden Seit.	42				
	- SU- und NATO-Stationierung bis 1999			19		
	- stark verdünnte Stationierungstrupp.	28				
	- Europäisch-Amerikanische Allianz					
	(EATO)					45
	- Auflösung von WVO und NATO			19,20,		
	- ruhende Mitgliedschaft dt. Staaten			21,22		
	in Militärbündnissen			21		
	- Abzug aller Truppen von fremden					
	Territorien, Auflösung der Militär-			20		
	basen					

1	2	3	4	5	6	7
V. Charakter der militäri- schen Kompo- nente	- verbleibende milit. Kräfte in Europa					29
	- europäische Armee		39			
	- multinationale KSZE-Streitkräfte		30			
	- multinat. Streitkräfte (400 000 Mann) aus Freiwilligen aller Nationen, ohne USA und UdSSR, diese jedoch als Garan- ten des ESS 2020				14	
	- milit. Kräfte, wie schnelle Eingreif- truppe Frankreichs			24		
	- gemeinsame europ. Ordnungstruppe	27				
	- supranat. Friedenstr. als integr. Polizeistreitmacht (Blauhelme)					26
	- Europ. Wach- und Schließgesellschaft					25
	- gemeinsame deutsche Verteidigungs- armee					36
	- keine im "luftleeren Raum schwe- benden" dt. Streitkräfte					32
	- Aufbau einer deutsch-poln. Brigade nach dem Muster der dt.-französ.			30		
	- auf DDR-Territorium eine zweite dt. Armee, die nicht im Militärbündnis mit eigener territ. Sicherheits- funktion wirkt	28,42				
	- grenznahe Verteidigung durch terri- toriale, nicht der NATO unter- stellte Kräfte				43	

Literaturverzeichnis

(Bezeichnung in Kurzform, nach Erscheinungsdatum geordnet)

- | | |
|--|----------------------------|
| 1 KSZE-Schlußakte Helsinki 1975 | ND 02./03.08.75 |
| 2 Abschließendes Dokument d. Madrider KSZE-Treffens 1980 | ND 24./25.09.83 |
| 3 V. Böge/P. Wilke: Europäisches System kollektiver Sicherheit (1984) | MRS, Bd. 20 |
| 4 J. Löser/U. Schilling: Neutralität für Mitteleuropa | München 1984, -206s. |
| 5 Dokument d. Stockholmer Konferenz | ND 29.09.86 |
| 6 Gorbatschow in PRAG | ND 11./12.04.87 |
| 7 Gorbatschow vor 42. UNO-Vollversammlung | ND 18.09.87 |
| 8 Erklärung USA-UdSSR in Moskau | ND 02.06.88 |
| 9 Vorschlag der gemeinsamen Kommission SPD-SED | ND 08.07.88 |
| 10 Schewardnadse vor 43. UNO-Vollversammlung | ND 28.09.88 |
| 11 O. Fischer vor 43. UNO-Vollversammlung | ND 12.10.88 |
| 12 Erklärung d. Außenminister OWV | SZ 29./30.10.88 |
| 13 Gorbatschow vor 43. UNO-Vollversammlung | ND 08.12.88 |
| 14 Europ. Sicherheitssystem 2020 (1988) Projektgruppe SIPRI | trend 3/1990 |
| 15 Gorbatschow vor Europarat | ND 07.07.89 |
| 16 Erklärung Außenminister USA-UdSSR | ND 25.09.89 |
| 17 Schewardnadse vor 44. UNO-Vollversammlung | ND 27.09.89 |
| 18 Grundsatzprogramm SPD (BRD) | vom 20. 12. 1989 |
| 19 Sicherheitsmodell 2000 der PDS
Europakzept der PDS (Entwurf) | ND 08.01.90
ND 06.02.90 |
| 20 Hallesches Rahmenprogramm der Grünen Partei der DDR (beschlossen auf dem 1. Parteitag in Halle) | 10.02.1990 |

- | | |
|---|--|
| 21 Programmaussagen der Bürgerbewegung
DEMOKRATIE JETZT | u. a. Stern extra
zur Wahl. - Hamburg,
(1990)1 |
| 22 Grundaussagen des Programms der Sozialdemokraten; Entwurf eines Statuts der SPD (DDR) | Extra-Blatt, Januar
1990. - S. 8 - 12 |
| 23 Margarita Mathiopoulos (Freie Universität Berlin) | ND 10./11.03.90 |
| 24 Universität Cambridge, Emanuel-College | 22.03.90 |
| 25 G. Knies, Hamburg | Konferenzmaterial
27.03.90 |
| 26 D. Senghaas: Europa 2000 | ND 07.08.04.90 |
| 27 Erklärung Außenminister GB-UdSSR
vom 11.04.90 | ND 12.04.90
Wochenpost 17/1990 |
| 28 R. Eppelmann am 12.04.1990
am 23.04.1990 | trend 3/1990
ND 23.04.1990 |
| 29 B. Graefrath | ND 14./15.04.90 |
| 30 Positionspapier der SPD zu den sicherheitspolit. Aspekten der Einigung Deutschlands, im Rahmen d. europ. Integration | Presseservice der
SPD, 25.04.1990,
Bonn |
| 31 Inst. f. Friedensforschung u. Sicherheitspolitik an der Univ. Hamburg | ND 28./29.04.90 |
| 32 E. Bahr, Interview 30.04.1990 | ND 30.04.90 |
| 33 Außerordentlicher EG-Gipfel in
Dublin 28.04.1990 | ND 30.04.90 |
| 34 Gorbatschow u. de Maizere in
Moskau 29.04.1990 | ND 30.04.90 |
| 35 Gorbatschow zur Festveranstaltung
08.05.1990 | ND 10.05.90 |
| 36 Oberst Wenzel, Deutscher Bundeswehrverband | VA 9/1990 |
| 37 M. Meckel Interview mit "The European" | ND 19./20.05.90 |
| 38 H. Kissinger, Leitartikel | Welt am Sonntag
20.05.90 |
| 39 Französ. Generalstabchef Armeegeneral
Schmidt | Krasnaja Swesda
24.05.90 |

- | | |
|---|---------------------------------|
| 40 Edith Oeser, Völkerrechtlerin | ND 25.05.90 |
| 41 Londoner Internat. Institut strat. Studien (Jahresbericht) | ND 25.05.90 |
| 42 Staatssekretär Wieczorek zur Nordatl. Versammlung | trend 7/1990 |
| 43 A. Dregger (CDU-BRD), Pressebeitrag | Soldat u. Technik
5/1990 |
| 44 L. Späth (CDU-BRD), Interview | Spiegel 22/1990
vom 28.05.90 |
| 45 W. Stützle (Direktor SIPRI) Presse-
beitrag | Die Zeit 25.05.90 |
| 46 M. Gorbatschow während des USA-Besuches | ND 02./03.06.90 |
| 47 Matejka (Vizeaußenminister der CSFR)
vor der Presse | ND 02./03.06.90 |
| 48 R. Eppelmann vor der Presse | Sächsische Zeitung
31.05.90 |
| 49 W. Wimmer, Interview | Welt am Sonntag
03.06.90 |

Oberst Dr. E. Jakob

Stand und Entwicklung von zwei- und mehrseitigen Bündnisverpflichtungen der DDR

Die bündnispolitischen Verpflichtungen der DDR beruhen auf einer Reihe von Staatsverträgen und Regierungsabkommen sowie zahlreichen durch das ehemalige Ministerium für Nationale Verteidigung abgeschlossenen Ressortabkommen.

Die Erfüllung der daraus resultierenden Bündnisverpflichtungen umfaßt eine breite Palette unterschiedlichster militärpolitischer, militärwissenschaftlicher, organisatorisch-personeller, militärtechnischer, materieller, kommerzieller und medizinischer Aufgaben bzw. Leistungen.

1. Bündnisverpflichtungen der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages

Der Warschauer Vertrag ist am 04.06.1955 in Kraft getreten und mit Protokoll vom 26.04.1985 um weitere 20 Jahre verlängert worden.

Grundsätzliche sicherheitspolitische Verpflichtungen (siehe Anlage)

- Einhaltung des Verbots der Drohung mit Gewalt bzw. ihrer Anwendung,
- Beratungs-/Konsultationspflicht für kollektive Schritte der Selbstverteidigung bei Gefahr eines möglichen bewaffneten Angriffs gegen die territoriale Integrität,
- unverzüglicher militärischer Beistand gegenüber einem bzw. mehreren Teilnehmerstaaten des Bündnisses im Falle eines bewaffneten Überfalls in Europa,
- keine Beteiligung an anderen, von der Zielstellung her gegen den Warschauer Vertrag gerichteten Koalitionen oder Bündnissen bzw. Abschluß von Abkommen mit ihnen.

Auf der Grundlage der im Warschauer Vertrag vereinbarten sicherheitspolitischen Verpflichtungen wurden militärische Grundsatzdokumente vereinbart, von denen weitere Dokumente des Zusammenwirkens der Teilnehmerstaaten und ihrer Streitkräfte auf den verschiedensten Gebieten der militärischen Tätigkeit abgeleitet sind.

Zu diesen Grundsatzdokumenten gehören:

(1) Grundsätze über das Komitee der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages für Friedenszeiten:

Behandlung von Fragen

- der Verteidigungsfähigkeit der Staaten,
- des Aufbaus und der Entwicklung der Streitkräfte,
- der Tätigkeit der Führungsorgane,
- des Ausbaus der Territorien sowie
- von anderen militärischen Fragen und Maßnahmen, die einer gemeinsamen Koordinierung bedürfen.

(2) Grundsätze für den Militärрат der Vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Frieden:

- Festlegung des Bestandes, unter Beteiligung eines Vertreters der NVA, und der Arbeitsweise des Militärrates als beratendes Organ,
- Aufgaben der Mitglieder des Militärrates.

(3) Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (im Frieden):

- Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, Truppenkontingente für die Vereinten Streitkräfte bereitzustellen und ihre Stärke über Protokoll zu fixieren,
- Festlegungen über die Verantwortung für den Zustand, die Ausstattung mit Bewaffnung und Kampftechnik, die Gefechtsbereitschaft und Ausbildung der Truppen,

- Zusammensetzung der Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte sowie Rechte und Pflichten der in die Dienststellungen eingesetzten Militärkader,
- Besetzung von Dienststellungen im Stab der Vereinten Streitkräfte und im Technischen Komitee durch Militärkader der NVA im Umfang von 6 Prozent,
- finanzielle Beteiligung der NVA am Etat des Vereinten Kommandos mit 6 Prozent zur Unterhaltung der Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte, ihrer Führungsstellen und zur finanziellen Sicherstellung gemeinsamer Maßnahmen.

(4) Grundsätze für das einheitliche System der Luftverteidigung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Frieden:

- Festlegungen über das einheitliche System der Luftverteidigung unter Teilnahme von Kräften und Mitteln der NVA zur Durchführung des Diensthabenden Systems der Luftverteidigung,
- Austausch von Vertretern der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten und ihre Mitarbeit in Stäben der Truppen der Luftverteidigung (ein NVA-Vertreter im Stab der Luftverteidigung in MINSK),
- Rechte und Pflichten des Befehlshabers der Truppen der Luftverteidigung und seiner Stellvertreter.

Auf der Grundlage der Grundsatzdokumente erfolgt

- die Ausarbeitung der Fünfjahresprotokolle mit
 - konkreten Festlegungen über den Bestand der Truppen der Teilnehmerstaaten für die Vereinten Streitkräfte, ihre Entwicklung und Ausstattung mit Bewaffnung und Kampftechnik sowie
 - abgestimmten Maßnahmen zur technisch-organisatorischen Vorbereitung bzw. zum Ausbau des Territoriums für den Verteidigungszustand (Infrastruktur) sowie zur materiellen, technischen und medizinischen Sicherstellung der Vereinten Streitkräfte;

- die Durchsetzung von einheitlichen Festlegungen für die Gefechtsbereitschaft und die Ausbildung der Truppen, Flieger- und Flottenkräfte und die Teilnahme an gemeinsamen Ausbildungsmaßnahmen der Vereinten Streitkräfte auf der Grundlage spezieller Direktiven bzw. von Jahresplänen gemeinsamer Maßnahmen des Bündnisses,
- die Zusammenarbeit der verbündeten Armeen auf verschiedenen Gebieten des militärischen Lebens auf der Grundlage von Jahresplänen (darunter auf militärwissenschaftlichem und militärtechnischem Gebiet).

2. Zweiseitige Bündnisverpflichtungen der DDR

Mit folgenden Staaten hat die DDR Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abgeschlossen:

- Rumänien (12.05.1972)
- UdSSR (07.10.1975) - siehe Anlage
- Ungarn (24.03.1977)
- Polen (28.05.1977)
- Bulgarien (14.09.1977)
- Tschechoslowakei (03.10.1977).

Verpflichtungen:

- Festigung der gegenseitigen Hilfe, Zusammenarbeit und Unterstützung auf allen Gebieten, darunter die langfristige Abstimmung und Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, einschließlich kommerzieller Beziehungen der gegenseitigen Lieferung von Militärtechnik,
- Beiträge zum Entspannungsprozeß, der Abrüstung und Kriegsverhinderung, gegenseitige Garantie der Unverletzlichkeit der Grenzen der verbündeten Staaten (einschließlich des Status von BERLIN (WEST) entsprechend dem vierseitigen Abkommen vom 03.09.1971,
- unverzügliche militärische Beistandsleistung im Falle eines bewaffneten Überfalls auf eine der Seiten entsprechend Artikel 51 der UN-Charta,

- Information, Konsultation und gegenseitige Abstimmung zu allen wichtigen internationalen Fragen.

3. Verpflichtungen der DDR gegenüber der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR

Grundlage der Verpflichtungen der DDR ist das Abkommen „... über Verpflichtungen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen“.

(1) Allgemeine Verpflichtungen: siehe Anlage

(2) Finanzielle Verpflichtungen:

Die UdSSR hat bereits seit langem auf Stationierungskosten im umfassenden Sinne verzichtet.

Die gegenwärtig noch als Stationierungskosten bezeichneten finanziellen Leistungen der DDR beschränken sich auf

- den Ausgleich der Kursdifferenz zwischen transferablem Rubel und der Mark der DDR;
- die Bezahlung von Dienstleistungen und Reparaturen für die Instandhaltung von Versorgungsanlagen und -netzen;
- die Tilgung von Obligationen des Wohnungsbaus für die Angehörigen der Westgruppe (Rückzahlung von Krediten, die aus dem Staatshaushalt entnommen wurden).

4. Entwicklungstendenzen und Probleme

zu 1.

Die Regierung der DDR ist an einer Intensivierung der politischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages interessiert, will aber einen schrittweisen Abbau der militärischen Verpflichtungen einleiten.

Bestimmend für die Herauslösung aus den Verpflichtungen und den zukünftigen Status der NVA sowie der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte werden die Ergebnisse der 2+4-Verhandlungen sein.

Bei einem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes wären die völkerrechtlichen Bestimmungen über die Staatsnachfolge in Verträge zu beachten (Art. 31 ff. der Wiener Konvention über Staatennachfolge in Verträge von 1978 - WKSv -).

Dementsprechend bleibt jeder in Kraft befindliche Vertrag (in diesem Falle der Warschauer Vertrag) für den Nachfolgestaat weiterhin in Kraft, sofern nicht

- a) eine andere Vereinbarung getroffen wird,
- b) die Anwendung des Vertrages für den Nachfolgestaat mit Gegenstand und Ziel des Vertrages unvereinbar wäre oder sich die Bedingungen für die Implementierung grundlegend verändern.

Davon ausgehend könnte ein Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Vertrag im Rahmen des Vereinigungsprozesses der beiden deutschen Staaten nur durch Verhandlungen und Vereinbarungen im gegenseitigen Einvernehmen mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erfolgen.

Die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Vertrag müßte zum Zeitpunkt der Staatennachfolge beendet werden.

Voraussetzungen:

- Um den begründeten Sicherheitsinteressen der UdSSR und den Verpflichtungen der DDR gemäß Art. 7 des Warschauer Vertrages (Verbot der Beteiligung an Koalitionen oder Bündnissen, deren Ziele denen des Warschauer Vertrages entgegenstehen) zu entsprechen, sollte mindestens die Ausrichtung der militärstrategischen Konzeptionen der NATO überdacht und hinsichtlich der osteuropäischen Staaten und der UdSSR geändert werden.
- Auch im Rahmen des Warschauer Vertrages müßten dementsprechende Akzente gesetzt werden.
- Bezüglich der Mitgliedschaft der BRD in der NATO würde bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten der örtliche Geltungsbereich der NATO in Übereinstimmung mit Artikel 31 Abs. 2 WKSv auf das Territorium des Nachfolgestaates begrenzt bleiben, für das dieser Vertrag zum Zeitpunkt der Staatennachfolge in Kraft ist.

Das würde bedeuten, daß das Territorium der DDR bei der Vereinigung nicht in den Geltungsbereich der NATO einbezogen wird.

zu 2.

Diese bilateralen Beistandsverträge tragen primär deklarativen Charakter. Sie beinhalten keine bilaterale Verzahnung militärischer Strukturen der Seiten.

Die Gültigkeitsdauer der Verträge beträgt 25 Jahre bei automatischer Verlängerung um weitere 10 Jahre, wenn 12 Monate vorher keine Kündigung erfolgt ist, das heißt, als erstes stünde die Aufkündigung des mit RUMÄNIEN geschlossenen Vertrages frühestens zum 12.05.1996 an.

Dementsprechend wären im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses, außerhalb vertraglich vereinbarter Fristen mit jedem Vertragspartner bilaterale Verhandlungen mit dem Ziel des einvernehmlichen Zurücktretens von diesen Verträgen erforderlich.^{x)}

- - - - -

x) Dieser Artikel wurde unter Verwendung von Materialien des Hauptstabes der NVA geschrieben.

Auszüge aus multi- und bilateralen Verträgen

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik

- 14. Mai 1955 -

... Artikel 4 -

Im Falle eines bewaffneten Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Überfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich erscheinen, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt erweisen.

Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind. ...

... Artikel 5 -

Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu beschützen, die Unan-

Anlage/2

tastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten. ...

... Artikel 7 -

Die Vertragschließenden Seiten übernehmen die Verpflichtung, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

Die Vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen. ...

... Artikel 11 -

Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziel dienenden Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die Vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des Gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit. ...

Beschluß über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, angenommen auf der Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Warschau

- 14. Mai 1955 -

...

Beim Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte wird ein Stab der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages gebildet, dem ständige Vertreter der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Vertrages angehören.

Der Standort des Stabes ist die Stadt Moskau.

Die Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängen

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stellen fest, daß, ungeachtet der Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und anderer friedliebender Staaten, bis jetzt noch keine friedensvertragliche Regelung mit Deutschland und keine vereinbarte Regelung erzielt wurden, die den europäischen Staaten ausreichende Friedens- und Sicherheitsgarantien bieten,

sind unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausländische Truppen stationiert und Militärstützpunkte der Teilnehmerstaaten des aggressiven Nordatlantikblocks errichtet sind,

sind unter Berücksichtigung der Tatsache, daß mit der Wiedergeburt des deutschen Militarismus in Westdeutschland dem Frieden Gefahren drohen,

übereingekommen, daß die mit den internationalen Verträgen und Abkommen im Einklang stehende zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik notwendig ist und den Interessen der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit des deutschen und des sowjetischen Volkes wie auch der anderen Völker Europas entspricht. ...

Anlage/4

... Artikel 1 -

Die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird durch die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf ihrem Territorium nicht beeinträchtigt; die sowjetischen Streitkräfte werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und in das gesellschaftliche Leben des Landes einmischen.

... Artikel 2 -

1. Die Fragen der Veränderung der Stärke und der Standortverteilung der sowjetischen Streitkräfte, die zeitweilig auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, werden Gegenstand von Konsultationen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sein.
2. Manövergebiete, die die sowjetischen Streitkräfte außerhalb ihrer Standorte benutzen, sind mit den zuständigen staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinbaren.

... Artikel 3 -

Die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationierten Streitkräfte, die ihnen angehörenden Personen und deren Familienangehörige sind verpflichtet, das in der Deutschen Demokratischen Republik geltende Recht zu achten und einzuhalten.

... Artikel 5 -

Bei strafbaren Handlungen, die von Personen, die den sowjetischen Streitkräften angehören, oder von deren Familienangehörigen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik

begangen werden, wird grundsätzlich das deutsche Recht von den Organen der Deutschen Demokratischen Republik angewandt.

... Artikel 8 -

Bei strafbaren Handlungen gegen die sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, sowie gegen Personen die ihnen angehören, werden die Schuldigen die gleiche Verantwortung vor den Gerichten und den anderen zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik tragen, wie für strafbare Handlungen gegen die Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik und gegen Personen, die ihnen angehören.

... Artikel 12 -

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den materiellen Schaden, der den sowjetischen Streitkräften, die sich auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik befinden, und den sowjetischen Streitkräften angehörenden Personen oder ihren Familienangehörigen durch Handlungen oder Unterlassungen der Institutionen oder der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zugefügt werden sollte, zu ersetzen.

... Artikel 15 -

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gewährt den sowjetischen Streitkräften weiterhin das Recht der Benutzung für Kasernenkomplexe, Flugplätze, Übungsgelände, Truppenübungsplätze mit Ausstattung und Anlagen, Wohn- und andere Bauten und Einrichtungen, Geländeabschnitte, Eisenbahn-Zufahrtstrecken,

Anlage/6

Verkehrsmittel, Post-, Fernmelde- und Funkanlagen sowie die Inanspruchnahme von elektrischem Strom, kommunalen Dienstleistungen, Handelsleistungen, Bauleistungen und sonstigen Sach- und Werkleistungen, die die sowjetischen Streitkräfte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in Anspruch nehmen.

Die Ordnung und die Bedingungen für die Inanspruchnahme der oben genannten Objekte und Mittel sowie von Leistungen aller Art durch die sowjetischen Streitkräfte werden durch Sonderabkommen der zuständigen Organe der Abkommenspartner festgelegt.

... Artikel 16 -

Für den Bau von Gebäuden, Flugplätzen, Straßen, Brücken und ständigen Fernmelde- und Funkanlagen für die Bedürfnisse der sowjetischen Streitkräfte ist die Zustimmung der zuständigen staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich.

... Artikel 17 -

1. Die von den sowjetischen Streitkräften benutzten Objekte und Mittel, die in Artikel 15 dieses Abkommens erwähnt sind, werden, wenn kein Bedarf mehr vorliegt, der Deutschen Demokratischen Republik ohne jegliche Entschädigung der Aufwendungen, die der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Einrichtung, Renovierung oder den Umbau solcher Objekte und Mittel entstanden sind, übergeben.
2. Die Regelung der Fragen, die im Zusammenhang mit der Übergabe der in Artikel 16 dieses Abkommens genannten Objekte und Mittel stehen, wird auf der Grundlage von besonderen Vereinbarungen erfolgen.

... Artikel 18 -

Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik bei entsprechender Konsultation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage und der Maßnahmen, die durch die staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet werden, Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen.

... Artikel 22 -

Dieses Abkommen bleibt in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 für die Zeit der Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft und kann von den Abkommenspartnern in gegenseitigem Einverständnis abgeändert werden.

Dieses Abkommen wurde in Berlin am 12. März 1957 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit besitzen.

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

... Artikel 8 -

Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der Hohen Vertragschließenden Seiten wird die andere Hohe Vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten und ihr unverzüglich

Anlage/8

jeglichen Beistand, einschließlich militärischen, leisten und sie in Ausübung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung entsprechend Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Über die auf Grund dieses Artikels ergriffenen Maßnahmen werden die Hohen Vertragschließenden Seiten unverzüglich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterrichten und im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der vereinten Nationen handeln.

... Artikel 12 -

Dieser Vertrag wird für die Dauer von fünfundzwanzig Jahren abgeschlossen und automatisch um jeweils weitere zehn Jahre verlängert, wenn nicht eine der Hohen Vertragschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer den Wunsch äußert, ihn zu kündigen.

Ausgefertigt in Moskau am 07. Oktober 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer

Zum sicherheitspolitischen Status von Berlin

Nach Recherchen im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, in der Humboldt-Universität, der Freien Universität sowie im Rathaus Schöneberg ergeben sich folgende Erkenntnisse über den sicherheitspolitischen Status von Berlin:

1. Neben der Vier-Mächte-Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes gibt es eine davon abgehobene Vier-Mächte-Verantwortung für Ganz-Berlin und einen noch geltenden Besatzungsstatus für Westberlin. Damit ist Westberlin der am meisten in seiner Souveränität eingeschränkte Teil Deutschlands.
2. Die Vier-Mächte-Zuständigkeit geht in allen Formen auf die Erklärung vom 5. Juli 1945 zurück. Sie ist später nie wieder gemeinsam definiert oder fortgeschrieben worden. Für die BRD trat mit den Pariser Verträgen 1955 und für die DDR mit den Analogieverträgen mit der UdSSR eine neue rechtlich fixierte Situation ein, die aber die Vier-Mächte-Verantwortung nicht aufhob. Für Berlin gilt das Vierseitige Abkommen von 1971, das das sogenannte kleine Besatzungsstatut von 1952 nicht antastete. Auch der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR von 1972 enthält eine „Unberührtheitsklausel“ bezüglich der Rechte der vier Alliierten.
3. Trotz der vorliegenden Dokumente gibt es gegenwärtig weder in der DDR noch in der BRD oder in Westberlin einen konkreten Überblick / eine lückenlose Zusammenstellung aller Rechte / Pflichten / Verbindlichkeiten zwischen den Vier Mächten und den drei Teilen Deutschlands. Das hängt zum einen mit dem Grad der praktischen Ausfüllung der Vier-Mächte-Verantwortung zusammen, der sich in mehr als 40 Jahren pragmatisch herausgebildet hat, und zum anderen mit dem bisherigen prinzipiell von den Westmächten abweichenden Standpunkt der UdSSR.
4. Seitens der Drei Westmächte gibt es eine für West-Berlin geltende Alliierte Oberhoheit, die militärisch mit Besatzungstruppen untersetzt ist. Letztere sind offiziell direkt

den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterstellt und zählen nicht zu den NATO-Kontingenten. Die Anwesenheit dieser Truppen auf dem Territorium Ost-Berlins ist juristisch gesichert und wird auch praktiziert. Es wird aber kein Reglementierungsanspruch gegenüber Ost-Berlin erhoben. Alle Reglementierungen für West-Berlin (z. B. keine deutsche Wehr-gesetzgebung, keine deutschen Truppen usw.) gehen auf die „Berlin-Kommandantur-Anordnung“ zurück. Veränderungen dieses Status werden zur Zeit seitens der Drei Westmächte nur im Zusammenhang mit den „4+2-Verhandlungen“ erwogen. Getrennte Lösungen/Schritte hinsichtlich der Aufhebung des Besatzungsstatus und der alliierten Truppenpräsenz scheinen möglich.

5. Seitens der UdSSR bestand bisher die Auffassung, daß es nur für West-Berlin einen Sonderstatus gäbe, da mit dem Vertrag UdSSR-DDR von 1955 der Sonderstatus von Ost-Berlin aufgehoben sei. Tatsächlich wurden mit diesem Vertrag und dem Briefwechsel Sorin-Stopf faktische Veränderungen unternommen: Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur, Aufhebung der Kontrollen am Außenring, Aufhebung des Besatzungsstatus für die Garnison Karlshorst, Aufhebung aller Reglementierungen gegenüber dem Magistrat u. a. Zugleich behielt sich die UdSSR Rechte gegenüber West-Berlin vor: Mitarbeit des UdSSR-Botschafters in der DDR im Alliierten Kontrollrat, Patrouillen in West-Berlin, Präsenz am Ehrenmal Tiergarten, Mitarbeit in der Alliierten Flugsicherungszentrale. Es gibt Anzeichen, daß die UdSSR von ihrer bisherigen Position zum Teil abrücken will, um de jure bezüglich Berlin als Gleicher unter Gleichen (Besatzungsmächten) auftreten zu können. Dabei beruft man sich auf einige Einwände aus dem Briefwechsel Sorin-Stopf, der damals die DDR-Regierung veranlaßte, bestimmte Sonderbestimmungen für Berlin zu respektieren, ohne die Hauptstadtfunktion Ost-Berlins infrage zu stellen.
6. Faktisch ergeben sich bei einer Ablösung/Aufhebung des Vier-Mächte-Status für Berlin unterschiedliche Konsequenzen für Ost-Berlin und West-Berlin. Als ein Aspekt der „4+2-Verhandlungen“ kann dabei zunächst die Gleichstellung beider Teile angesehen werden. Hier ist nach Auffassung von Experten eine schnelle Einigung dahingehend möglich, daß der Besatzungs-

status für Westberlin aufgehoben wird (und zwar de facto und de jure) und für Ost-Berlin eine entsprechende Deklaration seitens der UdSSR erfolgt (ohne praktische Konsequenzen). Damit wäre der Weg frei für eine Rechtsangleichung von BRD, DDR und West-Berlin (einschließlich der Wehrgesetzgebung). Eine solche Rechtsangleichung könnte mehr als 3 Jahre in Anspruch nehmen. Die Einleitung dieses Schrittes und die Festlegung der Modalitäten und Zeiträume wären 1990 möglich. Damit wären auch die juristischen Voraussetzungen geschaffen, damit Berlin eine ungeschmälerte Hauptstadtfunction einnehmen könnte. Übergangszeiten von 2 – 5 Jahren und Doppelfunktionen von Bonn und Berlin sind bereits in der BRD-Regierung sowie im Senat von West-Berlin im Gespräch.

7. Was die Präsenz von Fremdstuppen in Berlin betrifft, so wären mehrere Varianten möglich, die den Hauptstadtcharakter nicht beeinflussen würden. Sie müßten allerdings in den „4+2-Verhandlungen“ neu festgeschrieben und dann mit der neuen deutschen Regierung vertraglich vereinbart werden:

Variante A: Ungeachtet der Truppenpräsenz in West- und Ost-Deutschland wird Berlin zur entmilitarisierten Zone (Abzug der Westalliierten und der Berliner Garnison der UdSSR). Das ist zur Zeit für die Westmächte unakzeptabel, da es an das Chruschtschow-Ultimatum anknüpft und einer Niederlage gleichgesetzt würde.

Variante B: Ungeachtet der Truppenpräsenzen in West- und Ost-Deutschland wird ein neuer militärischer Sonderstatus für Berlin geschaffen (Gleichstellung der Berliner Garnison der UdSSR mit den Garnisonen der Westmächte). Das ist zur Zeit weder für die DDR noch die BRD und auch nicht für West-Berlin akzeptabel, da es Berlin eine „Geiselfunktion“ zuweisen würde.

Variante C: Die Präsenz von Truppen der Westalliierten in West-Berlin wird an die Dauer der Präsenz von UdSSR-Truppen in Ost-Deutschland gebunden und in den Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Territorium eingepaßt. Das ist die zur Zeit aussichtsreichste Variante.

8. Unabhängig von der sicherheitspolitischen Einbindung Gesamt-Deutschlands steht und fällt die Herbeiführung eines ein-

heitlichen sicherheitspolitischen Status' für Deutschland mit der Aufhebung des Sonderstatus' für Berlin. Alles weitere, einschließlich der völligen Ablösung der Vier-Mächte-Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ ist dann eine Frage der Zeit und der Modalitäten. Die Herbeiführung eines wirklich einheitlichen und souveränen sicherheitspolitischen Status' würde vermutlich bis zu 10 Jahren dauern und müßte von jeder deutschen Regierung Schritt für Schritt für alle drei Teile Deutschlands konkret bestimmt werden. Einer Aufhebung des Sonderstatus' für Berlin nach 1990 ständen nur Interessen an einer Verzögerung der deutschen Einheit entgegen.

Oberst R. Böhme

Sicherheitspolitischer Status: Neutralität

(Die Zusammenstellung von Wissenswertem und Nachdenkenswertem zur Neutralität wurde als Beitrag und zur Qualifizierung der Diskussion über Varianten des sicherheitspolitischen Status eines vereinigten Deutschlands erarbeitet.)

0. Einleitung

In der breiten Öffentlichkeit werden Probleme des zukünftigen sicherheitspolitischen Status eines vereinigten Deutschlands heftig und kontrovers diskutiert. Die Brisanz der Fragestellung ergibt sich daraus, daß mit der Beantwortung die äußeren Aspekte der Vereinigung Deutschlands angesprochen werden, die insbesondere die Interessen der unmittelbaren Nachbarn Deutschlands sowie der Weltmächte in Europa direkt oder indirekt berühren. Die Politikfähigkeit einer Antwort wird sowohl vom erreichbaren Konsens im Inneren Deutschlands als auch vom Interessenausgleich zwischen den alliierten Siegermächten des letzten Krieges, zwischen den europäischen bzw. KSZE-Staaten bis hin zu den Vereinten Nationen beeinflußt sein. Mit Notwendigkeit erfordert die Konsensfindung Kompromißbereitschaft und Toleranz gegenüber anderen Interessen und Meinungen sowie Sachkundigkeit über die völkerrechtlichen Zusammenhänge. Oberflächliche Urteile über andere Ansichten, einseitiges Beharren auf einmal eingenommenen Positionen, flüchtige Betrachtung und vorschnelle Zurückweisung oder Ablehnung von möglichen Varianten sind einer verantwortungsbewußten Erörterung der sicherheitspolitischen Probleme wenig zuträglich. Ohne Zweifel sollte jedes Nachdenken über den zukünftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands die Interessenlage anderer Staaten abzuwägen und aufmerksam berücksichtigen. Das kann die Deutschen keinesfalls von der Pflicht entbinden, ausgehend von den neuen politischen Rahmenbedingungen, die eigenen Sicherheitsinteressen für ein künftig vereinigtes Deutschland zu definieren.

1. Sicherheitsinteressen und sicherheitspolitischer Status eines vereinigten Deutschlands

Zur Bestimmung der grundlegenden Sicherheitsinteressen eines vereinigten Deutschlands wären aus politisch-militärischer Sicht insbesondere die folgenden Aspekte zu beachten:

(1) Deutschland ist eingebunden in das europäische Sicherheitsgefüge, das durch die Tendenz des Übergangs von konfrontativen, vorrangig auf militärische Macht gestützten Sicherheitsstrukturen zu kooperativen, nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen gekennzeichnet ist. Das bedeutet, daß die Sicherheitsinteressen Deutschlands im wesentlichen mit denen der anderen europäischen Staaten übereinstimmen. Das betrifft insbesondere das Interesse an

- Kriegsverhinderung (nuklearer oder/und konventioneller) als Minimalziel, Verringerung der Dominanz des militärischen Faktors in außenpolitischen Beziehungen, Verzicht auf militärische Gewalt in internationalen Beziehungen als Maximalziel;
- Verhinderung des Mißbrauchs militärischer Mittel und des nicht-sanktionierten Einsatzes von Bekämpfungsmitteln;
- Beseitigung der Bipolarität der politischen Beziehungen und Einbeziehung in multilaterale Strukturen;
- Einbindung Deutschlands in ein rechtlich geregeltes, relativ stabiles Sicherheitssystem bzw. in Elemente von Sicherheitsstrukturen in Mitteleuropa (Europa);
- friedlicher Streitbeilegung und Konfliktbewältigung ohne Gebrauch von militärischer Gewalt;
- Errichtung einer stabilen europäischen Friedensordnung bei Überwindung konfrontativer politisch-militärischer Strukturen.

(2) Die geostrategische Lage Deutschlands in der Mitte Europas, sein politischer und ökonomischer Entwicklungsstand würden dazu

führen, daß jeglicher Krieg in Europa die Existenzgrundlagen des deutschen Volkes überhaupt zerstört. Deshalb sollte Deutschland ein existentielles, übergeordnetes Interesse haben an folgenden Zielvorstellungen:

- Bewältigung internationaler Konflikte in Europa und in der Welt mit friedlichen, möglichst gewaltfreien Mitteln;
- Verzicht auf die Versicherung zur nuklearen und/oder konventionellen Abschreckung im Anlaßfall durch die Blockführungsmächte, d. h. auf den Erhalt der sogenannten „positiven Sicherheitsgarantie“ für Deutschland;
- Hinwendung zum Erhalt der Versicherung von allen Nachbarstaaten und den Weltmächten
 - zum Nichteinsatz von Massenvernichtungswaffen oder/und anderen Bekämpfungsmitteln gegen Deutschland,
 - zur Nichtstationierung von Massenvernichtungswaffen oder/und anderen Bekämpfungsmitteln an Deutschland,
 - zur Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen oder/und anderen Bekämpfungsmitteln an Deutschland, d. h. zu Erhalt der sogenannten „negativen Sicherheitsgarantie“ für Deutschland;
- Abbau der strategischen Angriffsfähigkeit aller europäischen Streitkräfte im schrittweisen Prozeß der KSZE-Vereinbarungen;
- Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und Gewährleistung von Garantien für die Unumkehrbarkeit des Abrüstungsprozesses.

(3) Deutschland hat das Interesse, ein freier souveräner und in der Völkergemeinschaft gleichberechtigter Staat zu sein. Das bedeutet u. a.:

- keinen Anspruch auf mehr Sicherheit als andere Staaten;
- keine Forderungen, die die Sicherheitsinteressen anderer Staaten gefährden könnten;

- keine Einbußen für die eigene Sicherheit und deshalb Abbau der souveränitätsbeeinträchtigenden Sonderbedingungen Deutschlands im Vergleich zu allen anderen europäischen Staaten;
- vollständiger Abzug aller auf seinem Territorium stationierten ausländischen Truppen. (Eine zeitweilige symbolische Präsenz ausländischer Truppen oder Streitkräftekontingente eines neuen kooperativen Sicherheitssystems können den deutschen Sicherheitsinteressen durchaus entgegenkommen.)

(4) Im Interesse des deutschen Volkes liegt sowohl der Verzicht auf konfrontative Feindbilder als auch die verantwortungsbewußte Analyse von Gefahren (Risiken) und möglichen Bedrohungen, die ausgehen können von

- sozialem Konfliktpotential und wirtschaftlicher Instabilität sowie daraus entstandenen oder entstehenden Interessengegensätzen in den internationalen Beziehungen mit anderen Staaten;
- dem Vorhandensein von Mitteln militärischer Gewalt in diesen Staaten;
- dem ultralabilen Gleichgewicht in verschiedenen Ländern Europas und in der dritten Welt, verursacht durch das politisch-militärische Kräfteverhältnis, die militärisch-psychologische Labilität, religiöse und ethno-nationalistische Probleme, politisch extreme Gruppen sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen;
- Terrorismus;
- Handelsbeschränkungen und Protektionismus;
- Sperrung des freien Zugangs zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten;
- Umweltschäden;
- neuen Technologien.

(5) Es liegt im deutschen Interesse, entsprechend Artikel 51 der UNO-Charta, das unveräußerliche Recht und die Pflicht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen. Dazu muß Deutschland in der Lage sein:

- im Frieden allen Versuchen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu begegnen;
- in Spannungs- und Krisensituationen flexibel zu reagieren, de-eskalierend zu wirken und Konflikte mit friedlichen Mitteln zu bewältigen;
- bei einem Angriff von außen seine Souveränität mit militärischen Mitteln zu erhalten;
- deutsche Streitkräfte als Mittel der Selbstbehauptung des deutschen Volkes zu besitzen, die ihre Schutzfunktion nach dem Prinzip minimaler Hinlänglichkeit erfüllen können;
- mit deutschen Streitkräften an der Konfliktbewältigung im gesamteuropäischen Interesse und im Auftrag der Vereinten Nationen mitzuwirken.

(6) Deutschland ist daran interessiert, den KSZE-Prozeß weiterzuführen, um

- das bisherige Denken in Blockstrukturen und die damit verbundenen militärischen Strategien zu überwinden;
- blockübergreifende Sicherheitsstrukturen zu entwickeln, die eine neue Quelle der Beziehungen aller europäischen Staaten ermöglichen und mehr Sicherheit für alle erreichen lassen, sowie
- die Sicherheit aller europäischen Länder gegenüber außereuropäischen Bedrohungen zu gewährleisten.

(7) Deutschland hat ein Interesse an der Gestaltung seiner Brückenfunktion zwischen West und Ost. Dies könnte realisiert werden durch

- das Einbringen spezifischer Kenntnisse und Erfahrungen für die jeweils andere Seite,
- die aktive Einflußnahme auf die Ausprägung des politischen Charakters von Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und NATO bei Wahrung der Sicherheitsinteressen beider Bündnisse.

(8) Von größter Bedeutung für die Zukunft werden neue kollektive Sicherheitsstrukturen sein, die aus dem KSZE-Prozeß erwachsen können. Eine solche Entwicklung wird aber einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Es müssen praktikable Zwischenschritte gefunden und vereinbart werden.

Ein übereilter Abbau bestehender Bündnisse und Strukturen würde zu Stabilitätsverlusten führen. Deutschland könnte deshalb unter bestimmten Voraussetzungen ein Interesse daran haben, auch weiterhin koalitionsfähig zu sein und über Koalitionspartner zu verfügen, bis neue kollektive Sicherheitsstrukturen wirksam werden.

(9) Die militärischen Sicherheitsprobleme berühren den deutschen Vereinigungsprozeß unmittelbar. Im europäischen wie im deutschen Interesse sollte die Vereinigung Deutschlands deshalb so erfolgen, daß

- keine Destabilisierung und Verunsicherung der Nachbarn sowie neue Konflikte entstehen,
- insgesamt eine weitere Stabilisierung der politisch-militärischen Lage in Europa und der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten erreicht wird und
- die Rolle Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie nicht eingeschränkt oder belastet wird.

Jeder Versuch bei der Klärung des sicherheitspolitischen Status Deutschlands, irgendeine Seite unter Druck zu setzen oder Prozesse künstlich zu beschleunigen, könnte den Vereinigungsprozeß verzögern oder ihn gar in Frage stellen. Es müssen daher Kompro-

misser gefunden werden, die für alle am deutschen Vereinigungsprozeß beteiligten Partner tragbar sind.

An diesen und anderen Kriterien sollten Vorstellungen über einen künftigen sicherheitspolitischen Status zunächst einmal geprüft werden. Für den sicherheitspolitischen Status des vereinigten Deutschlands sind (bzw. waren) folgende Varianten in der internationalen Diskussion¹; Stand 03.06.1990:

- a) Ausdehnung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) auf ganz Deutschland;
- b) immerwährend völkerrechtliche Neutralität Deutschlands oder eines Teiles;
- c) Verbleib Deutschlands in der NATO und WVO (d. h. Doppelmitgliedschaft);
- d) volle NATO-Mitgliedschaft Deutschlands ohne Einschränkungen;
- e) Ausdehnung der NATO-Mitgliedschaft auf das vereinigte Deutschland mit sicherheitspolitischem Sonderstatus des bisherigen DDR-Territoriums;
- f) NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands, verbunden mit dem Beitritt osteuropäischer Staaten in die NATO und deren schrittweise Umwandlung in eine Europäisch-Amerikanische Allianz (EATO).

Die Verallgemeinerung und Zusammenfassung einer Vielzahl von Vorschlägen und Konzepten für einen sicherheitspolitischen Status des künftigen Deutschlands in diese Varianten läßt die zuerst genannte Option als sicher unwahrscheinlich und wenig politikfähig erscheinen. Von M. S. Gorbatschow wurde diese mehrfach, wenn auch als rhetorische Replik genannt: eine Mitgliedschaft Deutschlands in der Organisation des Warschauer Vertrages.² Die Gesprächspartner von M. S. Gorbatschow waren meist so verblüfft von dieser Entgegnung, daß keiner bisher die Frage nach einem in diesem Fall zustehenden „sicherheits-

politischen Sonderstatus des bisherigen BRD-Territoriums“ stellte.

Die mögliche Variante des sicherheitspolitischen Status „Neutralität“ wurde bisher nur flüchtiger Betrachtung unterzogen bzw. verfiel schneller Zurückweisung oder Ablehnung in offiziellen Meinungsäußerungen. In einer der „Thesen: kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa“³ vom 7. Mai 1990 heißt es dazu:

„Die Option eines neutralisierten Gesamtdeutschlands wird inzwischen weitgehend als potentiell destabilisierend verworfen, da damit keine sicherheitspolitische Einbindung des dann stärksten europäischen Staates gegeben wäre, während bisherige Bündnissysteme weiterexistieren.“

In den letzten Wochen zeigt sich, daß die Option eines Neutralitätsstatus für Deutschland weiter diskutiert wird, weil sowohl der Verbleib Deutschlands in der NATO und gleichzeitig in der WVO (Schewardnadse-Plan) als auch eine modifizierte NATO-Mitgliedschaft Deutschlands (Genscher-Plan u. a.) mit vielen Unwägbarkeiten, Fragen, Sicherheitsbedenken verbunden sind. Einige dieser Fragen, die aus einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands entstehen, sind in o. g. Thesen aufgeführt. Das Modell einer Neutralität Deutschlands ist keine neue Option, sondern hat in den alliierten Vereinbarungen 1945 und in späteren Jahren eine bestimmte Rolle gespielt. Im März 1952 griff die UdSSR das Modell einer Neutralität Deutschlands im Sinne einer Gegenaktion zur Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)⁴ auf. Auch bei den westlichen Alliierten wurde auf der Konferenz der alliierten Siegermächte vom 12. bis 18. Februar 1954 in Berlin im Zusammenhang mit einer Veränderung des Beratungsstatus über Neutralitätsfragen nachgedacht.⁵ Das soll jedoch hier nicht weiter betrachtet werden.

In jüngster Zeit machen einige Vorschläge von sich reden, die aus unterschiedlicher Sicht und mit unterschiedlicher Auslegung Elemente einer Neutralität in sich aufnehmen. Das sind u. a.:

- der Kissinger-Plan: Osteuropa neutral wie Österreich, Westeuropa bleibt in Strukturen wie bisher;⁶
- die Studie des Bahr-Instituts: europäische Sicherheitsgemeinschaft, nicht als Bündnis organisiert, ohne NATO- und WVO-Mitgliedschaft, mit Deutschland, BeNeLux, Dänemark, Ungarn, Polen, ČSFR;⁷
- die Koptelzew-Option: Anwendung des Österreich-Modells nach 1945 mit einer einheitlichen Regierung, aber Fortbestand bestimmter Rechte der Alliierten für eine Übergangszeit, ohne Besatzungstruppen, mit friedensvertraglicher Regelung;⁸
- der Meckel-Vorschlag: Deutschland sollte neutral sein und keine Kernwaffen auf seinem Territorium zulassen.⁹

So zeigen sich weitere Gründe, den Problemen der Neutralität etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken, Vorbehalte versuchen abzubauen, mißverständliche Auslegungen und Verwechslungen mit „Neutralismus“ auszuräumen. Deshalb seien einige Aspekte zum Wesen der Neutralität und zu Beispielen ihrer bisherigen Umsetzung in der gegenwärtigen politischen Praxis vorangestellt.

2. Der Neutralitätsbegriff

Der Neutralitätsbegriff ist als völkerrechtliche Kategorie aus dem Kriegsvölkerrecht erwachsen (V. und XII. Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907).¹⁰ Danach hat jeder Staat das Recht zur Neutralitätserklärung. Der generelle Inhalt der Neutralität ist die Nichtbeteiligung des (neutralen) Staates an kriegerischen Auseinandersetzungen dritter (anderer) Staaten. Dem Übergang zum Neutralitätsstatus kann eine erzwungene oder freiwillige Entscheidung des Staates vorausgehen. Wird ein Staat nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen neutral, wird von „Neutralisierung“ gesprochen. Diese Variante soll hier nicht weiter verfolgt werden. Neutralität ist aber nicht nur von Neutralisierung zu unterscheiden, sondern auch von Nichtkriegführung, Neutralismus (Blockfreiheit) und Konzepten entmilitarisierter Zonen (neutralisierter Gebiete).

Nichtkriegführung setzt das Fehlen einer formellen Kriegserklärung voraus, beinhaltet die Nichtteilnahme eigener Streitkräfte am Krieg Dritter, läßt insbesondere die indirekte Unterstützung einer Kriegspartei auf diplomatischem, politischem, ökonomischen Gebiet zu. Die politische Option eines „Stellvertreterkrieges“ wäre eine extreme Spielart dieses Prinzips.

Der Neutralismus (die Blockfreiheit) ist eine besondere Form der Bündnisfreiheit insbesondere von Entwicklungsländern, bezogen auf den latenten Ost-West-Konflikt und die damit verbundenen militärisch-politischen Gegensätze in der Welt. Die Blockfreiheit definiert sich also aus der politischen Konstellation in der Welt und nicht aus den Grundsätzen der völkerrechtlichen Neutralität.

Entmilitarisierte Zonen (neutralisierte Gebiete) umfassen Gebiets-
teile von Staaten oder staatsfreie Gebilde, in denen keine Kriegshandlungen durchgeführt werden dürfen, die entmilitarisiert sind oder für die beides zutrifft. Dieser Zustand wird auch mit „Befriedung“ gekennzeichnet. Häufig genannte Beispiele für solche Zonen (Gebiete) sind der Weltraum, die Antarktis, der Meeresboden bzw. war das Rheinland (1919-1934).

Doch kommen wir auf die freigewählte, gewissermaßen „echte“ Neutralität zurück. Nach dem Kriterium der Dauer und dem Rechtsstatus werden mehrere Kategorien anerkannt.

Nach zeitlichen Kriterien wird vorübergehende (gelegentliche, temporäre, gewöhnliche) von immerwährender (dauernder, ständiger, permanenter) Neutralität unterschieden.

Bedeutsamer als zeitliche Kriterien sind die völkerrechtlichen Aspekte, die aus der Frage nach der völkerrechtlichen Verankerung der Neutralität, nach der Garantiegebung, nach der Stellung des Neutralen zur Achtung der Neutralitätsrechte abgeleitet werden. Die völkerrechtliche Verankerung kann durch einseitige Willenserklärung des Neutralen oder/und durch völkerrechtlichen Vertrag erfolgen. Neutralität kann ohne oder mit Garantiegebung durch andere Staaten verwirklicht sein. Neutralitätsrechte können vom

Neutralen entweder voll beachtet bzw. angewandt werden (integrale oder absolute Neutralität) oder als differentielle (relative oder qualifizierte) Neutralität gebraucht werden, die eine Beteiligung des neutralen Staates an wirtschaftlichen (jedoch nicht militärischen) Sanktionen im Rahmen der UNO nicht ausschließt.

Diese völkerrechtlichen Kriterien führen gemeinsam mit temporären Unterscheidungsmerkmalen zur Benennung von drei Grundkategorien der Neutralität:

1. Die gewöhnliche (einfache, vorübergehende, gelegentlich, temporäre) Neutralität.

Sie bedeutet den Rechtsstatus eines Staates, der an einem bestimmten Krieg zwischen Drittstaaten nicht teilnimmt. Dieser Status wird automatisch von allen Staaten erworben, die sich im Falle eines Kriegsausbruchs nicht an Kriegshandlungen beteiligen. Ein solcherart neutraler Staat ist berechtigt und verpflichtet zu verhindern, daß sein Territorium von den Kriegführenden benutzt wird, sowie die Kriegführenden nicht zu unterstützen. Sie endet mit Kriegsbeendigung oder dem Kriegseintritt des bisher Neutralen.

2. Die immerwährende (dauernde, permanente) außerrechtliche oder „faktische“ Neutralität, d. h. der politische Status der Neutralität.

Sie bezeichnet den Status eines Staates, der sich an allen (künftigen, potentiellen) Kriegen dritter Staaten nicht beteiligt. Diese Neutralität beruht auf einseitiger, außenpolitischer Entscheidung und ist jederzeit wieder einseitig abänderbar. Dieser politische Status der Neutralität auferlegt in Friedenszeit keine zusätzlichen völkerrechtlichen Pflichten. Im Kriegsfall gelten die Regeln und Pflichten der gewöhnlichen Neutralität. Beispiele für die permanente „faktische“ oder „außerrechtliche“ Neutralität lassen sich derzeit an Schweden, Finnland, Jugoslawien und an der Schweiz (bis 1815) zeigen.

3. Die immerwährende (dauernde, permanente) völkerrechtliche Neutralität, d. h. der völkerrechtlich verankerte Status der Neutralität.

Sie beruht auf einseitiger, außenpolitischer Entscheidung eines Staates und ist völkerrechtlich verankert, kann demzufolge nicht einseitig abgeändert werden. Wie historische Beispiele zeigen, kann die völkerrechtliche Verankerung der immerwährenden Neutralität durch einen multilateralen Vertrag (z. B. Schweiz 1815) oder durch einseitige Erklärung des künftig Neutralen mit nachfolgender Anerkennung durch die Staatenwelt (z. B. Österreich 1955) erfolgen.¹¹

Für das Anliegen des Beitrages erscheint es zweckmäßig, diese dritte Neutralitätskategorie genauer zu betrachten. Die Neutralität mit Rechtsstatus führt zu Verpflichtungen, die umfassender als die des nur temporär oder faktisch Neutralen sind. Man gliedert sie in primäre und sekundäre Neutralitätspflichten.

Primäre Neutralitätspflichten, die sich vom Völkerrecht herleiten, sind:

- die Enthaltungspflicht: nicht nur selbst keinen Krieg zu beginnen, sondern auch keine Unterstützung Kriegführender durch Streitkräfte, keine staatlichen Lieferungen von Kriegsmaterial oder staatliche Kredite für Kriegszwecke, keine Übermittlung militärisch bedeutsamer Nachrichten zuzulassen; d. h. die Normen der gewöhnlichen Neutralität, die im Kriegsfall zu Drittstaaten akut werden, einzuhalten;
- die Verhinderungspflicht: die eigene Neutralität und Unabhängigkeit zu verteidigen, jede neutralitätswidrige Handlung Kriegführender auf dem Territorium (Aquatorium, im Luftraum) des Neutralen zu verhindern;
- die Duldungspflicht: bestimmte Handlungen der Kriegführenden zu dulden (z. B. die Kontrolle neutraler Schiffe auf hoher See);

- die Unparteilichkeitspflicht: die Kriegführenden bezüglich staatlicher Regelungen zur privaten Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial gleich zu behandeln;
- die Selbstbehauptungspflicht: das Recht auf individuelle Selbstverteidigung wahrzunehmen sowie Hilfe von Drittstaaten anzunehmen, wenn der Neutrale Opfer einer Aggression wird, jedoch keine Beteiligung an kollektiver Verteidigung vorzusehen.

Diese primären Neutralitätspflichten leiten sich vom Kriegsvölkerrecht her. Anders als die gewöhnliche Neutralität entfaltet die rechtlich fundierte permanente Neutralität jedoch rechtliche Wirkungen bereits in Friedenszeit. Diese Pflichten werden als „Vorwirkungen“ der dauernden Neutralität bezeichnet und stellen die sekundären Neutralitätspflichten dar:

- Der Neutrale hat alles zu tun, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden, und alles zu lassen, was ihn in einen Krieg hineinziehen könnte.
- Er ist verpflichtet, eine Neutralitätspolitik zu führen.
- Er darf sich nicht an Militärbündnissen beteiligen und keine Stützpunkte anderer Staaten auf seinem Territorium zulassen.
- Er hat schon in Friedenszeit eine bewaffnete Macht zu unterhalten. Die Rüstungspflicht obliegt dem ständig Neutralen zur Absicherung der Glaubwürdigkeit seines neutralen Status. Permanente Neutralität ist also immer bewaffnete Neutralität.

Diese sekundären Pflichten lassen sich auf eine kurze Formel bringen: Aggressionsverbot, Bündnisverbot, Stützpunktverbot, Rüstungsgebot.¹²

Eine Pflicht zur sogenannten ideologischen oder Gesinnungsneutralität besteht nicht.¹³ Die immerwährende Neutralität eines Staates schränkt die Presse- und Meinungsfreiheit seiner Bürger nicht ein.¹⁴ Ein Beispiel dafür ist die österreichische Praxis

im Jahre 1956 während der Ereignisse in Ungarn.

Österreich interpretiert seine eigene permanente rechtliche Neutralität als aktive: Dienste als Vermittler in internationalen Streitfällen werden angeboten, Verpflichtungen im Rahmen von UNO-Streitkräften erfüllt, der Gastlandstatus für Konferenzen verwirklicht, Zurückhaltung und Diskretion in weltpolitischen Entscheidungen versichert sowie die Realitäten des Klimas zwischen den Weltmächten zur Kenntnis genommen.¹⁵

3. Der Neutralitätsstatus und Deutschland

Wenden wir uns aber wieder Deutschland zu. Kann die immerwährende Neutralität eine Option für Deutschland sein?

Theodor Schweisfurth hat im Jahre 1987 versucht, eine Antwort darauf zu finden. Er untersucht zunächst die Entstehungsvoraussetzungen für permanente Neutralität in 2 Gruppen: exogene und endogene Parameter.

Äußere Entstehungsvoraussetzungen, die sich aus dem internationalen (europäischen) System ergeben, sogenannte „exogene materiale Parameter“, ergeben sich demnach nicht ausschließlich aus dem Vorhandensein von Krisen- oder Spannungssituationen, sondern auch aus der Existenz zweier Mächtegruppierungen (Blöcke in Europa). Für Deutschland sei diese Bedingung gegeben, denn es liege im Zentrum internationaler Konfliktfelder, insbesondere im Zentrum der Interessen von USA und UdSSR. Hinzu käme eine gewisse Gleichgewichtigkeit, d. h. durch strategische Parität gestützte Konstellation zwischen beiden Seiten. Die Etablierung der dauernden Neutralität würde den wechselseitigen Rückzug der rivalisierenden Mächte aus dem Konfliktherd (Interessengebiet) bedeuten.

Der dazu konträre Vorschlag einer Neutralität nur für einen Teil Deutschlands kann zurück verfolgt werden bis zu einem Adenauer-Vorschlag („Österreichisierung“ der DDR). Diese Konzeption geht von der wenig konsensfähigen Zumutung des Rückzuges nur eines der Rivalen aus. Das erklärt auch damals den Widerstand der UdSSR gegenüber solchen Plänen, wäre heute aber kein Argument gegen eine

gesamtdeutsche Neutralität.

Vorschläge aus den 80er Jahren zu einer „Finnlandisierung“ der DDR oder/und „Verschwedung“ der BRD¹⁶ gehen an den Realitäten einer baldigen Vereinigung vorbei und führen auf „außerrechtliche“ Neutralität zurück, d. h. würden eine einseitige Beendigung des neutralen Status ermöglichen. Internationales Vertrauen in die deutsche Neutralität könnte nur über einen multilateral rechtlich verankerten Neutralitätsstatus Deutschlands geschaffen werden. Davon läßt sich z. B. das Neutralitätskonzept von J. Löser/U. Schilling zu einer „Austrialisierung“ für Deutschland leiten.¹⁷

Eines sollte nicht vergessen werden. Es ist auch ein exogenes subjektives Element nötig. Die rivalisierenden Weltmächte müßten die Neutralität des umstrittenen Territoriums auch wirklich wollen und darüber Konsens herstellen. Gleichzeitig müßten in diesem Prozeß die Neutralitätskandidaten ihren Willen zur immerwährenden rechtlichen Neutralität deutlich machen. Die Verhandlungen 2 + 4 würden dazu die Gelegenheit bieten. Abschließend sei darauf verwiesen, daß Großmächte in der Vergangenheit niemandem die Neutralität freiwillig zugestanden haben. Die Beispiele Schweiz oder Österreich zeigen, daß durch eigene Initiative und zähen Willen die Neutralitätsziele erreicht werden konnten.

Die freiwillige Übernahme des Neutralitätsstatus verlangt, im Unterschied auch zu einer „Neutralisierung“, innere Entstehungsvoraussetzungen, sogenannte „endogene materiale Parameter“ zu berücksichtigen. Ein positiver nationaler Konsens der Betroffenen über den künftigen Neutralitätsstatus kann als eigentlicher Entstehungsfaktor der Neutralität angesehen werden und nimmt diesem Prozeß den Anstrich einer auferlegten Souveränitätsbeschränkung. Soll dieser Weg politikfähig gemacht werden, bedeutet das also, die bisherigen Mehrheiten in der Bevölkerung für alte Mittel (Bündniseinbindung) der Kriegsverhinderung zu einem mehrheitlichen Neutralitätskonsens umzuwandeln.¹⁸ Ein ernstes Hindernis auf diesem Weg kann mit Wahrscheinlichkeit in Unsicherheiten, Unklarheiten und Wissenslücken in breiten Bevölkerungsteilen ge-

sehen werden. Die Verfechter eines Neutralitätsstatus für Deutschland bringen in der Diskussion das Argument vor, daß nur die auf Bündnistreue gestützten Denkmuster die deutsche Neutralitätsoption als einen sicherheitspolitischen Sonderweg formulieren lassen. Diese Denkweise würde negieren, daß sich Deutschland als in zwei Staaten geteiltes, in unterschiedliche Bündnisse einbezogenes Land gegenüber allen anderen europäischen Staaten tatsächlich in einer Sonderlage befände, die einen besonderen Weg nahelegen würde. Das vereinte Deutschland befände sich in kontinuierlicher Nachfolge von anderen europäischen neutralen Staaten. Eine dann befürchtete notwendige Absage an die „westliche Werte- und Kulturgemeinschaft“ wäre durch die politische Realität des Vereinigungsprozesses und seines gesellschafts-politischen Inhalts ad absurdum geführt. Verwiesen wird an dieser Stelle meistens darauf, daß rechtliche permanente Neutralität nicht die ideologische Neutralität einschließt. Ein Blick auf Österreich, die Schweiz, selbst auf Schweden und Finnland würde das deutlich werden lassen. Eine NATO-Mitgliedschaft wäre also keineswegs Bedingung für die Aufrechterhaltung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. (Hier kommt in der Regel der Hinweis, daß eine derartige Grundordnung bei einigen NATO-Mitgliedern keineswegs ständig vorhanden war und die These von der „Wertegemeinschaft“ umstritten ist.)

Andererseits ist zu erkennen, daß von den Gegnern der Neutralität versucht wird, durch vordergründige Ideologisierung des Neutralitätsgedankens diese als moralisches Unrecht zu disqualifizieren, so als ob zwischen „gut“ und „böse“ zu wählen wäre.

Die Befürworter argumentieren wiederum, daß eine mögliche Neutralität Deutschlands als Mittel anerkannt werden könnte, um die deutsche Bündniszugehörigkeit aus dem Interessenkonflikt der beiden Weltmächte im europäischen Raum herauszulösen, gewissermaßen „außerstreitzustellen“. Der deutsche Vereinigungsprozeß wie auch der europäische Kooperationsprozeß könnte nach ihrer Meinung positive Impulse erhalten, insbesondere durch

- die Aufhebung des militärischen Nachkriegsstatus in Gesamtdeutschland durch schrittweisen Abzug der Streitkräfte der Alliierten und ihrer Institutionen;
- den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten Massenvernichtungswaffen;
- die Wiedererlangung der völligen inneren und äußeren Souveränität am Ende eines Weges zur immerwährenden rechtlichen Neutralität;
- den völkerrechtlich verankerten Verzicht auf militärische Gewaltanwendung, die Übernahme der Enthaltungspflicht, Verhinderungspflicht, Duldungspflicht, Unparteilichkeitspflicht im Konfliktfall sowie das Aggressionsverbot, Bündnisverbot, Stützpunktverbot des dauernd neutralen Deutschland im Frieden;
- die Einbindung der militärischen Komponente des vereinigten Deutschlands in eine völkerrechtlich abgesicherte Regelung, in Verwirklichung des Prinzips zum Rüstungsgebot des Neutralen.

Ein weiteres befürwortendes Argument wird aus einem anderen Aspekt des Spannungsfeldes zwischen den Blockführungsmächten abgeleitet. Obwohl eine Klassifizierung von politischen Mächten in heutiger Zeit nicht unumstritten erscheint, so können doch die USA und UdSSR als erstklassige, Frankreich und Großbritannien als zweitklassige (weil nukleare) Mächte gruppiert werden.

Deutschland gerät dieser Logik folgend zur drittklassigen Macht und wäre prädestinierter Neutralitätskandidat, der sich „außerstreitstellen“ kann. Eine daraus folgende abrüstungspolitische Entwicklung verbunden mit defensiven militärischen Strukturen und Konzepten würde durchaus im Sinne der europäischen kooperativen Sicherheitsstrukturen liegen. Eine Bindung Deutschlands an nur eine der Blockführungsmächte oder ein Bündnis ließe deutsches Territorium zwangsläufig zum Konfrontationsraum werden, unabhängig von der Verschiebung der eigentlichen Konfrontationslinie nach Osten oder Westen. Daran wird die Frage geknüpft, ob

das im deutschen Sicherheitsinteresse liege. Eine Antwort darauf versuchen verschiedene Konzeptionen zu geben, die auf unterschiedliche Weise die Idee einer „Achse der Stabilität“ im internationalen europäischen System, quer durch Mitteleuropa, aufnehmen. Es kann und soll hier keine Analyse der Konzepte vorgelegt werden, die schon seit den 70er Jahren¹⁹ die Politikwissenschaft bereichern. Das würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Den Gedanken von einem Band neutraler Staaten quer durch Mitteleuropa von Finnland über Schweden, Deutschland, die Schweiz, Österreich bis nach Jugoslawien nimmt die Studie²⁰ des Institutes für Friedensforschung auf. Eine nicht als Bündnis organisierte europäische Sicherheitsgemeinschaft aus Deutschland, BeNeLux-Staaten, Dänemark, Ungarn, Polen, ČSFR, die letztlich weder NATO noch WVO angehören sollen, lassen de facto den rechtlichen Neutralitätsstatus erforderlich werden. Zusätzliche politische Absicherungen werden in anderen Vorschlägen deutlich und sollen die Stabilität dieses Gebildes bereichern: Deutschland als Drittland für einen UNO-Sitz, Berlin als UNO- bzw. KSZE-City bzw. Sitz anderer kooperativer Institutionen²¹, Hamburg als Sitz eines internationalen Seegerichtshofes u. a.

Letztlich kommen die Neutralitätsanhänger zu dem Schluß, daß eine mögliche immerwährende rechtliche Neutralität Deutschlands dessen Rolle in der internationalen Politik auf neue Weise bestimmen würde. Gegner des Neutralitätsgedankens verweisen darauf, daß Neutrale nicht mehr Subjekt sind, sondern Objekt, sozusagen zum Spielball der Weltpolitik werden. Ein Blick auf neutrale europäische Staaten kann diese These zunächst nicht stützen, denn die Neutralität würde das vereinigte Deutschland zunächst aus der Teilhabe an einer konfrontativen Weltmachtpolitik der jetzigen Blockführungsmächte lösen. Der untaugliche Versuch, die im letzten Krieg verspielten Großmachtansprüche durch den Stolz eines Juniorpartners einer Weltmacht (in Ost wie in West) zu kompensieren, könnte auch so endgültig beendet werden.

Die politische Realität eines in naher Zukunft vereinigten Deutschlands und die sich abzeichnende Tendenz zum Aufbrechen der Blockkonfrontation zugunsten kooperativer Zusammenarbeit läßt die Chancen einer Neutralitätslösung noch in einem anderen Licht erscheinen. Eine wesentliche Grundvoraussetzung für einen neutralen Kurs verändert sich. Neutralität stützt sich auf das Gleichgewicht zwischen den „Großen“ und auf ein optimales Spannungsverhältnis im Rahmen dieses Gleichgewichts.²² Die Mitte der 70er Jahre begonnene Entspannungsphase in den internationalen Beziehungen war bereits damals für die Neutralen, insbesondere die Schweiz, der Anlaß, um ihre Neutralitätspolitik zu überprüfen.²³ Ein Europa in kooperativen Sicherheitsstrukturen verlangt ähnliche Vorleistungen.

Eine besondere Rolle der Neutralen in den internationalen Beziehungen wird darin gesehen, daß sie zur Leistung „guter Dienste“ als Vermittler zu friedlicher Streitbeilegung herangezogen werden können. Dem kann man entgegenhalten, daß andere Staaten in der Praxis genauso erfolgreich für solche Missionen im Auftrag der Vereinten Nationen eingesetzt waren. Zum anderen ist nicht zu vergessen, daß Neutrale in den meisten Fällen nur dann eine Vermittlerrolle einnehmen konnten, wenn sie von den Großmächten dazu herangezogen wurden.²⁴ Die Funktion des Neutralen in der internationalen Politik sollte weder über- noch unterschätzt werden.

Betrachten wir noch das Problem der Aufrechterhaltung einer immerwährenden Neutralität. Es hat zwei Seiten: Wahrt der Neutrale seinen Status und wird dieser von Drittstaaten, insbesondere den Nachbarn respektiert? Die Befürchtung, daß ein machtpolitisches Vakuum in Deutschland entsteht, könnte schnell entkräftet werden. Die meisten Einwände kommen aus militärpolitischen Aspekten und wenn Neutralität mit totaler Entmilitarisierung verwechselt wird. Für Deutschland ginge es um immerwährende, d. h. auch bewaffnete Neutralität. Das würde nach Meinung der Neutralitätsanhänger die Möglichkeit und Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung der Streitkräftepräsenz auf deutschem Boden nicht ausschließen, sondern sie ausdrücklich einbeziehen. Historische Tatsache ist, daß Neutralität in der Vergangenheit dann

nicht geachtet wurde, wenn der Neutrale seine Rüstungspflichten vernachlässigte und der potentielle Aggressor den „Eintrittspreis“ gering einschätzte.

Nach Schweisfurth stellt ein echtes Problem deutscher Neutralität die Mitgliedschaft in solchen internationalen Bindungen, z. B. auch in der EG dar, die es im Kriegsfall unmöglich machen würden, die Pflichten der gewöhnlichen Neutralität zu erfüllen.²⁵ Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Eintritt Österreichs in die EG wurde dieser Sachverhalt bereits diskutiert.²⁶ Ein dauernd neutraler Staat könnte eine Vollmitgliedschaft in der EG aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht anstreben, weil der EG-Vertrag entsprechend Art. 224 auch in Kriegszeit aufrechterhalten bleibt. Einseitigen Ausfuhrverboten, die der EG-Ministerrat in einem bewaffneten Konflikt erlassen könnte, würde der Neutrale nicht folgen können, ohne seine Neutralitätspflicht zu verletzen. Andererseits verstießen einseitig erlassene Ausfuhrverbote des Neutralen gegen den EG-Vertrag. Der Ausweg könnte nach seiner Ansicht in einem Kompromiss zwischen Vollmitgliedschaft und Nichtmitgliedschaft, d. h. im Sonderstatus einer qualifizierten EG-Mitgliedschaft gesehen werden. Die Vereinigungsphase beider deutscher Staaten würde ohnehin zu Sonderregelungen zwingen. Dem kommt in der Tat entgegen, daß bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge die BRD den Vorbehalt erklärt hat, daß im Falle der Vereinigung Deutschlands eine Überprüfung der Verträge über den gemeinsamen Markt und Euratom stattfindet.²⁷ Die Etablierung deutscher Neutralität und gesamtdeutscher EG-Mitgliedschaft würde zwar kompliziert, aber Ausscheiden aus der EG wäre keine Alternative. Eine Neutralitätspolitik, die im Sinne der Gewährleistung eines „Durchhaltevermögens“ bei Konflikten zur Erreichung eines größtmöglichen Grades wirtschaftlicher Unabhängigkeit in Friedenszeit strebt, würde wenig der Interdependenz europäischer Wirtschaftsentwicklung entsprechen. Nach Ansichten von Politikwissenschaftlern ist auch eine militär-technische Zusammenarbeit zwischen Neutralen, oder Neutralen und Paktgebundenen, aus neutralitätsrechtlicher und neutralitätspolitischer Sicht mit dem Neutralitätsstatus vereinbar.²⁸ Die politischen Bedenken der Nachbarn Deutschlands, in deren Augen ein Gesamtdeutschland von

dieser wirtschaftlichen und politischen Größe einen europäischen Machtfaktor darstellt, sollten beachtet werden. Ein Neutralitätsstatus wird bei vielen Staaten als nicht ausreichende Garantie für eine dauerhafte Partnerschaft angesehen.

Das Rollenverständnis Deutschlands in der internationalen Politik und im Innern des Landes bedarf mit bestimmter Wahrscheinlichkeit nicht zwingend der Neutralität, um wichtige Sicherheitsinteressen grundlegend zu verwirklichen, insbesondere, um eine aktive Friedenspolitik zu betreiben durch:

- Ausfüllung einer aktiven Rolle im KSZE-Prozeß,
- Anerbietung guter Dienste als Vermittler zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten,
- Gewährleistung des Gastlandstatus für internationale, kooperative Institutionen und Organe,
- Übernahme internationaler Aufgaben im Rahmen der UNO, einschließlich von UNO-Streitkräften,
- Verwirklichung von Schutzmachtaufgaben von Neutralen aus der Genfer Konvention zum Schutze der Kriegsoffer sowie einer Schutzmachtrolle bei Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Drittstaaten u. a.

Durch die KSZE-Schlußakte ist das Recht der Teilnehmerstaaten festgeschrieben worden, darüber zu entscheiden, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein, oder das Recht auf Neutralität in Anspruch zu nehmen.²⁹ Bisher hatten sich die Deutschen für Bündnisse entschieden. Es könnte sich heute auch die Möglichkeit bieten, nach dem Vorbild der südlichen Nachbarstaaten für eine permanente, rechtliche, aktive Neutralität zu plädieren. Die Sicherheitsinteressen der beteiligten und betroffenen Staaten sind vor einer endgültigen Antwort allseitig und verantwortungsbewußt abzuwägen.

Verzeichnis der Anmerkungen

- 1 Hier ist der Erkenntnisstand vom 03.06.1990 zugrunde gelegt.
- 2 Siehe u. a. Fortschritte bei der Abrüstung. – In: Neues Deutschland, A-Ausgabe. – Berlin 45(1990-05-19/20). – S. 1.
- 3 Siehe Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik (IWBS), Arbeitspapiere. – Militärakademie „Friedrich Engels“, Dresden, 1990. S. 94.
- 4 Die sog. „Deutschlandnote Stalins“ vom 10.03.1952 sah ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland vor.
- 5 Der Außenminister der USA, J. F. Dulles, äußerte dazu: „Ein neutraler Status ist ein ehrenhafter Status, wenn eine Nation sich freiwillig für ihn entscheidet. Die Schweiz hat sich entschieden, und als neutrales Land nimmt sie einen geachteten Platz in der Gemeinschaft der Nationen ein. Mit einem österreichischen Staatsvertrag, der der hier vorliegenden Konzeption entspricht, stünde es Österreich frei, ein neutraler Staat wie die Schweiz zu werden. Ohne Zweifel würden die Vereinigten Staaten eine solche Entscheidung ohne Einschränkung respektieren ...“.
Zitat nach: J. Löser; U. Schilling, Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke. – C. Bertelsmann Verlag GmbH, München 1984, S. 32.
- 6 Siehe D. Senghaas, Europa 2000. Ein Friedensplan. – Frankfurt 1990, (Vorabdruck).
- 7 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Sicherheitsgemeinschaft statt Blöcke. – In: Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin 45(1990-04-29/30).
- 8 Koptelzew, Deutschlandexperte des ZK der KPdSU, äußerte diese Auffassung in einem Gespräch im Außenministerium der DDR Anfang Mai 1990.
- 9 Das geht auf ein Interview der britischen Wochenzeitung „The European“ mit Außenminister M. Meckel zurück. Siehe Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin 45(1990-05-19/20). – S. 2.
- 10 Vgl. Sicherheitspolitik kontrovers. Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 46. – Baden-Baden, 1987. – S. 566 ff., 635 ff.
- 11 Siehe Th. Schweisfurth, Neutral – sicher – frei frei: Eine deutsche Eidgenossenschaft? – In: Sicherheitspolitik kontrovers. – Baden-Baden, - 1987. – S. 635 ff.
- 12 Vgl. Dieter S. Lutz, Politische und militärische Modelle der Sicherheit. – In: Sicherheitspolitik kontrovers. – Baden-Baden, 1987. – S. 561 ff.

- 13 In den neutralitätsrechtlichen Leitsätzen des Schweizerischen Politischen Departements vom 26.11.1954 wird in der zusammenfassenden Beschreibung der immerwährenden Neutralität dazu gesagt: „Das Individuum ist nicht Träger völkerrechtlicher Neutralitätspflichten.“
Zitat nach A. Verdross, Die immerwährende Neutralität Österreichs, - München, 1978. – S. 39 ff.
- 14 Im sowjetischen Völkerrechtsschrifttum wird die These unterstützt, daß „das Völkerrecht vom neutralen Staate eine sogenannte ideologische Neutralität, eine Neutralität der Presse usw. nicht verlangt“. Zitat nach Kurs meshdunarodnowo prawa, Tom III. – Moskwa, 1967. – S. 419 ff.
- 15 F. Frischenschlager, Kollektive Sicherheit und Neutralität? – In: Sicherheitspolitik kontrovers. – Baden-Baden, 1987. – S. 622 ff.
- 16 So z. B. U. Albrecht, Neutralismus und Disengagement: Ist Blockfreiheit eine Alternative für die Bundesrepublik? – In: U. Albrecht u. a. (Hrsg.), Deutsche Fragen – Europäische Antworten. – Berlin, 1983. – S. 97 ff.
- 17 Siehe J. Löser, U. Schilling, a. a. O., S. 206.
- 18 In der „Wochenpost“ (Nr. 20/1990 vom 13.05.1990, S. 9) schreibt dazu Horst Hoffmann: „Die Forderung eines neutralen oder nicht-paktgebundenen Deutschlands drückt die Sehnsucht der Völker Europas und Generationen von Pazifisten aus. Meinungsumfragen des Berliner Usama- und des Bielefelder Emnid-Institutes führten zu folgendem Ergebnis: Der These „Die BRD scheidet aus der NATO aus, Deutschland wird ein neutraler Staat, nur mit eigenen Grenztruppen“ stimmten 53 Prozent der DDR- und 23 Prozent der BRD-Bürger zu.“ Hier sind auch die Ergebnisse einer gemeinsamen Meinungsumfrage des japanischen Medienkonzerns Yomiuri und des Gallup-Instituts von Anfang Mai beachtenswert: 80% der DDR-Bürger und 53% der Westdeutschen würden Neutralität vorziehen; gegen eine NATO-Mitgliedschaft waren 71% der DDR-Bürger und 34% der Bundesbürger.
Siehe Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin 45(1990-06-14). – S. 2.
- 19 Vgl. M. Rotter, Modelle der Neutralität in Europa. – In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1976)3. – S. 295 ff.
- 20 Vgl. Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin 45(1990-04-28/29).
- 21 Siehe M. Mathiopoulos, Berlin und Europa. – In: Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin (1990-03-10/11).

- 22 E. Bonjour hat bezüglich der Schweiz in seiner Rektoratsrede an der Universität Basel am 23. November 1946 festgestellt: die „nicht völlig entspannte Mächtigkeitsgleichheit, sondern spannungsvolles Gleichgewicht, das heißt das Vorhandensein bloß annähernd gleich starker Gruppen, die sich gegenseitig binden, schafft die Luft, in der die schweizerische Neutralität gedeiht.“
Zitat nach A. Aebi, Der Beitrag der neutralen Staaten zur Friedenssicherung, untersucht am Beispiel Österreichs und der Schweiz. – Schriften des Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes 14, Bern, 1976. – S. 8; siehe auch a. a. O. – S. 111 ff.
- 23 Siehe Aebi, A., a. a. O. – S. 26 ff.
- 24 Vgl. A. Aebi, a. a. O. – S. 192 f.
- 25 Vgl. Th. Schweisfurth, a. a. O. – S. 658 f.
- 26 Siehe A. Verdross, Die immerwährende Neutralität Österreichs. – München, 1978. – S. 66.
- 27 Vgl. Th. Schweisfurth, a. a. O. – S. 659; bzw. Handbuch der Verträge 1871-1964. – Berlin, 1968. – S. 629 ff.
- 28 Am Beispiel der militär-technischen Zusammenarbeit zwischen Österreich, Schweden und der Schweiz wird das durch A. Aebi (a. a. O. – S. 169 ff.) erläutert.
- 29 Vgl. Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Abschnitt 1. – In: Neues Deutschland. A-Ausgabe. – Berlin 30(1975-08-02/03). S. 5.

Übersicht über die Mitgliedschaft europäischer Staaten zu internationalen Organisationen

Organisation	NATO	WVO	EG	EFTA	WEU	Europarat	OECD	RGW	Block- freie	KSZE
Staat	1949	1955	1951/58	1960	1948/55	1949	1960	1949		1973/75
Albanien		1955- 1968						1949- 1962		
Belgien	1949		1951/58		1948	1949	1960			x
Bulgarien		1955						1949		x
Dänemark	1949		1973			1949	1960			x
BRD	1955		1951/58		1954	1951	1960			x
DDR		1955						1950		x
Finnland				1986		1989	1960	(1973)	x	x
Frankreich	1949- 1966		1951/58		1948	1949	1960		x	x
Griechenland	1952		1981			1949- 1974	1960			x
Großbritannien	1949		1973		1948	1949	1960			x
Irland			1973			1949	1960		x	x
Island	1949			1970		1950	1960		x	x
Italien	1949		1951/58		1954	1949	1960			x
Jugoslawien						6/89 Gast- status	Sonder- status	(1964)	x	x
Liechtenstein				1960		1978			x	x
Luxemburg	1949		1951/58		1948	1949	1960			x
Malta						1965			x	x
Monaco									x	x
Niederlande	1949		1951/58		1948	1949	1960			x

Organisation	NATO	WVO	EG	EFTA	WEU	Europarat	OECD	RGW	Block- freie	KSZE
Staat	1949	1955	1951/58	1960	1948/55	1949	1960	1949		1973/7
Norwegen	1949			1960		1949	1960			x
Österreich				1960		1956	1960		x	x
Polen		1955				6/89 Gaststatus		1949		x
Portugal	1949		1986			1976	1960			x
Rumänien		1955						1949		x
San Marino						1988			x	x
Schweden				1960		1949	1960		x	x
Schweiz				1960		1969	1960		x	x
Sowjetunion		1955				6/89 Gaststatus		1949		x
Spanien	1982		1986			1977	1960			x
Tschechoslowakei		1955						1949		x
Türkei	1952					1949	1960			x
Ungarn		1955				6/89 Gaststatus		1949		x
Vatikan									x	x
Zypern						1961			x	x

NATO –

Gründung als Sicherheitsbündnis wegen der „Verteidigungsschwäche Westeuropas und wachsender Bedrohung durch die Sowjetunion.

Ziel: Stärkung der Sicherheit durch Zusammenarbeit, besonders auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet.

EFTA –

= Europäische Freihandelsassoziation

Zum Schutz der Handelsinteressen derjenigen westeuropäischen Staaten, die nicht in die „Römischen Verträge“ (EWG) eingebunden waren

(Beseitigung von Handelsbarrieren bei nichtagrarischen Gütern)

EG –

= Europäische Gemeinschaft

Fusion von drei rechtlich voneinander unabhängigen Gemeinschaften

1. EAG = Europäische Atomgemeinschaft (1957/58)
2. EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951)
3. EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1958)
4. EEA = Einheitliche Europäische Akte (1985/87)

WEU –

= Westeuropäische Union (Nachfolge der Westunion – Brüsseler Pakt)

Aus dem kollektiven Bündnis gegen Deutschland (1948) durch Aufnahme Italiens und der BRD (Pariser Verträge) zum Sicherheitsbündnis aller Partner durch automatischen Beistand gegen jede Aggression.

(WEU besitzt keinen eigenen Militärapparat, ist ein Forum für Sicherheitsfragen)

OECD –

= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Hauptorganisation der westlichen Industrieländer, Nachfolgeorganisation der Marshallplan-Koordinierung (OEEC) zur Planung, Koordinierung und Vertiefung der Zusammenarbeit und Entwicklung, zur Förderung des Wirtschaftsaufbaus und Hilfe für Entwicklungsländer.

